ÖGZ

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

Österreichischer Städtebund

12/2024
1/2025



KOMMUNIKATION FINDET STADT

Stadt als Marke
Fake News & KI
Apps & Podcasts

Österreichische Post AG MZ 17Z041202 M Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien


50 JAHRE
mehr wien zum leben.
wienholding
mehr
Wien
ist programm.
W24
dabei
W24 bringt die Stadt
ins Wohnzimmer.
Mit W24 bietet das Wien Holding-Unternehmen WH Media Information, Service und Unterhaltung für alle Wienerinnen und Wiener. W24 läuft im Kabelnetz von Magenta und Kabelplus, auf simpliTV und A1 TV, sowie online und als mobiler Livestream über www.w24.at und die Samsung Smart TV-App.
www.wienholding.at
SEIT
wienholding
50 JAHREN
Bezahlte Anzeige
GGK MULLENLOWE



Kommunikation findet Stadt

Moderne Kommunikationstechnologien und effektive Bürger:innen-Information kosten Geld.

Die moderne Kommunikation in unseren Städten und Gemeinden hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Neue Technologien wie KI, Podcasts und Chatbots spielen eine immer größere Rolle in der Informationsvermittlung und im Austausch mit den Bürger:innen. Gleichzeitig gewinnt auch die Markenkommunikation zunehmend an Bedeutung, um ein positives Image zu schaffen und die Attraktivität für Bewohner:innen und Besucher:innen zu steigern.

Die Information der Bürger:innen ist eine zentrale und demokratiepolitisch wichtige Aufgabe, die von den Städten und Gemeinden mit großer Verantwortung wahrgenommen werden muss. In einer Zeit, in der die Digitalisierung und die Vielfalt der Kommunikationskanäle ebenso zunehmen wie Fake News und Verschwörungstheorien, müssen wir uns rüsten, um die Bürger:innen angemessen zu informieren und einzubeziehen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, brauchen wir aber auch ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen, nur so kann eine transparente und effektive Kommunikation langfristig gewährleistet werden.

Michael Ludwig
Präsident Österreichischer Städtebund

Thomas Weninger
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

© Foto: Markus Wache

Schwerpunkt

Kommunikation findet Stadt



Mimikama
12 Fake News und Internetbetrug

KI
14 Zukunft in der Stadtkommunikation
15 Die KI-Strategie in Linz
16 KITT in der Stadt Wien

Stadtmarke
18 Die Stadt als Marke
20 Linz: Räume öffnen
22 Tulln: Blühende Stadtkommunikation
24 Kapfenberg: Place to be

Demokratie
26 Safe Democracy Convention 2025
29 Büro für Mitwirkung

Vorarlberger Städte
30 Der Stadt-Chatbot ist da

Schwechat
31 Team Schwechat – die App

Innsbruck
32 Die Website des Stadtmagistrats

Graz
34 Bezirkskommunikation

Podcast
36 Grazgeflüster
37 KDZ im Dialog

St. Pölten
38 Videodolmetsch überwindet Sprachbarrieren

Wiener Neustadt
40 Breitbandausbau im Fokus

Gablitz
42 Evolutionswege

Aktuelles aus den Städten 6
Finanzen 64
Literatur 65
Zu guter Letzt 66
Vorschau 67
Impressum 67

Magazin

Partizipation
44 Klimakommunikation

VÖWG
45 Nachhaltige Stadtwerkeunternehmen

Fachausschuss
46 Facility Management

Fachausschuss für Öffentlichkeitsarbeit
47 Krise und Kunst

Kommunale Pionierin
48 Lieselotte Eigner

EU
49 Kampagne gegen Belästigung

Abfallwirtschaft
50 Der Hochwasser-Müll

Bad Ischl
52 9 Frauen, 9 Plätze

IÖB
54 Öffentliche Beschaffung

Recht

Soziale Netzwerke
56 Social Media und Datenschutz

Umsetzungstipps
58 Vergabe von Gemeindezeitungen

Arbeitsprojekte
60 Kommunalsteuerbefreiung?

62 Rubrik Recht

© Foto: message

GRABKULT
bringt Sie sicher ins Grab

Die innovativen Urnengräber der GRABKULT Handels GmbH für Ihren Gemeindefriedhof

Die Friedhofskultur befindet sich im Wandel. Doppelgräber werden kaum mehr vergeben, neue Bestattungsarten erfordern eine Lockerung und Änderung der Friedhofsordnung und Grablücken sind oft eine Folgeerscheinung dieser unaufhaltsamen Entwicklung. Gleichzeitig gewinnt die Begegnungszone oder „grüne Lunge" in unserer anonymisierten Welt mehr an Bedeutung. Um diese wichtigen Werte zu erhalten, stehen die Gemeinden vor großen Herausforderungen.

Wie reagiert man als Gemeinde auf den steigenden Bedarf von Urnengräbern? Teure Urnenwände müssen vorfinanziert und in weiterer Folge jahrzehntelang erhalten werden. Zudem sind diese oft ein Einschnitt ins Gesamtbild des Friedhofes und werden immer weniger von der Bevölkerung angenommen.

Die GRABKULT Handels GmbH bietet seit 2006 eine zeitgemäße Lösung für die Friedhofsproblematik. "Als Planungsbüro erkennen wir den dringenden Bedarf der Gemeinden und bieten budgetfreundliche und maßgeschneiderte Konzepte. Jeder Friedhof braucht seine individuelle Lösung. Mit unseren Urnensäulen und Rasengräbern u.a. auch für Biournen können wir flexibel auf den jeweiligen Bedarf reagieren. Die günstigste Grabvariante ist unser Rasengrab aus Naturstein und Edelstahl. Es hat ein speziell entwickeltes Fundament um die Zersetzung der Urnen zu beschleunigen, bietet Platz für drei oder mehr Biournen und ist bereits um knapp tausend Euro erhältlich," so der Geschäftsführer Ing. Stefan Leeder.

Dazu die Finanzverwalterin Irmgard Karrer aus der Gemeinde Langkampfen:" Wir hatten zum einen das Problem der Grablücken, die Urnenbeisetzungen nehmen auch immer mehr zu und keine Urnenwand lässt sich mit Biournen belegen. Die Urnensäulen sind für uns die ideale Lösung. Sie fügen sich gut in den Friedhof ein, die einfache Umsetzung erfolgte durch unsere Bauhofmitarbeiter, Sie sind kostengünstig und sehr flexibel einsetzbar."



© Foto: GRABKULT Handels GmbH

Mehr Infos & Kontakt

GRABKULT Handels GmbH
+43-676-66 66 446
www.grabkult.com

GRABKULT

Neue Stadt Strasshof

Strasshof zur Stadt erhoben

Der 26. Oktober 2024 war ein historischer Tag für die Bürger:innen von Strasshof an der Nordbahn: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner erhob ihre Heimatgemeinde zur 77. Stadt in Niederösterreich. Bei der Festveranstaltung sprachen Altbürgermeister Herbert Farthofer, Bürgermeister a. D. Rolf Neidhart und der amtierende Bürgermeister Ludwig Deltl über den Weg zur Stadt. Altbürgermeister Farthofer hatte bereits viele Initiativen und Projekte umgesetzt, um den Weg zur Stadt zu ebnen, in seiner Amtszeit wurden Großmärkte und Betriebe angesiedelt, Kindergärten eröffnet, harte Verhandlungen mit den Bundesbahnen geführt und der Kinderhort an die Volksschule angeschlossen. Einer der ausschlaggebenden Punkte, Strasshof zur Stadt zu erheben, sei nun unter anderem die Eröffnung des Schulcampus gewesen. Bürgermeister Deltl berichtete über den erneuten Antrag, die positive Vorprüfung, den Beschluss im Gemeinderat im September 2023 und den Beschluss im NÖ Landtag. „Und heute bekommen wir endlich die Urkunde zur Stadterhebung überreicht“, so Deltl.



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bürgermeister Ludwig Deltl mit der Stadterhebungsurkunde



Die Vorträge und Paneldiskussionen auf den insgesamt neun Bühnen der EXPO REAL waren sehr gut besucht.

EXPO REAL München

Plattform für Gedankenaustausch zu Zukunftsthemen

Über 40.000 Teilnehmer:innen aus 75 Ländern besuchten von 7. bis 9. Oktober 2024 die internationale Fachmesse für Immobilien und Investitionen auf dem Messegelände in München. Der Österreichische Städtebund war wieder mit einer Delegation vertreten, diesmal mit Teilnehmer:innen aus Salzburg, Bregenz, Innsbruck, Wr. Neustadt, Klagenfurt und Wien. Neben 1.778 Ausstellern aus 34 Ländern war auch heuer das Konferenzprogramm ein wichtiger Bestandteil der EXPO REAL. So gab es mit der „Transform & Beyond“ und dem „Sustainable Construction Hub“ Plattformen für wichtige Themen, wie Bauen im Bestand, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. In einer Zeit des exponentiellen technologischen Wandels gilt es, das Bauen von morgen zu gestalten und die richtigen Impulse für eine nachhaltige Zukunft zu setzen. Die Aspekte Wirtschaftlichkeit und Nachfrage haben einen noch größeren Raum als in den Vorjahren auf der EXPO REAL eingenommen, da sich die wirtschaftliche Stimmung in Europa zuletzt weiter eingetrübt hat. Daher ist es noch wichtiger, durch Innovation Nachhaltigkeit bezahlbar zu machen, Wohnen wieder kostengünstig zu konzipieren und Nutzungskonzepte der Zukunft zu erfinden. Auf der EXPO REAL konnte man sich dazu sehr gut austauschen.

Die Reise nach München wurde seitens des Österreichischen Städtebundes auch dazu genutzt, sich mit den Kolleg:innen des Bayerischen Städtetages zu vernetzen.

© Fotos: NLK Burchhart, Messe München GmbH



Das Jobrad ist da!

Immer mehr Bundesländer sagen mit einem Dienstrad-Modell Ja zu nachhaltiger Mobilität.

In Oberösterreich, im Burgenland und in Vorarlberg gibt es neue Verordnungen, die es Gemeinde- und Landesbediensteten ermöglicht, Fahrräder über ein Leasingmodell zu nutzen. Weitere Bundesländer sind kurz davor, eine Verordnung einzuführen. Diese Regelungen sehen vor, dass Angestellte ihr Wunschrad unkompliziert leasen können – ein Schritt, der nicht nur die umweltfreundliche Mobilität fördert, sondern auch die Gesundheit der Mitarbeitenden unterstützt.

Besonders attraktiv an diesem Modell ist die Finanzierung über eine sogenannte Gehaltsumwandlung. Dabei wird ein Teil des Bruttogehalts in das Leasing des Fahrrads investiert, anstatt diesen als Geldbetrag zu erhalten. Die Mitarbeitenden profitieren so von steuerlichen Vorteilen, was das Modell kostengünstig und finanziell interessant macht.

JobRad Österreich, ein erfahrener Anbieter auf diesem Gebiet, sorgt dafür, dass der gesamte Prozess reibungslos und für den Arbeitgeber/die Arbeitgeberin kostenneutral abläuft. Über das JobRad-Portal wird die Abwicklung für alle Beteiligten einfach und effizient gestaltet. So wird der Umstieg aufs Rad noch leichter – und der Beitrag zu einer gesünderen, nachhaltigeren Zukunft gefördert.

Diese Initiative zeigt, wie moderne Mobilitätslösungen sinnvoll in den öffentlichen Dienst integriert werden können, um sowohl den Mitarbeitenden als auch der Umwelt zugutezukommen.

Weitere Informationen:
https://at.jobrad.org/

© Foto: Jobrad Österreich

| BM12aG |

So baut man heute

Building Automation von Beckhoff



So baut man flexibel: mit Beton.

So baut man klassisch: mit Ziegelsteinen.

So baut man sicher: mit Stahl.



So baut man intelligent: mit Automatisierungskomponenten von Beckhoff.

Mit Beckhoff Building Automation lassen sich alle Gewerke auf Basis eines ganzheitlichen, durchgängigen, PC- und Ethernet-basierten Gebäudeautomatisierungskonzeptes integrieren. Der Effekt: Investitionskosten werden minimiert, Wartung und Flexibilität werden optimiert, die Engineeringkosten gesenkt und alle Kriterien für Gebäudeautomation nach Energieeffizienzklasse A erfüllt. Das modulare Beckhoff Steuerungssystem erlaubt eine Anbindung aller Datenpunkte und Subsysteme über Beckhoff Busklemmen sowie eine flexible Bedienung, vom Smart-Phone bis zum Touchpanel.

Scannen und alles über die Gebäudeautomation mit PC-based Control erfahren



New Automation Technology BECKHOFF



Lange Nacht des Rathauses

Blick hinter die Kulissen in Trofaiach

Im Rathaus Trofaiach fand im Herbst zum zweiten Mal die „Lange Nacht des Rathauses“ statt und zahlreiche Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, die verschiedenen Abteilungen der Stadt – von der Verwaltung über die Bücherei, das Innenstadtbüro bis hin zu den Stadtwerken – näher kennenzulernen und sich einen Einblick in die tägliche Arbeit zu verschaffen. Die Mitglieder des Gemeinderats standen im Sitzungssaal für Fragen und Gespräche zur Verfügung.

CliA-Preise an Wien und Innsbruck

Erstmals wurden die Österreichischen Staatspreise für Klimawandelanpassung CliA vergeben.

Am 17. Oktober wurden die Preisträger:innen des „CliA – Österreichischer Staatspreis zur Klimawandelanpassung“ feierlich ausgezeichnet. Der Preis wurde heuer erstmalig vom Klimaschutzministerium (BMK) in Kooperation mit dem Klima- und Energiefonds verliehen und vom Umweltbundesamt fachlich begleitet. Die mit je 5.000 Euro dotierten Hauptpreise gingen an vier erfolgreich umgesetzte Klimawandelanpassungsprojekte in den Kategorien „Hochwasser/Starkregen“, „Trockenheit“ und „Hitze“ sowie der Sonderkategorie „Forschung“. Die Projekte wurden von der Fachjury nach den Kriterien Wirksamkeit und Wechselwirkungen, Übertragbarkeit und Innovation, Umsetzung und Akzeptanz sowie Flexibilität und Robustheit bewertet.



In der Kategorie „Trockenheit“ belegte die Strategie der Wiener Stadtgärten „Städtisches Grün für die Zukunft“ den 3. Platz, in der Kategorie „Hitze“ konnten sich Wien und Innsbruck über die ersten beiden Ränge freuen, Wien mit dem Projekt „Jedem Bezirk sein Wiener Wäldchen – Mini-Wildnis in der Stadt Wien“ und Innsbruck mit „cool-INN – Blaugrüne Infrastruktur am Messepark Innsbruck“ (siehe ÖGZ 11/2024).

www.staatspreis-anpassung.at

© Fotos: Foto Freisinger, Klima- und Energiefonds/APA-Fotoservice/Fotograf Roland Rudolph



Aquila 2025

Die Einreichfrist für den Aquila 2025 läuft noch bis 31. März 2025: Gefragt sind Projekte mit kreativem und außergewöhnlichem Engagement für mehr Verkehrssicherheit in Österreich.

Erstmals wurde der Österreichische Verkehrssicherheitspreis Aquila bereits 1971 vergeben. „Seitdem hat dieser Preis nicht an seiner Aktualität verloren. Denn Österreich rangiert in puncto Verkehrssicherheit im EU-weiten Vergleich weiterhin nur im Mittelfeld. Um unter die sichersten Länder Europas zu gelangen, bedarf es weiterer ambitionierter Sicherheitsmaßnahmen, die konsequent umgesetzt werden müssen“, sagt der KFV-Direktor Christian Schimanofsky. Das KFV, der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund möchten sich mit der Verleihung des „AQUILA 2025“ bei all jenen bedanken, die unermüdlich ihren Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit leisten.

Infos und Projekteinreichung unter:
https://aquila.kfv.at/

© Fotos: KFV/APA-Fotoservice/Juhasz, Schedl



MD^in Isabella Jandl

Isabella Jandl startet

Neue Magistratsdirektorin in Klagenfurt

Nach längeren Turbulenzen einigte sich eine Hearingkommission im November auf Isabella Jandl als neue Klagenfurter Magistratsdirektorin und Florian Kühr als ihren Stellvertreter.
Isabella Jandl war bis vor Kurzem noch Prokuristin bei der Wohnservice Wien GmbH und konnte vor allem mit ihren umfassenden Managementerfahrungen punkten.
Ihr neuer Stellvertreter Florian Kühr leitete zuletzt die Bereiche Vertrags- und Vergabemanagement sowie die Facility- und Dienstleistungsmanagement in der KABEG und verfügt über eine umfassende Expertise im juristischen Bereich.



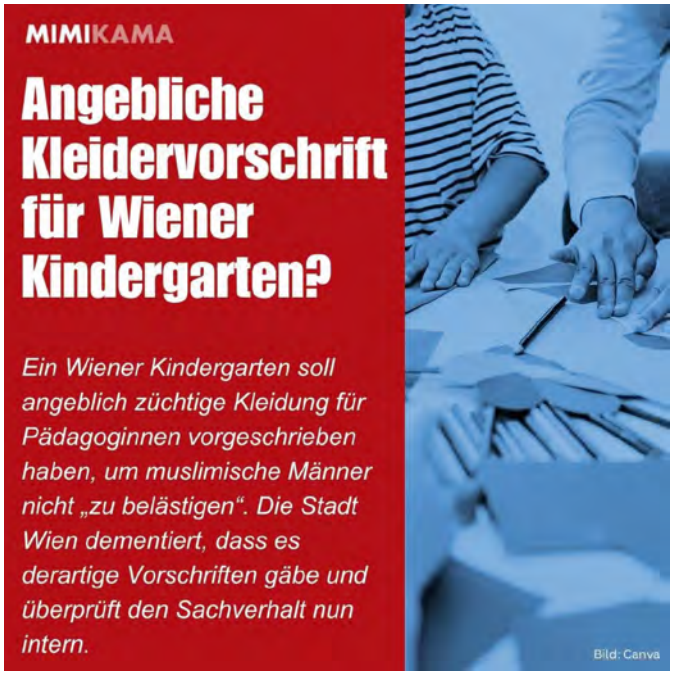


© Foto: Getty Images



Kommunikation findet Stadt

Stadt als Marke
Fake News & KI
Apps & Podcasts





Mimikama

Eine führende Plattform im Kampf gegen Fake News und Internetbetrug

Falschinformationen und Betrug im Netz haben sich zu einem ernsthaften Problem entwickelt, das nicht nur Privatpersonen, sondern auch öffentliche Institutionen, Unternehmen und ganze Gesellschaften betrifft. Daraus resultierend hat sich Mimikama in den letzten Jahren als eine der bedeutendsten Plattformen im deutschsprachigen Raum etabliert, die gezielt gegen die Bedrohungen von Fake News und Internetmissbrauch vorgeht. Der Verein deckt nicht nur Falschmeldungen auf und widerlegt diese, sondern ist auch eine beliebte Plattform, die sich aktiv dafür einsetzt, Menschen über die Gefahren auf Social Media aufzuklären und ihnen zu helfen, sich im Internet sicherer zu bewegen.

Die Arbeit von Mimikama reicht von der Aufklärung über Internetbetrug über die Analyse von Social-Media-Inhalten bis hin zur Bereitstellung von Informationsmaterialien für Schulen, Unternehmen und Verwaltungen und zu politischer Bildung. Der Verein nutzt technologische Werkzeuge und journalistische Methoden, um Falschmeldungen schnell und präzise zu erkennen, aufzudecken und öffentlich zu machen. Das Ziel ist dabei immer klar: das Internet zu einem vertrauenswürdigeren und sichereren Raum für alle Nutzer:innen zu machen.

Ein unabhängiger Akteur im Netz

Als unabhängiger Verein verfolgt Mimikama einen nicht-kommerziellen Ansatz, der es der Plattform ermöglicht, ohne Interessenskonflikte zu arbeiten. Die Mission des Vereins ist es, der Öffentlichkeit dabei zu helfen, besser zwischen echten und gefälschten Informationen zu unterscheiden. Dafür stehen Mimikama-Expert:innen zur Verfügung, die tagtäglich daran arbeiten, Betrug und Falschmeldungen im Internet zu entlarven. Die Plattform kombiniert technologische Analyseverfahren, journalistische Recherchen und die Erfahrungen ihrer Community, um Falschinformationen systematisch zu untersuchen und zu bekämpfen. Ein wichtiges Element dieser Arbeit ist die Kommunikation über Social Media. Dort erreichen die Faktenchecks von Mimikama regelmäßig ein breites Publikum. Fast zwei Millionen Nutzer:innen folgen der Plattform auf verschiedenen Kanälen und tragen die Botschaften und Informationen weiter.

Mimikama Education: Medienkompetenz für Verwaltungen und Organisationen

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit von Mimikama ist das Bildungsangebot „Mimikama Education“. Es richtet sich unter anderem an Behörden, Schulen, Unternehmen und gemeinnützige Organisationen, die ihre Medienkompetenz im Umgang mit Falschmeldungen und Internetbetrug stärken möchten. Dieses Angebot ist im Übrigen besonders relevant für Verwaltung und die Kommunikationsabteilungen von Städten und Gemeinden, die täglich mit einer Vielzahl von Informationen umgehen müssen und deren Kommunikation oft unter besonderer Beobachtung steht.

Fake News stellen eine ernsthafte Bedrohung für öffentliche Institutionen dar. Sie haben das Potenzial, das Vertrauen in

Behörden zu erschüttern, öffentliche Meinungen zu manipulieren und Unsicherheiten in der Bevölkerung zu verstärken. Sie müssen daher zunehmend sicherstellen, dass auf verschiedenen Kanälen korrekt und zeitnah kommuniziert wird, um dem Entstehen von Falschinformationen entgegenzuwirken. Gleichzeitig stehen sie vor der Herausforderung, eine Flut an Informationen zu verarbeiten und den Wahrheitsgehalt dieser Inhalte zu bewerten.

Hier setzt Mimikama Education an. Die Schulungen und Workshops bieten nicht nur theoretisches Wissen, sondern auch praktische Fähigkeiten, um Falschmeldungen effektiv zu erkennen und auf sie zu reagieren. Ziel ist es, die Mitarbeiter:innen der Behörden so auszurüsten, dass sie in der Lage sind, manipulative Inhalte zu identifizieren, bevor sie Schaden anrichten können. Dabei geht es nicht nur darum, auf Fake News zu reagieren, sondern auch präventive Maßnahmen zu ergreifen, um deren Verbreitung bereits im Vorfeld zu verhindern.

Fake News als strategisches Instrument

Falschmeldungen sind längst kein zufälliges Phänomen mehr. Sie sind oft gezielt platzierte Inhalte, die eine bestimmte Wirkung erzielen sollen. Besonders auf Social Media verbreiten sich Fake News rasant und erreichen in kürzester Zeit eine große Anzahl an Nutzer:innen. Verwaltungen, die Kommunikationsabteilungen von Städten und Gemeinden sowie Unternehmen, die täglich mit der Kommunikation von verlässlichen Informationen beauftragt sind, stehen hier vor besonderen Herausforderungen. Falschinformationen, die gezielt gestreut werden, können ihre Arbeit in Frage stellen und die Kommunikation mit den Mitarbeiter:innen sowie der Bevölkerung massiv erschweren.

Strategien gegen Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien sind ein weiteres großes Problem, das Mimikama in seinem Bildungsprogramm thematisiert. Diese Theorien sind nicht selten gezielt gegen staatliche Institutionen gerichtet und können in Krisenzeiten besonders großen Schaden anrichten. Für Mitarbeiter:innen von Städten und Gemeinden ist es wichtig zu verstehen, wie solche Theorien entstehen und warum sie oft so hartnäckig sind. Mimikama bietet den Teilnehmer:innen seiner Workshops konkrete Strategien, um Verschwörungstheorien zu begegnen, ohne ihnen unnötig viel Aufmerksamkeit zu schenken.

Präventive Maßnahmen

Falschmeldungen verbreiten sich oft schneller als die Wahrheit und erreichen nicht selten ein breiteres Publikum. Behörden müssen daher nicht nur reaktiv, sondern auch präventiv handeln. Mimikama zeigt in seinen Schulungen, wie dies gelingen kann. Die Teilnehmer:innen lernen, wie sie in ihren Arbeitsumfeldern sichere und überprüfbare Informationen verbreiten und gleichzeitig das Risiko minimieren können, selbst Falschinformationen aufzugreifen oder weiterzugeben.
Eine wesentliche Komponente hierbei ist die Schulung des kritischen Denkens in Bezug auf das Erkennen und Entlarven von Falschmeldungen, in der Fachsprache „Prebunking und Debunking“ genannt. Medienkompetenz bedeutet, Informationen und deren Quellen immer wieder zu hinterfragen und deren Verlässlichkeit zu überprüfen. Dies gilt nicht nur für externe Informationen, sondern auch für die eigene Kommunikation.

Medienkompetenz als Schlüsselkompetenz

Die Vermittlung von Medienkompetenz ist heute von entscheidender Bedeutung, nicht nur im privaten Bereich, sondern vor allem für öffentliche Stellen und Organisationen. Die Art und Weise, wie Informationen aufgenommen und weitergegeben werden, hat sich durch das Internet radikal verändert. Verwaltungen und Organisationen müssen auf verschiedenen Kanälen kommunizieren, oft in Echtzeit, um der Öffentlichkeit verlässliche Informationen bereitzustellen.
Mimikama Education bietet praxisnahe Schulungen, die Mitarbeiter:innen von Behörden dabei unterstützen, die täglichen Herausforderungen im Umgang mit Fake News erfolgreich zu bewältigen. Die Teilnehmer:innen lernen, die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Arbeit zu sichern und sich gleichzeitig aktiv gegen die Verbreitung von Falschinformationen zu stellen. Nicht nur die Erkennung von Falschinformationen steht dabei im Mittelpunkt, sondern auch die präventive Arbeit. Es geht darum, frühzeitig aktiv zu werden und die Verbreitung von Fake News gar nicht erst zuzulassen.

www.mimikama.org



Expert:innen im Einsatz: Andre Wolf und das Education-Team
An der Spitze dieser Bildungsarbeit steht Andre Wolf, Experte für Falschmeldungen und Internetmissbrauch. Gemeinsam mit Almi Kadic bildet er das „Offline-Team“, das die Organisation und Durchführung der Bildungsangebote von Mimikama verantwortet. Anfragen für Workshops und Vorträge können über die Webseite https://mimikama.education oder direkt per E-Mail an almi@mimikama.org gestellt werden.

Mimikama leistet einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung und zum Schutz vor Desinformation. Mit ihrer Arbeit helfen sie, die Gesellschaft gegen die wachsende Bedrohung durch Fake News und Manipulation zu wappnen und das Vertrauen in verlässliche Informationen zu stärken.

© Foto: Nadja Buechler

KI in der Stadtkommunikation

Drei Ideen für die Zukunft

Patrick Swanson

Stellen Sie sich eine Stadt vor, in der jede Bürgerin zu jeder Zeit genau die Informationen erhält, die sie braucht – in dem Format und der Sprache, die am besten passt. Eine Stadt, die ihre Kommunikation perfekt auf die Interessen und Bedürfnisse ihrer Einwohner:innen abstimmt – präzise, personalisiert und effektiv.

Es ist ein großes Ziel. Vielleicht klingt es nach Träumerei, vielleicht auch wie das Marketing-Sprech von Tech-Firmen. Als erfahrener Journalist weiß ich: Neue Technologien bringen Hype und überzogene Erwartungen mit sich, Skepsis ist wichtig und angebracht. Das gilt auch für Künstliche Intelligenz.

Klar ist aber auch: Wir stehen am Anfang einer Transformation, die unsere bestehenden Formen der Kommunikation tiefgreifend verändert. An der Stanford University im Silicon Valley habe ich ein Jahr lang erforscht, wohin die Reise geht. Die Ideen, die ich eingangs vorgestellt habe, sind keine Zukunftsmusik mehr. Sie sind jetzt möglich.



Patrick Swanson
ist Journalist und Technologie-Experte. Als Mitgründer des Beratungslabors Verso hilft er Medien und Kommunikationsprofis in den USA und Europa beim Einsatz von KI. Von 2013 bis 2023 leitete Patrick Swanson das Social-Media-Team der ZIB im ORF, im Anschluss absolvierte er das John S. Knight Fellowship an der Stanford University.

Inhalte mit KI neu denken

KI-Modelle können eine einzige Pressemitteilung in verschiedene Formate umwandeln: in ein kurzes News-Update, eine FAQ-Sektion mit den häufigsten Fragen und Antworten, ein Video-Skript für TikTok und einen Podcast. Das ermöglicht es, Inhalte schnell an verschiedene Zielgruppen anzupassen – mit einem Bruchteil des Aufwandes.

Diese Idee ist nicht neu, scheiterte bisher aber an den Limitierungen der KI-Tools. Neue Sprachmodelle wie etwa Claude der Firma Anthropic erzielen nun gute Ergebnisse in vielen Sprachen. Das ermöglicht es auch, wichtige Informationen automatisch in relevanten Sprachen bereitzustellen und fördert so Reichweite und Inklusion.

Botschaften mit KI-Fokusgruppen testen

Wie würden verschiedene Bevölkerungsgruppen auf eine Ankündigung der Stadt reagieren? Mit KI müssen wir nicht mehr raten. Große Sprachmodelle können verschiedene Bevölkerungsgruppen simulieren und mögliche Reaktionen auf Botschaften vorhersagen.

Man formuliert eine Nachricht und lässt sie von KI-simulierten Bürger:innen mit unterschiedlichen Hintergründen „lesen“. Die KI gibt Feedback: Ist die Botschaft klar? Welche Fragen könnten aufkommen?

Im Silicon Valley testen Firmen bereits solche Ansätze für Produktideen und Marketing-Kampagnen, und auch die Wissenschaft experimentiert mit ähnlichen Ideen für die Sozialforschung.

Natürlich ersetzen KI-Personas keine echten Bürger:innenbefragungen. Aber sie sind ein spannendes neues Werkzeug, um die Kommunikation zu schärfen.

KI-Kompetenzen aufbauen

Wie setzt man diese Ideen in die Praxis um? Der erste Schritt ist Bildung und Training.

Die Technologie ist ein mächtiges Werkzeug, aber es braucht geschulte Menschen für den effektiven Einsatz. Ein Verständnis von den Möglichkeiten, Grenzen und ethischen Fragen wie Datenschutz ist extrem wichtig. Der Aufbau dieser Kompetenzen ist eine Investition in die Zukunft.

KI in der Kommunikation einzusetzen, ist keine Frage des „Ob“, sondern des „Wie“ und „Wann“. Die Technologie entwickelt sich rasant, und die Möglichkeiten sind enorm.

Der wichtigste Punkt: Das Ziel sind eben nicht Roboter. Das Ziel ist menschliche Kommunikation, unterstützt von Technologie.

© Foto: VERSO

Die Linzer KI-Strategie

Die Stadt Linz ist in puncto Digitalisierung Vorreiterin und hat eine umfassende KI-Strategie erarbeitet, um den Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in verschiedenen Bereichen der Verwaltung zu fördern. Die Grundlage bildet die 2022 eingeführte Data Excellence Strategie, die auf hohe Datenqualität und moderne Verarbeitungsstandards abzielt.

Die KI-Strategie ermöglicht eine effiziente Nutzung von KI, wobei der Fokus auf Exzellenz, Vertrauen und Risikobewertung gemäß dem European AI Act liegt. Durch diese Standards wird sichergestellt, dass die Vorteile der KI verantwortungsvoll und sicher in die tägliche Arbeit einfließen. „Künstliche Intelligenz ist einer der Bausteine der digitalen Transformation, inmitten derer wir uns aktuell befinden. Auch für die Stadt Linz bedeuten diese Entwicklungen Veränderungen auf vielen Ebenen, so wie auch auf die tägliche Arbeit. Mit der Entwicklung der KI-Strategie, als Teil der Unternehmensstrategie, wollen wir die Chancen und Risiken für die tägliche Arbeit abwägen. Ich bin überzeugt, dass wir mit einer klugen Integration von KI-Technologien unsere Stadt weiter stärken und gut für die Zukunft rüsten. Dabei werden vor allem Effizienz in der Verwaltung und Verbesserung der Serviceleistung für die Bürger:innen im Fokus stehen“, sagt Magistratsdirektorin Ulrike Huemer.

Richtlinien für den KI-Einsatz

Seit August 2023 gibt es klare Leitlinien zur Nutzung von KI-Tools im Magistrat. Diese beinhalten Datenschutz, Amtsgeheimnis, Urheberrecht, menschliche Kontrolle und Fairness.
Der sogenannte „KI-Kompass“ stellt zusätzlich Best-Practice-Beispiele, Prompt-Vorlagen und Tipps für den verantwortungsvollen Umgang mit KI zur Verfügung. Diese Leitlinien gewährleisten einen sicheren und ethischen Einsatz von KI im Arbeitsalltag.



„Digitalisierung ist ein umfassender Wandel, der vor allem durch die Organisations- und Personalentwicklung getragen werden muss.“

MD[in] Ulrike Huemer

Eine eigens eingerichtete Pionier:innengruppe identifiziert Anwendungsfälle und unterstützt bei Fragen zur Regulierung.

KI in der Verwaltung

Prozesse wie Protokollierung, Dokumentenzusammenfassung und Kommunikationsabläufe profitieren von Tools wie dem CompanyGPT von 506.at. Mitarbeiter:innen werden von Routineaufgaben entlastet und können sich auf komplexere Tätigkeiten konzentrieren.
Besonders im Geschäftsbereich Kommunikation und Marketing spielt KI eine wichtige Rolle. Durch Anwendungen wie Chat-GPT oder Midjourney waren die Mitarbeiter:innen gefordert, sich rasch auf die neuen Möglichkeiten einzustellen.
Eine Learning Journey zu KI-Vorreiter:innen in der Agenturbranche und der Austausch mit Expert:innen aus Wien und der Austria Presse Agentur führten zu praktischen Ergänzungen der Leitlinien, insbesondere im Hinblick auf die Nutzung von KI-generierten Texten, Bildern und Grafiken sowie deren Hinweispflicht in der Kommunikation.

Auszeichnung für Digitalisierung

Für ihre fortschrittliche KI-Strategie und Digitalisierung wurde die Stadt Linz mit dem „Public Leadership Award 2024“ in der Kategorie Leadership & Digitale Transformation ausgezeichnet. Dies unterstreicht den Wandel der Stadtverwaltung zu einer modernen, bürgerzentrierten Verwaltung, die KI gezielt einsetzt, um Service und Interaktion mit Bürger:innen zu verbessern.
Insgesamt betrachtet ermöglicht die Automatisierung von Routinetätigkeiten eine schnellere Erledigung von Geschäftsfällen, sodass sich die Mitarbeiter:innen stärker auf wertschöpfende Aufgaben konzentrieren können – ein klarer Mehrwert für die Bürger:innen.

© Foto: Stadt Linz/Sturm

PrompTogether

Generative Künstliche Intelligenz in der Stadt Wien

Sindre Wimberger, Stadt Wien

Die Stadt Wien hat auf die Herausforderungen und Chancen der Künstlichen Intelligenz mit einer Reihe von gezielten Initiativen reagiert. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, KI-Kompetenzen innerhalb der Stadtverwaltung aufzubauen und den Mitarbeiter:innen Werkzeuge an die Hand zu geben, um KI effektiv und verantwortungsvoll zu nutzen. Mit dem „Kompass für den dienstlichen Umgang mit generativer künstlicher Intelligenz (KI)“ wurden wesentliche Grundsätze für den dienstlichen Einsatz von KI in der Stadt Wien definiert. Im Mittelpunkt steht dabei das Grundprinzip der Eigenverantwortung mit Erfahrung und Sachverstand:
Generative KI kann in der öffentlichen Verwaltung Arbeitsprozesse unterstützen, vereinfachen und beschleunigen.
Bei der Verwendung von KI-generierten Inhalten trägt der Mensch die Verantwortung und muss diese überprüfen.
Auf einen rechtskonformen Umgang mit sensiblen beziehungsweise personenbezogenen Daten und dem Amtsgeheimnis ist zu achten.
Die transparente Kennzeichnung der Verwendung mittels KI-erstellter Inhalte nach außen ist erforderlich.



Das KITT-Team: Sindre Wimberger und Günter Siebenhaar

KITT – das Format

Mit KITT (Künstliche Intelligenz Technologie und Trend) wurde ein innovatives Austausch- und Inspirationsformat geschaffen. Dieses interne Reallabor verbindet innovative Technologie mit innovativem Wissensaustausch und baut so gemeinsam KI-Kompetenz in der Stadtverwaltung auf.
In drei aufeinander aufbauenden Formaten wird KI für alle erlebbar:
KITT-Einführung, Inspiration und Herausforderung: Wie funktiniert generative KI? Die Grundlagen und Potenziale von KI, für Neueinsteiger:innen einmal im Monat.
KITT-Erfahrungsaustausch und aktuelle Entwicklungen: Macht den Fortschritt und die Herausforderungen in der KI spürbar. In einer Welt, in der die Entwicklungen in der Künstlichen Intelligenz schnell und oft überwältigend sind, versuchen wir mit den KI-News einen Überblick zu geben.
KITT PrompTogether: die praktische Arbeit mit KI direkt erleben. Gemeinsames Aufbauen von Prompts, damit die KI sie erfassen kann. Zwei Mal im Monat wird live interaktiv „geprompted“.

Community aufbauen

Ein wichtiger Aspekt ist dabei der Aufbau einer aktiven und engagierten Community innerhalb der Stadtverwaltung. Dieser Ansatz erkennt an, dass der erfolgreiche Einsatz von KI nicht nur von technologischen Lösungen abhängt, sondern auch von einem lebendigen Ökosystem des Wissensaustauschs und der Zusammenarbeit.
Dazu gibt es auch eine eigens eingerichtete Signal-Messenger-Gruppe. Hier werden im Minutentakt neue Erkenntnisse, interessante Anwendungsfälle und aktuelle Entwicklungen im Bereich der KI ausgetauscht. Diese Plattform ermöglicht es somit, stets auf dem neuesten Stand zu bleiben und von den Erfahrungen der Kolleg:innen zu profitieren.
Mit dem internen KI-Tool MeinChatGPT bietet die Stadt Wien ihren Mitarbeiter:innen außerdem einen kostenlosen Zugang zur generativen KI mit erhöhter Sicherheit und Datenschutz.
Ein Anwendungsfall, der sich für die Stadt Wien als besonders relevant herausgestellt hat, ist die Entwicklung und Nutzung von KI-gestützten Wissensdatenbanken. Damit ist es möglich, mithilfe von KI-Antworten aus und zu Dokumenten zu geben. Dies kann z. B. für Übersichten, Zusammenfassungen, das Erkennen von Zusammenhängen, die Suche in Dokumenten oder das Geben von Antworten (FAQ) genutzt werden.

© Foto: Stadt Wien/Bubu Dujmic

Bewährtes, erfolgreiches System

Altglassammlung in Österreich

25 Milliarden Glasverpackungen – das sind 8 Millionen Tonnen Altglas – sammelten und recycelten wir seit 1977.

Österreichs Glasrecyclingsystem – ökonomisch, ökologisch und logistisch hoch entwickelt

Glasrecycling in Österreich ist etabliert. Ein System, in dem viele Akteure koordiniert zusammenspielen, sorgt seit 47 Jahren für Hygiene und Sauberkeit in Stadt und Land und erreicht seit vielen Jahren Recyclingquoten für Glasverpackungen von rund 85 %. Große Sammelmengen und Erfolge sind jedoch keine Selbstverständlichkeit.

Die langjährige Erfahrung von Austria Glas Recycling liefert zusammen mit klaren gesetzlichen Rahmenbedingungen die Basis. Eindeutig festgelegte Verantwortlichkeiten zeichnen das Glassammelsystem ebenso aus wie die Innovationskraft von Austria Glas Recycling und der Partnerunternehmen. So wird in enger Abstimmung mit den Kommunen laufend daran gearbeitet, die regional optimale Ausgestaltung des Altglassammelsystems sicherzustellen und die Anforderungen der Menschen in Österreich an das Glassammelsystem zu erfüllen. DI Eva Koller, Geschäftsführerin Austria Glas Recycling GmbH: „Ein Sammel- und Verwertungssystem ist dann dauerhaft erfolgreich, wenn es finanziell stabil sowie ökologisch werthaltig ist und zudem dem Bedarf der Bürger*innen möglichst gerecht wird. Diese Anforderungen auszutarieren und das Glasrecyclingsystem nachhaltig zu gestalten, ist unsere tägliche Aufgabe."

Eine wichtige Rolle im österreichischen Altstoff- und Altglassammelsystem spielt die Institution der kommunalen Abfallberatung. In ganz Österreich wirken gut ausgebildete Abfallberater*innen dabei mit, die Menschen über Glasrecycling zu informieren und sie zum Mitmachen zu motivieren. Koller: „Austria Glas Recycling arbeitet seit Jahrzehnten eng mit diesen Profis der Abfallberatung zusammen."



© Fotos: Austria Glas Recycling/Fotograf: Daniel Willinger, Austria Glas Recycling/Fotograf: Moritz Scheer



Dr. Harald Hauke, DI Eva Koller, Geschäftsführung Austria Glas Recycling

Glasrecycling – ein wesentliches Element von Kreislaufwirtschaft

Der Packstoff Glas ist sowohl für das 100 %ige stoffliche Recycling – das Einwegsystem – als auch die Wiederbefüllung – das Mehrwegsystem – geeignet. Beide Systeme unterstützen die Kreislaufwirtschaft, da Glas jeweils dauerhaft in Verwendung bleibt, entweder im Materialkreislauf oder als Pfandgebinde.

Eine Messzahl für Circular Economy ist die „Circular Material Use Rate". Sie beschreibt den Anteil an Material, der recycelt oder wiederverwendet wird, im Verhältnis zum gesamten Materialvolumen. Je höher sie ist, desto besser im Sinne der Kreislaufwirtschaft. In Österreich hergestellte Glasverpackungen bestehen im Durchschnitt über alle Formen und Farben zu 2/3 aus Altglas.

Dr. Harald Hauke, Geschäftsführer der Austria Glas Recycling GmbH: „Eine Glasverpackung hat niemals ausgedient, ihr Leben ist unendlich. Und das ist ein Ziel von zirkulärer Ökonomie. Ein funktionierendes Glassammelsystem sorgt dafür, dass Altglas als Rohstoff immer und immer wieder eingesetzt werden kann. Das ist ökologisch sehr wertvoll und überdies betriebs- wie volkswirtschaftlich sinnvoll. Dank Glasrecycling sparen wir große Mengen an Primärrohstoffen. Das schont unsere Naturlandschaften. Ein verlässliches Altglassammelsystem ist für Österreichs Städte und Gemeinden von großer Bedeutung. Die konstruktive Zusammenarbeit der Austria Glas Recycling mit den Kommunen ist eine starke Säule von Österreichs Glasrecyclingsystem und ein wichtiger Motor für die Transformation zur Kreislaufwirtschaft."

Die Menschen in Österreich sammeln regelmäßig und sorgfältig Altglas.



Gut geplant ist halb gewonnen: Die Entwicklung einer Stadtmarke kann nicht ohne die Einbindung der Bevölkerung erfolgen. Ein klares Projektdesign, das die unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten festlegt, gibt von Anfang an Sicherheit für das Markenprojekt.

Die Stadt als Marke

Erfolgsfaktoren im Wettbewerb um Zukunftschancen: Warum eine starke Marke und brillantes Storytelling entscheidend sind – und wie Bürgerbeteiligung den Weg dorthin ebnet.

Lida Moldovan und Karl Hintermeier, Agentur message – The Art of Urban Story Design

In einer Zeit, in der Mobilität, Digitalisierung und Globalisierung unser Leben tiefgreifend verändern, wird auch der Wettbewerb zwischen Städten und Wirtschaftsstandorten immer herausfordernder. Während Unternehmen ihre Standorte immer flexibler wählen und Bürger:innen mobiler werden, wird es für Städte zunehmend schwerer, sich als lebenswerter und wirtschaftlich attraktiver Ort zu positionieren. Und so verstärkt sich die Kluft zwischen jenen Orten, die sich prächtig entwickeln und solchen, die sich in einer Abwärtsspirale aus Leerständen, schwindenden Arbeitsplätzen, geringeren finanziellen Mitteln und Abwanderung wiederfinden.

Um welche Zielgruppen wird also konkurriert? Wer soll konkret angesprochen werden? Im Kern geht es im Standortmarketing um vier grundlegende Zielsetzungen und Zielgruppen:

- Einwohner:innen und Fachkräfte: Attraktivitätssteigerung für junge Familien und qualifizierte Arbeitskräfte mit dem Ziel einer kontinuierlich positiven Bevölkerungsentwicklung, um Unternehmen ausreichend mit Fachkräften versorgen zu können. Maßnahmen zur Talent-Attraction und Talent-Retention erfahren aktuell eine rasante Entwicklung.
- Investitionen, Unternehmen, Arbeitsplätze: Unternehmensgründungen, Betriebsansiedelun-

© Foto: Christian Husar

gen, Start-ups, aber auch öffentliche Investitionen (z. B. Landes- oder Bundeseinrichtungen) mit dem klaren Ziel eines prosperierenden Wirtschaftsstandorts mit steigender Zahl an qualifizierten Arbeitsplätzen (und dementsprechender Lohnsumme).
- Konsum, Handel, Gastronomie, Kaufkraft: Steigerung des Konsums, um Handel, Gastronomie, Dienstleistungen in der Stadt zu halten bzw. weiter auszubauen und Abwanderung zu verhindern (klassisches Stadtmarketing).
- Tourismus, Gäste: Auch in Städten ohne touristische Agenda sind Gäste wichtiger Bestandteil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Wettbewerbsfaktor Marke

Ist das nicht Luxus, in Zeiten knapper Budgets und zunehmender Aufgaben über Image und Marke nachzudenken? Wir meinen nein. Eine starke Marke und ausgeklügelte Markenkommunikation helfen gerade in schwierigen Zeiten, die Einzigartigkeit der eigenen Stadt hervorzuheben und die Bürger:innen wieder stolz auf ihren Wohn- und/oder Arbeitsort zu machen. Dabei ist Stadtmarketing ohne klare Markenpositionierung ein bisschen wie Bauen ohne Plan. Das kann zwar durchaus erfolgreich sein, schafft aber keine klare Positionierung im Wettbewerb.

Marke ist ein Vorurteil

Eine Stadtmarke ist weit mehr als ein Logo. Sie ist das übergeordnete Bild, das Menschen von einer Stadt haben – die Summe aller Assoziationen, Erfahrungen und Wahrnehmungen. Oder anders gesagt: Marke ist „Relevanz im Gehirn". Also immer, wenn eine Entscheidung anliegt, soll unsere Marke helfen, die „richtige" Entscheidung zu treffen. Das funktioniert am Supermarktregal. Das funktioniert bei der Frage, in welche Stadt wir auf Kurzurlaub fahren. Das funktioniert aber auch bei der Frage, wo wir gerne leben und arbeiten würden oder wo wir gerne ein Unternehmen gründen würden. Welches „Vorurteil" soll man von Ihrer Stadt haben?

Komplexität von Stadtmarken

Stadtmarken funktionieren zwar ähnlich wie Unternehmensmarken, sind aber deutlich komplexer. Denn das Image einer Stadt baut sich aus sehr vielen Faktoren zusammen. Landschaft, Stadtbild, Baukultur, Schulen, Kinderbetreuung, Sport- und Kultureinrichtungen, Mobilität, Anbindung an große Zentren oder markante Persönlichkeiten, um nur einige zu nennen.
Während also Unternehmen ihre Marke weitgehend direkt steuern und kontrollieren sind bei Städten viele verschiedene Akteur:innen beteiligt: von der Stadtverwaltung über Unternehmen und Vereine bis hin zu kulturellen Einrichtungen und den Bürger:innen selbst.
Daher erfordert die Pflege einer Stadtmarke nicht nur eine durchdachte Strategie, sondern auch eine intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten. In der Stadtmarkenführung müssen wir radikal umdenken: Wir sind nicht mehr alleinige „Sender:innen" – sondern vielmehr Kurator:innen der Marke.

Bürger:innen und Markenbotschafter:innen

Der Weg zur starken Marke führt über die Einbindung der Bürger:innen und weiterer wichtiger Stakeholder:innen. Sie sind nicht nur die primären „Nutzer:innen" der Stadt, sondern auch authentische Botschafter:innen. Eine starke Stadtmarke lebt von der Identifikation und dem Engagement ihrer Bewohner:innen. Wer von Anfang an in den Markenprozess involviert ist, fühlt sich später auch mitverantwortlich für den Erfolg der Marke.
Typische Beteiligungsformate sind Workshops, Bürger:innenforen, Umfragen, Dialogausstellungen, Ideenwerkstätten, Expert:inneninterviews oder Fotowettbewerbe auf Social Media. Diese Formate ermöglichen es, die Bevölkerung in den Markenfindungsprozess einzubinden und sicherzustellen, dass die Marke authentisch ist und die wahren Werte der Stadt widerspiegelt. Wenn Bürger:innen stolz auf ihre Stadtmarke sind, werden sie auch zu aktiven Markenbotschafter:innen und tragen das positive Image nach außen.

Die Entwicklung einer Stadtmarke ist ein fordernder und höchst spannender Prozess, der nicht unterschätzt werden sollte. Das Projekt steht stark im Lichte der Öffentlichkeit und erfordert eine gut durchdachte Kommunikation.
Als Stadt ist man gut beraten, sich erfahrene Expert:innen mit ins Boot zu holen, denn mindestens die Hälfte der Arbeit besteht aus Workshops, Moderation und Kampagnenmanagement!

message THE ART OF URBAN STORY DESIGN
Die Agentur berät aktuell Städte wie Wien, Tulln, Bad Vöslau, Kapfenberg oder Waidhofen a. d. Ybbs beim Aufbau von wettbewerbsstarken Stadtmarken und ist spezialisiert auf

- *Marken-Positionierung und innovatives Marketing für Städte und Standorte, Quartiere, Stadtteile und Events*
- *Stadtkommunikation – die Stadt als moderner Newsroom*
- *Partizipation: Bürger:innen für Beteiligungsprojekte begeistern*
- *durchgängiges Stadtdesign – Medien, Werbung bis zum öffentlichen Raum*
- *Talent-Attraction – Fachkräfte für die Stadt finden, halten und zurückerobern*

Inspiration: message.TALKS – monatlicher Webtalk zu Themen der Stadtkommunikation

Anmeldung auf
www.message.at



Ganz verspielt: Auch als Fotospot am Hauptplatz funktioniert das neue Corporate Design.

Räume öffnen für die Marke L_NZ

Wer wagt, gewinnt. Dem Sprichwort folgend entwickelte die Stadt Linz ein neues Corporate Design. Ganz ohne Pitch oder Wettbewerb. Und der Mut wurde belohnt.

Seit Mitte 2022 präsentiert sich die Stadt Linz in einem neuen Outfit. Mit dem Konzept „L_NZ Spaces“ wurde sprichwörtlich Platz im Corporate Design (CD) für die Vielfalt der Stadt gemacht. Ausgangspunkt war die Markenstrategie. Der Weg zum Ziel war neu: Kein Pitch oder Wettbewerb wurde durchgeführt, sondern das neue Konzept wurde partizipativ erarbeitet. „Natürlich ist es ein Risiko, das man eingeht“, erklärt Jürgen Tröbinger, Direktor des Geschäftsbereichs Kommunikation und Marketing der Stadt Linz. „Du musst eine Agentur finden, die einerseits den Prozess begleiten und gleichzeitig die Kreationsphase stemmen kann. Aber mal ehrlich: Bei Wettbewerben reichen Agenturen Entwürfe ein, eine Jury bewertet – und was ist schlussendlich konsensfähig? Der langweiligste Vorschlag“, erklärt Tröbinger.

Am Beginn des neuen Corporate Designs stand die Markenstrategie der Stadt Linz, die gemeinsam mit verschiedenen Stakeholdern in vielen Workshops Ende 2019 finalisiert wurde. Sie war ein Teil des Briefings an die in Frage kommenden Agenturen. Der andere Teil waren die vielfältigen und komplexen Anforderungen an das neue CD. „Die reichen vom Briefpapier bis zum Overlay für den TikTok-Channel. Wir haben allein 7.000 Dokumentenvorlagen“, schildert Tröbinger die Herausforderungen am Beginn des Projekts. Mit der Linzer Agentur „Gruppe am Park“ fanden die Verantwortlichen schließlich den richtigen Partner. In etwa zwölf Monaten war das neue „Outfit“ der Stadt reif für den Launch. Zentral war die Einbindung der Stadtregierung, die im Laufe des Entwicklungsprozesses in Workshops aktiv Inputs zu einem künftigen Erscheinungsbild von Linz lieferte und regelmäßig bei Projekt-Meilensteinen miteinbezogen wurde. „Der Stadtsenat hat sich aktiv an der Entstehung des neuen CDs beteiligt. Diese Phase im Projekt war essenziell für die Akzeptanz unter den Mitgliedern“, erzählt Tröbinger.

Neues Logo, neue Schrift, neue Farben

„Wir haben unser Konzept ‚L_NZ Spaces‘ getauft. Indem wir das I um 90 Grad gedreht haben, wurde ein Raum geschaffen, ein Space, Underscore oder eine Bühne, in dem die Stadt stattfinden darf. Daneben entstanden eine eigene Schrift, eine

© Fotos: Stadt Linz/Sturm (2), Stadt Linz/Dworschak



Ganz modern: Zum Launch des neuen Corporate Designs wurde die Fassade des Ars Electronica Centers zum Markenträger.

Ganz klassisch: die Fahnen vor dem Neuen Rathaus



eigene Farbpalette, eine eigene Bildsprache. Und wir haben unsere Markenarchitektur aufgeräumt – weg mit den vielen Sublogos“, fasst Jürgen Tröbinger zusammen. Daneben wurde der Claim erweitert, um im Wording flexibler zu sein. Linz verändert jetzt nicht nur, sondern wirkt, erfrischt und stärkt auch.

Die Ausrollung des neuen Corporate Designs stellte Tröbinger und sein Team vor viele Herausforderungen. Im Rahmen einer Pressekonferenz mit Bürgermeister und Magistratsspitze am 6. April 2022 wurde um genau 11.30 Uhr das neue Konzept sichtbar – von der Website bis hin zu den Fahnen vor den Rathäusern. „Neben der Umstellung der insgesamt vielen Tausenden Touchpoints im Vorfeld und der Einbindung von etwa 200 Kooperationspartnern war der Launch die größte Herausforderung“, erklärt der Kommunikationsverantwortliche. Darüber hinaus setzt die Stadt aber auf eine nachhaltige und ressourcenschonende Umstellung aller Schilder, Arbeitskleidungen & Co. „Die einzelnen Geschäftsbereiche berücksichtigen dabei quasi die Lebenszyklen ihrer Produkte. So werden beispielsweise derzeit noch die letzten Arbeitskleidungen mit alten Logos getragen. Nach Verschleiß neu gebrandete angeschafft“, erklärt Jürgen Tröbinger.

Ausgezeichnetes Design

Das Corporate Design der Stadt Linz hat in der Fachwelt national wie international die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. So wurde das neue Erscheinungsbild von Linz 2023 mit dem europäischen ADC*E-Preis in Silber in der Kategorie „Design – Graphic Communication“ ausgezeichnet, ebenfalls im selben Jahr mit dem österreichischen silbernen Venus-Award des Creativ Club Austria in der Kategorie „Branding“ und bereits ein Jahr zuvor mit dem oö. Werbepreis Caesar in Silber in der Kategorie „Corporate Design“.

Weitere Informationen unter:
marke.linz.at





Auffallend schön: großformatige Imagewerbung am Hauptbahnhof

Tulln: Blühende Stadtkommunikation

Wie es der Gartenhauptstadt gelungen ist, das Thema Garten in den vielen Bereichen der Stadt sichtbar und erlebbar zu machen.

Lida Moldovan und Karl Hintermeier, Agentur message – The Art of Urban Story Design

Das Thema „Garten" wirkt in Tulln weit über die touristische Agenda hinaus und wird zum durchgehenden Narrativ für die gesamte Erzählung der Stadt.
Es geht um einen ertragreichen Boden für Unternehmen, ein blühendes Miteinander und einen florierenden Bildungsstandort. Und auch stadtplanerisch ist das Thema spürbar: beim Spaziergang auf der Donaulände oder mit der Umgestaltung des Nibelungenplatzes zu einem grünen Ort des Miteinanders.

Modulare 360-Grad-Imagekampagne

Um die Positionierung als DIE Gartenstadt Österreichs zu festigen, konzipierte die Kreativagentur message eine modulare Imagekampagne als Dachkampagne, die für die vielfältigen Themen und über die Jahreszeiten und Jahre hinweg mutierbar ist. Alle daraus entstehenden Themenkampagnen zahlen damit in die Stadtmarke ein und stärken so die Positionierung Tullns als lebenswerter Wohnort, starker Wirtschaftsstandort und beliebte Tourismusdestination.

Ein Konzept blüht auf

Die Imagekampagne mit thematischen und saisonalen Schwerpunkten wird crossmedial mit Schwerpunkt auf Out-of-Home und digitalen Werbeformen umgesetzt.
Langlebige und auffällige City-Brandings, die sich als Fotomotiv eignen und zum Teilen in Social Media einladen, helfen dabei, das gewünschte Image nach außen zu tragen. Unter den Hashtags #gartenstadt #tulln finden sich überdimensionale Pergolen an der Donaulände, Liegestühle sowie Brandings an der Donaubühne und an zentralen Verkehrsknotenpunkten.
Kurzum: Das Thema Garten wird im gesamten Stadtbild – vom Gartenfahrzeug über das Mobilitätsservice LISA bis hin zu den Mistkübeln – sichtbar.

Reiche Ernte einer Markenerzählung

Tulln zeigt eindrucksvoll, wie Stadtkommunikation bzw. Stadtmarketing funktionieren kann, wenn sie auf ein starkes Leitthema setzt.
Der Garten ist dabei ein lebendiges Symbol für das Wachstum der Stadt in allen Bereichen. Und ein dankbares Motiv, das kreativ und aufmerksamkeitswirksam eingesetzt werden kann, um als blühende Gartenstadt über die Grenzen hinweg zu strahlen.

© Foto: Christian Mikes

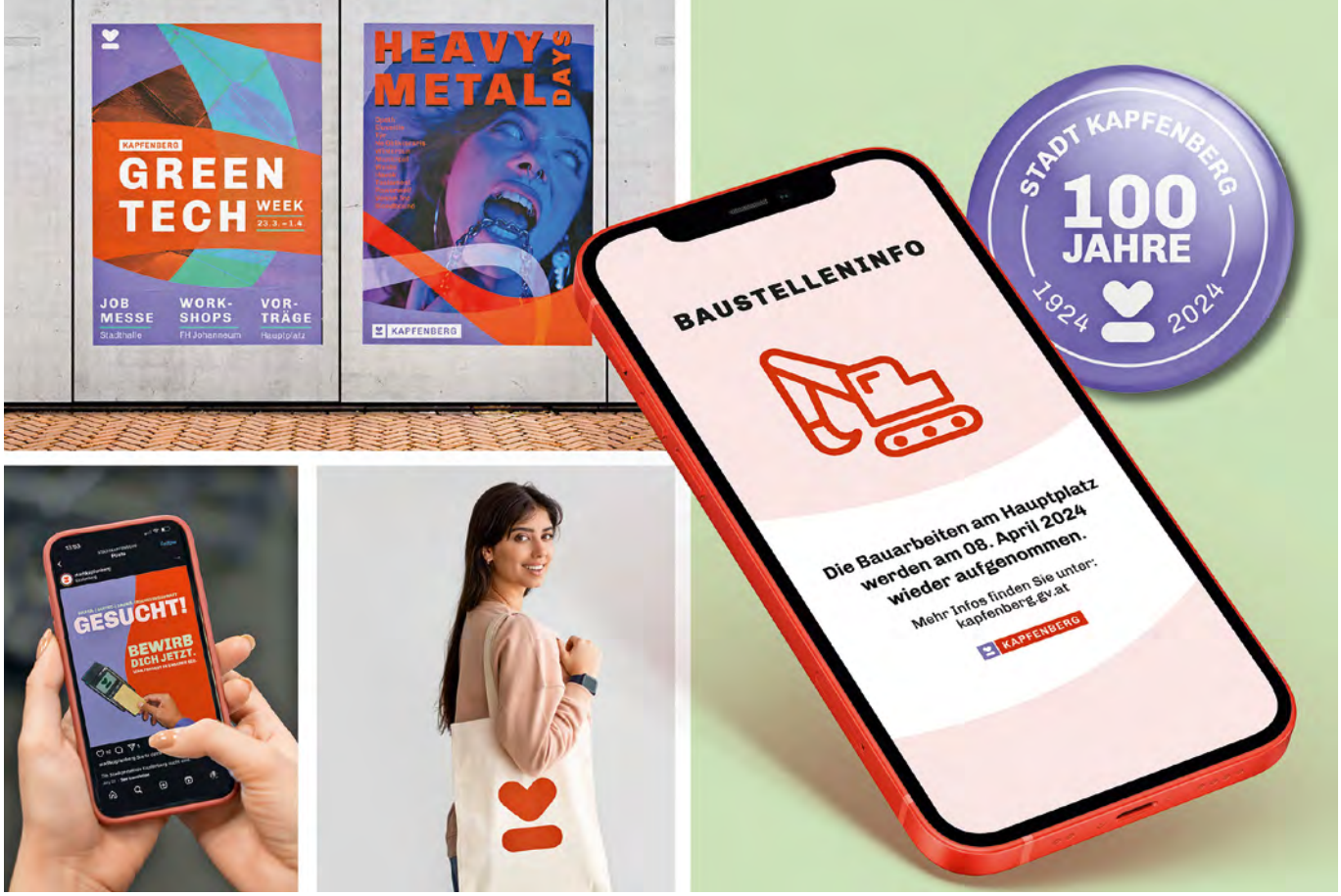
Tierisch gut vorsorgen.



Mit unserer flexiblen Gesundheitsvorsorge.
Mehr auf wienerstaedtische.at

#einesorgeweniger
Ihre Sorgen möchten wir haben.

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP



Die neue Stadtmarke zieht sich mit Schwung und viel Herz durch Kapfenberg – von der klaren, modernen Verwaltungsmarke bis zu auffallend knalligen Plakatsujets und Merchandiseartikeln.

Die neue Stadtmarke als Motor des Wandels

Kapfenberg: vom Industriestandort zum „Place to be“ in der Obersteiermark

Lida Moldovan und Karl Hintermeier, Agentur message – The Art of Urban Story Design

Kapfenberg steht für sportliche Höchstleistungen, industrielle Innovation und ein einzigartiges Lebensgefühl inmitten atemberaubender Natur.

Die Kapfenberger:innen wissen das – aber nach außen hielt sich lange das Klischee der „grauen Industriestadt“. Dieses veraltete Bild wurde zunehmend zum Hindernis für Zuzug und Investitionen.

Hier setzt der Markenprozess an, mit dem Ziel, Kapfenberg als moderne, lebenswerte Stadt zu präsentieren, die für Hightech-Unternehmen und Gründer:innen wie für Familien und junge Talente gleichermaßen attraktiv ist. Hier wird gelebt, gearbeitet, gelernt und gefeiert. Die Stadthalle, der neue FH-Campus, Spitzensportanlagen und zahlreiche kulturelle Events spiegeln diesen Wandel wider.

Eine Stadt mit Herz und neuen Vibes

Die Beteiligung der Bewohner:innen sowie wichtiger Stakeholder:innen war von Anfang an essenziell, um eine Stadtmarke zu entwickeln, die von den Menschen mitgetragen wird.

In Workshops, dem Stadtlabor und auf Social Media wurde der Dialog mit der Bevölkerung gesucht, wurden Visionen und Werte lebhaft diskutiert. Es zeigte sich: Kapfenberg wird als funktionale und gut organisierte Stadt wahrgenommen, aber es fehlt(e) an Emotion. Die daraus entstandene Markenvision: Kapfenberg ist der „Place to be“ in der Obersteiermark. Doch das neue Image ist kein Selbstzweck, es dient dazu, die Stadt wirtschaftlich und gesellschaftlich weiterzuentwickeln.

Neue Vibes, neue Chancen

Die „New Vibes“ als zentrales visuelles Element betonen die Aufbruchstimmung und das neue Selbstbewusstsein Kapfenbergs. Als dynamische Linien prägen sie die städtische Kommunikation, von Plakaten und digitalen Medien bis hin zum öffentlichen

© Foto: message

Raum. Das Kapfenberger Herz symbolisiert die zentralen Werte Weltoffenheit, soziale Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Authentizität und Stolz – ein Versprechen für mehr Herzblut und Liebe zum Detail.

Gemeinsam stark – Die Bürger:innen als Markenbotschafter:innen

Was die Marke Kapfenberg besonders macht, ist die enge Einbindung der Menschen vor Ort. Das Image einer Stadt wird nicht nur von Politik und Verwaltung gestaltet, es sind vor allem die Menschen, die es prägen. Sportvereine tragen das neue Logo auf ihren Trikots, Eventveranstalter:innen werben mit dem Kapfenberger Herz, und die Markenwerte werden in der Community aktiv gelebt. Die Marke wurde mit und für die Menschen entwickelt – und sie tragen sie stolz nach außen. Dieses Engagement fand auch international Beachtung: Bei den City Nation Place Awards 2024 war Kapfenberg die kleinste Gemeinde unter den Nominierten für „Best Citizen Engagement“ und „Best Use of Design“ und musste sich nur Tasmanien und Norfolk Coast geschlagen geben.

Transformation, die wirkt

Die ersten Erfolge der neuen Stadtmarke sind bereits sichtbar. Auch das Stadtbild wandelt sich: Moderne Beschilderungen und Stadtmöbel verleihen Kapfenberg ein zeitgemäßes Erscheinungsbild, während die sozialen Medien der Stadt mehr Engagement und Interaktion verzeichnen.
Die neue Marke wird nicht als einmaliges Projekt verstanden, sondern als langfristiges Werkzeug zur Weiterentwicklung der Stadt. Um das Markenbewusstsein nach innen zu stärken, werden seitens der Stadtverwaltung laufend Marken-Workshops für Key-User:innen angeboten. Kontinuierliches Feedback aus der Bevölkerung, datenbasierte Anpassungen und die Nutzung der Marke als Plattform für Identifikation und Wachstum stehen im Mittelpunkt.

Bürgermeister Matthäus Bachernegg bringt es auf den Punkt: „Wir wollen mit Stolz zeigen, was Kapfenberg alles bietet. Unsere Stadt soll der ‚Place to be‘ in der Obersteiermark werden.“

Eine Marke für die Zukunft

Kapfenberg beweist, dass eine Stadtmarke weit mehr sein kann als ein PR-Instrument. Sie ist ein echter Motor der Transformation. Durch die intensive Beteiligung der Bevölkerung konnte nicht nur das Image verbessert, sondern auch ein nachhaltiger Wandel eingeleitet werden. Die neue Marke verkörpert den Stolz, den Fortschritt und die Lebendigkeit der Stadt – und bringt gleichzeitig frischen Schwung.
Kapfenberg ist längst mehr als ein Industriestandort: Es ist ein Ort der Innovation, der Bildung, des Sports und des Gemeinschaftsgefühls. Wer heute nach Kapfenberg kommt, spürt die „New Vibes“. Und das Beste daran: Die Reise hat gerade erst begonnen.

VERGABERECHTSSICHER BESCHAFFEN?

Die BBG ist Ihr Partner in Beschaffungsfragen!

- **VIELFALT IM ANGEBOT:** Von Büromaterial über Fahrzeuge bis hin zu IT-Lösungen – über den e-Shop der BBG ist ein breites Produkt- und Dienstleistungsportfolio abrufbar.
- **ZEIT- UND KOSTENERSPARNIS:** Weniger Aufwand und ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis durch die gebündelten Ausschreibungen der BBG.
- **VERGABERECHTSSICHERHEIT:** Die Vergabeverfahren der BBG werden vergaberechtskonform durchgeführt.
- **KOSTENFREIE GRUNDSATZVEREINBARUNG AB 2025:** Schließen Sie eine kostenfreie Grundsatzvereinbarung mit der BBG ab und profitieren Sie von den umfassenden Services.

BBG BUNDES BESCHAFFUNG

Ihre Organisation ist
NOCH NICHT KUNDE DER BBG?

Jetzt informieren:

www.bbg.gv.at/neu-hier/kunde-werden



Die Safe Democracy Convention 2025

Ob bei der Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes (IFGs) oder lokaler Bürgerbeteiligungsprojekte, der digitale Bürgerkontakt sorgt für mehr Transparenz und eine stärkere Demokratie.

Es ist endlich so weit. Als letztes demokratisches Land Europas schafft Österreich das Amtsgeheimnis ab, und die Bürger:innen erhalten, wie in vielen Ländern schon längst üblich, ein Recht auf Zugang zur Information „von allgemeinem Interesse".
Für die Demokratie ein deutlicher Gewinn. Wobei nicht vergessen werden darf, dass mit dem Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes im September 2025 Verwaltungen vor riesige Herausforderungen gestellt werden.
Einen großen Vorteil haben sie aber im Vergleich zu Ländern, die schon im 20. Jahrhundert ähnliche Gesetze eingeführt haben: die digitale Technologie. Sie hat in den letzten Jahrzehnten die Demokratie in Europa und weltweit umgestaltet und wird auch eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des IFGs spielen.
Am 13. Februar 2025 bringt die Safe Democracy Convention 300 Entscheidungsträger:innen aus lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungen in Österreich zusammen, um sich gemeinsam über internationale Digital Democracy Best Practices zu informieren. Dabei gibt es ein Panel des Städtebunds, das sich der konkreten Umsetzung des IFGs widmet. Aber auch andere Themen aus dem Bereich digitaler Demokratie, vom KI-assistierten Bürgerkontakt bis zu digitaler Bürgerbeteiligung, werden erarbeitet.

Safe Democracy

Safe Democracy ist ein Projekt des Städtebunds zusammen mit dem Innovation in Politics Institute in Wien. Die Convention wird durch die Stadt Wien gehostet und auch von den namenhaften Technologieunternehmen Samsung und Cisco unterstützt.
Was Sie dabei erwartet, ist eine Fachtagung mit Breakout Sessions, Panel Discussions, Best Practice Exchange und Keynotes. Bei der Convention finden sich Partner für die Entwicklung von Pilotprojekten in Österreich sowie Repräsentant:innen der EU und anderen europäischen Institutionen, die Einblick geben in ihre digitalen Strategien. Dazu stellen große und kleine Unternehmen ihre Lösungen vor, die sie mit Städten in anderen Ländern pilotiert und getestet haben.
Nach der Convention erarbeitet eine Taskforce aus Städten, Gemeinden und

© Foto: Sebastian Philipp

Unternehmen Orientierungshilfen und Standards, um andere Verwaltungen auf ihrem Weg zu unterstützen. Gemeinsam mit den Partner:innen erarbeiten Städte und Gemeinden Pilotprojekte, um das dabei gewonnene Know-how österreichweit zur Verfügung zu stellen.
Wie Edward Strasser, CEO des Innovation in Politics Instituts, es formuliert: „Das Informationsfreiheitsgesetz ist ein wichtiger Schritt nach vorn für die österreichische Demokratie. Gleichzeitig aber stellt sie – vor allem kleinere – Verwaltungen vor eine große Herausforderung. Digitale Lösungen können sowohl hier als auch in anderen Bereichen dabei helfen, österreichische Verwaltungen zukunftsfit zu machen und die österreichische Demokratie zu stärken."

Sicherer digitaler Bürgerkontakt

Die Digitalisierung erleichtert die Interaktion zwischen Bürger:innen und der lokalen Verwaltung mehr denn je. Bürger:innen können viele Anliegen bequem von zu Hause aus erledigen, ohne physisch vor Ort sein zu müssen. Gleichzeitig wirft dieser Fortschritt jedoch Fragen zur Datensicherheit und zum Schutz der Privatsphäre auf. Auf der Konferenz lernen wir, wie die Kommunikation zwischen Bürger:innen und Verwaltungen so sicher wie möglich gestaltet werden kann und wie den Bürger:innen mehr Kontrolle über ihre eigenen Daten gegeben werden kann.
Nach der Nationalratswahl machte das Thema der elektronischen Stimmabgabe erneut Schlagzeilen. Die Convention bietet eine wertvolle Gelegenheit, sich über die neuesten Sicherheitstechnologien für E-Voting zu informieren. Der Schutz der Wahl-Integrität ist von entscheidender Bedeutung, um das Vertrauen der Bürger:innen in solche digitalen Prozesse zu gewährleisten. Dabei müssen umfassende Sicherheitslösungen entwickelt und implementiert werden, die Manipulationen verhindern und eine transparente Durchführung der Wahlen sicherstellen.
Auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) verspricht große Verbesserungen bei Dienstleistungen für Bürger:innen. Insbesondere der Einsatz von Tools wie Chatbots könnte die Kommunikation und den Service erheblich optimieren. Doch bei der Implementierung solcher KI-Werkzeuge müssen wichtige Aspekte berücksichtigt werden. Es gilt sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Zufriedenheit der Bürger:innen im Mittelpunkt stehen und gleichzeitig der Datenschutz gewahrt bleibt.

Neue Möglichkeiten für die Beteiligung

Die Bürgerbeteiligung ist kein neues Konzept – ihre Ursprünge reichen zurück bis zu den Bürgerbudgets im Südamerika der 1980er-Jahre. Schon damals hat sich gezeigt, dass gezielte und konsequent durchgeführte Bürgerbeteiligung zu besseren Ergebnissen führt und das Vertrauen in demokratische Prozesse stärkt.
Im digitalen Zeitalter erlebt die Bürgerbeteiligung nun eine Renaissance. Online-Beteiligungsplattformen ermöglichen es, Bürger:innen einfacher denn je in Entscheidungsprozesse einzubinden. Instrumente wie Bürgerbudgets und partizipative Stadtentwicklung bieten Menschen die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung ihres Umfelds mitzuwirken. Online-Bürgerräte und Diskussionsplattformen schaffen zudem einen Raum für konstruktiven Austausch – abseits von Fake News und Polarisierung.
Auch Künstliche Intelligenz findet bereits im Bereich der Bürgerbeteiligung Anwendung. Sie kann dabei helfen, große Mengen an Beiträgen und Kommentaren zu analysieren und übersichtlich aufzubereiten. Erste Experimente mit dieser Technologie wurden bereits in Österreich durchgeführt, wo KI genutzt wurde, um die Meinungen der Bürger:innen systematisch zu erfassen und zusammenzufassen.

Transparenz: IFG und mehr

Transparenz ist ein grundlegendes Prinzip der Demokratie. Digitale Technologien bieten die Chance, politische Prozesse transparenter und damit demokratischer zu gestalten. Im Fokus des vom Städtebund organisierten Panels steht das Informationsfreiheitsgesetz (IFG). Aber es gibt auch weitere Bereiche, wo die Technologie die Transparenz von Verwaltungen deutlich erhöhen kann.
Angesichts der zunehmenden Nutzung von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz durch Verwaltungen hat die Frage der Transparenz eine neue Dringlichkeit erhalten. Wie können wir sicherstellen, dass sowohl Verwaltungsmitarbeiter:innen als auch die Öffentlichkeit die Algorithmen verstehen, die Entscheidungen beeinflussen? Welche Grenzen müssen gesetzt werden, um gerechte Ergebnisse sicherzustellen und gleichzeitig Innovation zu fördern?
Ein zentrales Thema der Transparenz ist Open Data. Open Data bietet neben der Transparenz auch wirtschaftliche Vorteile, da Unternehmen und Start-ups auf öffentliche Daten zugreifen können, um ihre Arbeit zu unterstützen. Dennoch haben lokale Verwaltungen oft Schwierigkeiten, Open Data anzubieten. Best Practices wie Linked Open Data versprechen zwar eine höhere Datenqualität, sind jedoch technisch anspruchsvoll. Das Panel bietet die Gelegenheit, von anderen Städten, Gemeinden und Unternehmen zu lernen, wie diese Herausforderungen bewältigt werden können.

Weitere Details:
https://innovationinpolitics.eu/democracy-convention



Graham Wetherall-Grujić, Innovation in Politics

Anmeldung
Seien Sie dabei und gestalten die Zukunft der österreichischen digitalen Demokratie mit.
Um sich für Safe Democracy 2025 anzumelden, oder bei Fragen, senden Sie eine E-Mail an contact@democracy-technologies.org
oder besuchen Sie die Webseite: https://innovationinpolitics.eu/democracy-convention

© Foto: Calvin Leander Herbstrith



Informationsfreiheitsgesetz (Österreichischer Städtebund)

- *Panel zum Thema der digitalen Umsetzung des IFGs*
- *Praktische Beratung für Verwaltungen zur Erfüllung der IFG-Anforderungen*
- *Best Practice Exchange „Das IFG Portal" mit Ronald Sallmann, Experte für Digitalisierung und E-Government*
- *Best Practice Exchange „Leitfaden Cyber Security und Nis2", Norbert Weidinger, IT-Experte und ehemaliger CIO und CTO der Stadt Wien*

Die Safe Democracy Convention 2025

Technologien für besseren Bürgerkontakt

13. Februar 2025, Wiener Rathaus, auf Einladung der Stadt Wien

Technologien beeinflussen die Demokratie wie nie zuvor: Die Digitalisierung des Bürgerkontakts, Apps für mehr Mitbestimmung, die Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes – Städte und Gemeinden suchen innovative Lösungen, um die neuen Aufgaben zu bewältigen.
Die Safe Democracy Convention bietet eine einzigartige Gelegenheit für den Austausch und das Lernen von Best Practices in der digitalen Demokratie. In den Exchange Sessions werden internationale Gäste ihre Best Practices vorstellen und wertvolle Einblicke in erfolgreiche Digitalisierungsstrategien geben. U. a. werden zwei Best Practices vom Städtebund gezeigt.

Zusätzlich werden Podiumsdiskussionen und Panels angeboten zu aktuellen Themen der digitalen Demokratie, darunter ein spezielles Städtebund-Panel zum Informationsfreiheitsgesetz (siehe oben).

Ein vollständiges Programm wird zeitnah auf der Seite https://innovationinpolitics.eu/democracy-convention veröffentlicht.

© Foto: Sebastian Philipp

Büro für Mitwirkung

Lebendige Demokratie braucht Beteiligung.

Büro für Mitwirkung (MA 20), Stadt Wien

Das Büro für Mitwirkung ist eine neue Einrichtung der Stadt Wien, die die Demokratie in der Stadt stärken und Bürger:innenbeteiligung zugänglicher machen will. „Mit dem Büro für Mitwirkung wollen wir Menschen erreichen, die sich bisher nicht oder nur wenig an demokratischen Prozessen beteiligen, weil sie zum Beispiel von Armut und Ausgrenzung betroffen sind oder weil sie nicht die österreichische Staatsbürger:innenschaft haben. Unser Ziel ist es, diesen oft ungehörten Stimmen Gehör zu verschaffen und sie aktiv einzubeziehen“, so Demokratiestadtrat Jürgen Czernohorszky.

Das Büro für Mitwirkung fungiert als Anlaufstelle zum Thema Beteiligung in der Stadt und als Drehscheibe für Austausch und Vernetzung. Das Büro berät und begleitet Dienststellen bei Fragen rund um die Gestaltung von Beteiligungsprozessen und entwickelt niederschwellige Angebote für Wiener:innen – insbesondere jene, die durch herkömmliche Beteiligungsangebote bisher nur schwer erreicht werden konnten.

Formate im öffentlichen Raum

Mit der „Werkstatt für Mitwirkung“ geht das Team gezielt in den öffentlichen Raum und zu Orten, an denen sich die Zielgruppen aufhalten. „Gemeinsam mit Expert:innen aus den unterschiedlichsten Bereichen wird an Maßnahmen gearbeitet, wie die Bürger:innenbeteiligung zugänglicher wird“, sagt Wencke Hertzsch, Leiterin des Büros für Mitwirkung. Nach dem Auftakt am 5. Juni haben im Sommer bereits vier Werkstätten stattgefunden. Diese wurden in Kooperation mit „Fremden werden Freunde“, der Volkshilfe, der Caritas und mit wohnpartner in unterschiedlichen Settings durchgeführt.



V. l.: Wencke Hertzsch, GR^{in} Angelika Pipal-Leixner, Stadtrat Jürgen Czernohorszky, AL^{in} Susanna Erker und GR^{in} Nina Abrahamczik

Wiener Klimateam

Das Büro für Mitwirkung baut auf den Erfahrungen des Wiener Klimateams auf. Aus der Evaluierung der beiden Pilotjahre konnten Erkenntnisse gesammelt werden, die den Erfolg der Zusammenarbeit mit lokalen Multiplikator:innen hervorheben. Auch das gemeinsame Erarbeiten von Projekten stärkt das Vertrauen zwischen Politik, Bevölkerung und Verwaltung. Daher legt auch das Büro für Mitwirkung den Fokus auf Kooperation und Ko-Kreation. Darauf aufbauend werden die Aktivitäten und die Angebote des Büros für Mitwirkung laufend ausgebaut.

Wiener Demokratiestrategie

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Erarbeitung einer Wiener Demokratiestrategie. Diese wird in den nächsten Monaten partizipativ, d. h. mit Beteiligung von Expert:innen, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, in einem mehrstufigen Prozess entwickelt. Im Frühjahr 2025 soll die Demokratiestrategie im Gemeinderat beschlossen werden.

Europäische Demokratiehauptstadt

Wien ist nach Barcelona zur zweiten Europäischen Demokratiehauptstadt gekürt worden. Seit November 2024 ist Wien ein Jahr lang Schauplatz von vielseitigen Veranstaltungen, Projekten und Initiativen. Diese sollen Demokratie in ihren verschiedenen Facetten für alle Gesellschaftsschichten erlebbar machen. Durch die Öffnung von Verwaltungsprozessen, die Bereicherung durch demokratische Innovationen und den Einbezug von Bedürfnissen und Ideen der Bürger:innen soll Wien zur demokratischsten Stadt werden. Ein Schwerpunkt des Demokratie-Jahres liegt auf dem weiteren Ausbau der Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Wiener:innen.

https://mitwirkung.wien.gv.at

© Foto: Stadt Wien/Martin Votava



Ein Chatbot beantwortet auf den Homepages von Feldkirch, Dornbirn, Bregenz und Hohenems diverse Fragen.

Der Stadt-Chatbot ist da!

Neuer digitaler Service für vier Vorarlberger Städte

Andrea Bachmann, Kommunikation Stadt Feldkirch

Auf den Homepages von Feldkirch, Dornbirn, Bregenz und Hohenems beantwortet neuerdings ein innovativer Chatbot rund um die Uhr Fragen zu städtischen Angeboten und Dienstleistungen. Ob Abfallentsorgung, Veranstaltungen, Parkmöglichkeiten oder städtische Einrichtungen – der Chatbot liefert hilfreiche Antworten und verbessert damit die Bürgerkommunikation erheblich.

Dieser digitale Assistent markiert einen bedeutenden Schritt in Richtung einer modernen, serviceorientierten Verwaltung. Dank Künstlicher Intelligenz und automatisierter Prozesse steigert der Chatbot die Effizienz der Bürgerdienste und verkürzt Wartezeiten. Denn der Chatbot ermöglicht eine einfache und effiziente Interaktion mit der städtischen Verwaltung, sei es zu Antragsverfahren, Veranstaltungen, Öffnungszeiten oder anderen kommunalen Anliegen. Der Chatbot steht rund um die Uhr zur Verfügung und kann in mehreren Sprachen antworten. Die Stadtverwaltungen können somit ihre Ressourcen effektiver nutzen und sich intensiver um Anliegen kümmern, die persönliche Betreuung erfordern.

So funktioniert der Chatbot

Im Gegensatz zur normalen Suche, die aufgrund von Suchworten Seiten auf der Homepage vorschlägt, antwortet der Chatbot auf Fragen, z. B. „Wie lange hat heute das Rathaus offen?“ oder „Wo bekomme ich Müllsäcke?“ Der Chatbot ist in der Lage, aus den Inhalten der Homepage die Informationen so zu verknüpfen, dass daraus Antworten generiert werden, die ganz speziell auf die Frage eingehen. Je klarer die Frage formuliert wird, desto besser sind die Ergebnisse.

Einfach ausprobieren!

Alle Bürger:innen sind herzlich eingeladen, den Chatbot auf den jeweiligen Stadtseiten kennenzulernen (www.feldkirch.at, www.dornbirn.at, www.bregenz.gv.at, www.hohenems.at) und von den vielfältigen Möglichkeiten dieses neuen digitalen Dienstes zu profitieren. Mit nur einem Klick stehen umfassende Informationen und Unterstützung zur Verfügung – unabhängig von Ort und Zeit.

Der Chatbot ist Teil der digitalen Agenda von Feldkirch, Dornbirn, Bregenz und Hohenems. Diese Agenda zielt darauf ab, durch den Einsatz innovativer Technologien die Lebensqualität der Bürger:innen zu verbessern und die Verwaltung effizienter zu gestalten.

Mit diesem Schritt setzen die beteiligten Städte ein deutliches Zeichen für die digitale Transformation im öffentlichen Sektor.

Team Schwechat – die App

Moderne Kommunikation in der Stadtgemeinde Schwechat:
die Evolution zur „Team Schwechat“-App

In einer Zeit, in der schnelle und effektive Kommunikation entscheidend ist, hat die Stadtgemeinde Schwechat eine transformative Reise von traditionellen E-Mail-Systemen zu einer innovativen Mitarbeiter-App vollzogen. Diese Entwicklung spiegelt den Bedarf wider, alle Mitarbeiter:innen, insbesondere jene an verschiedenen Standorten ohne PC-Arbeitsplätze, effizient zu erreichen.

Von E-Mails zu interaktiven Plattformen

Die interne Kommunikation in Schwechat hat sich im Laufe der Jahre erheblich weiterentwickelt. Begonnen mit der Einführung einer internen Webseite im Jahr 2007 über die Etablierung einer Mitarbeiterzeitung im Jahr 2012 bis hin zum WhatsApp-Newsletter im Jahr 2018. Jedes dieser Medien hat auf seine Weise die Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung geprägt und verbessert.

Zentrale Kommunikationslösung

Mit der Zeit zeigte sich jedoch der Bedarf nach einer integrierten Lösung, die verschiedene Kommunikationskanäle in einer einzigen, benutzerfreundlichen Plattform vereint. Dies führte zur Entwicklung und Einführung der „Team Schwechat“-App im Jahr 2024, die sowohl den WhatsApp-Newsletter als auch die interne Webseite ersetzte.

Die „Team Schwechat“-App ist darauf ausgelegt, die Herausforderungen einer dezentralisierten Belegschaft anzugehen. Mit 300 von rund 500 Mitarbeiter:innen, die seit dem Launch teilnehmen, bietet die App eine umfassende Lösung für die Bedürfnisse der Stadtverwaltung.

Funktionen wie ein Newsfeed, direkte Messaging-Optionen, und eine virtuelle Pinnwand ermöglichen es den Bediensteten, unabhängig von ihrem Standort, in Echtzeit zu kommunizieren und Informationen zu teilen.

Engagement und Belohnungen durch das Goodie-System

Ein besonderes Feature der „Team Schwechat“-App ist das Goodie-System. Durch aktive Teilnahme – wie das Liken, Kommentieren und Posten von Inhalten – sammeln Mitarbeiter:innen Punkte. Diese Punkte können für verschiedene Prämien eingelöst werden, beispielsweise für ein gemeinsames Essen mit Kolleg:innen. Dieses System fördert nicht nur die Nutzung der App, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl und die Mitarbeiter:innenbindung.

Vorteile der neuen App

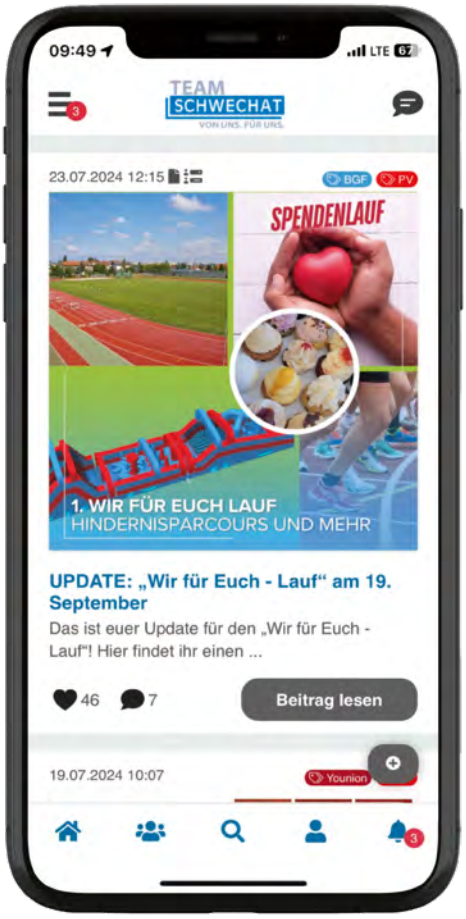
Die Einführung der „Team Schwechat“-App hat die interne Kommunikation nicht nur modernisiert, sondern auch die Zugänglichkeit und Sicherheit der Daten verbessert. Die App ist speziell auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter:innen zugeschnitten und berücksichtigt dabei auch den Datenschutz gemäß der DSGVO. Dies stellt sicher, dass persönliche Informationen geschützt sind und die Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung sicher und effizient erfolgt.

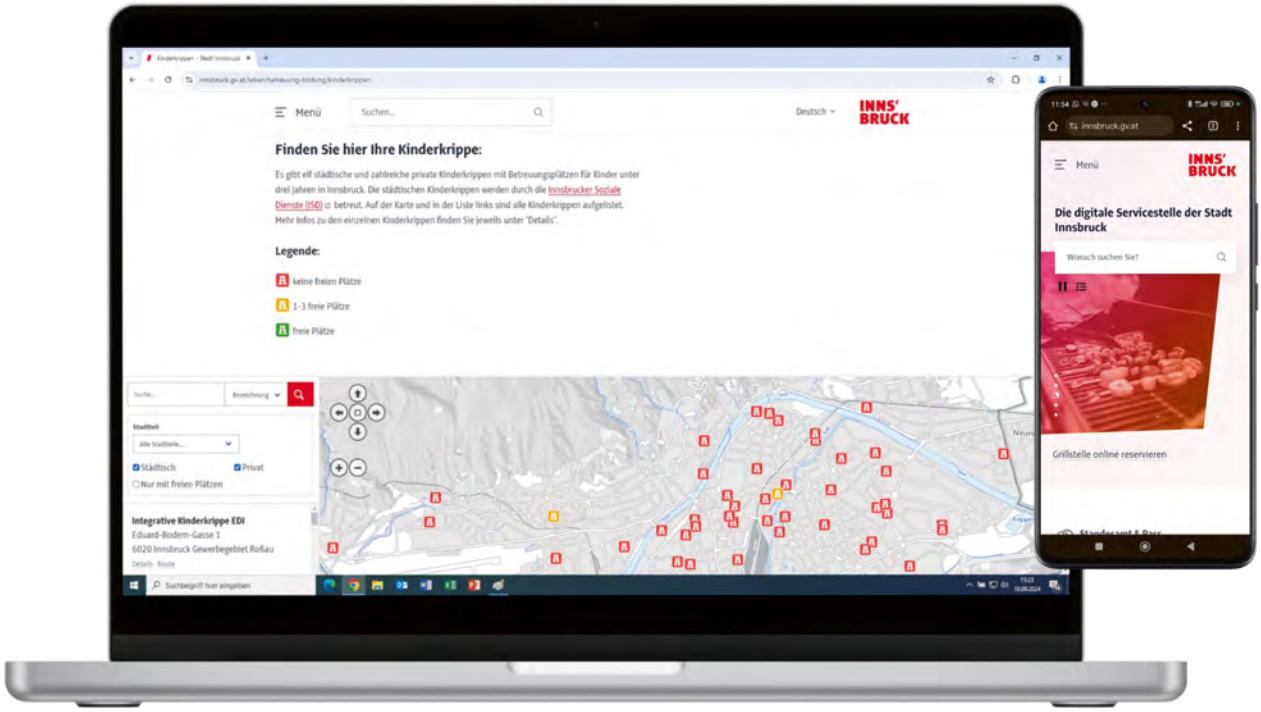
Ausblick und zukünftige Entwicklungen

Die positive Resonanz auf die „Team Schwechat“-App zeigt, dass der Bedarf an modernen, flexiblen Kommunikationslösungen in der öffentlichen Verwaltung hoch ist. Die Stadtgemeinde Schwechat plant, die App kontinuierlich zu verbessern und weitere Funktionen zu integrieren, die den Bediensteten helfen, noch effektiver zu arbeiten und zu kommunizieren.

In der sich ständig wandelnden Welt der internen Kommunikation hat die Stadtgemeinde Schwechat mit der Einführung der „Team Schwechat“-App einen signifikanten Schritt nach vorne gemacht. Sie ist nicht nur ein Werkzeug für die Kommunikation, sondern ein zentraler Bestandteil der täglichen Interaktionen und des Gemeinschaftsgefühls innerhalb der Stadtverwaltung.

Bereits 300 Mitarbeiter:innen nutzen die innovative App.





innsbruck.gv.at: bürgernah und up to date

Was kann die neue Website des Stadtmagistrats Innsbruck und wie wird sie angenommen?

Désirée Blaschke und Verena Handle, Web-Redaktion, Stadtmagistrat Innsbruck

Die Seitenbesuche wurden durch den Relaunch von innsbruck.gv.at im ersten Jahr um das Siebenfache gesteigert. Erreicht wurde das mit den Grundpfeilern Bürger:innen und mobile first, Schnelligkeit und einer Suche als Herzstück. Die Website stellt nicht mehr die Amtsstruktur dar, sondern richtet sich nach den Bedürfnissen der Bürger:innen. Eine zentrale Web-Redaktion filtert Informationen und bereitet sie bürgernah auf. Durch die intelligente Suche kommen Bürger:innen direkt ans Ziel – barrierefrei, in mehreren Sprachen und ohne lange Wartezeiten.

Bürger:innen und mobile first

Bürger:innen first bedeutet, dass Inhalte leicht verständlich, aktuell und barrierefrei zugänglich sind. Dazu gehört auch, Amtswege zu erleichtern oder gar zu vermeiden.

Innsbrucks Online-Serviceangebot präsentiert sich deshalb nicht mehr aus Sicht der Dienststellen. Stattdessen gibt das Such- und Nutzungsverhalten der Bürger:innen die Struktur der Website vor. Umgesetzt wird das mit Inhaltsseiten, die nicht die Amtsstruktur widerspiegeln, sondern Fragen der Bevölkerung beantworten. Dadurch gibt es auf einer Inhaltsseite meist mehrere betroffene Dienststellen, deren Inhalte durch eine zentrale Web-Redaktion gemeinsam abgestimmt und erstellt werden. Zum Relaunch im November 2022 wurde jede Inhaltsseite neu verfasst. Eine Feedback-Funktion am Ende jeder Seite ermöglicht, dass die Rückmeldungen von Bürger:innen in die laufende Weiterentwicklung der Website einfließen. Da nahezu 70 Prozent der Besucher:innen die Website mobil nutzen, steht die Optimierung für mobile Geräte im Fokus.

Suche als Herzstück

Damit Inhalte für Bürger:innen auch leicht auffindbar sind, ist ein zentrales Element der Website die Suche. Sie ist prominent auf der Startseite, am Desktop im Menü und mobil mit einem Such-Symbol platziert. Die Suche ist intelligent und lernt mithilfe neu eingegebener Synonyme laufend dazu. So kommt man mit dem Suchbegriff „Passamt“ auf die richtige Kontaktseite des Referates „Melde- und Einwohnerwesen, Passangelegenheiten“ oder mit dem Begriff „Heirat“ auf die Inhaltsseite „Ehe & Eingetragene Partnerschaft“. Mit weiteren Parametern lässt

sich die Suche außerdem verfeinern. So kann die Relevanz einer Seite und damit ihr Rang bei den Suchtreffern erhöht werden.

Schnell und verfügbar

Die neue Website besteht alle Schnelligkeitstests und ist hochverfügbar. Fällt ein Server aus, ist das nicht zu merken. Bei höherem Besucheraufkommen wie bei den Gemeinderatswahlen im April dieses Jahres, wird die Verfügbarkeit flexibel und auch kurzfristig erhöht. Trotz eines Anstiegs von 600 % der Besuche und Seitenansichten sowie einem Plus von 1.600 % der Aktionen auf der Website war am Tag der Gemeinderatswahl keine Einschränkung spürbar.

Filter durch Web-Redaktion

Die Web-Redaktion behält den Blick auf das große Ganze und sorgt für einen einheitlichen Auftritt. In leicht verständlichen Texten werden Paragraphen aus Gesetzen und Amtsdeutsch vermieden. Die Verantwortung für die Aktualität der Inhalte liegt bei den einzelnen Ämtern, doch auch die Web-Redaktion spielt eine aktive Rolle bei der Pflege der Website. Durch ihre Ansiedlung im Referat Kommunikation und Medien der Stadt Innsbruck ist sie über aktuelle Neuerungen informiert und stellt diese zeitnah online. Es gibt keine Inhalte doppelt. Diese werden stattdessen mehrfach verlinkt. Ein integriertes Tool zeigt nicht mehr funktionierende Links an, welche durch die Web-Redaktion ausgetauscht werden. Ein Freigabe-Management setzt das Vieraugenprinzip auch technisch um.

Mehrsprachig und barrierefrei

Alle Inhaltsseiten werden automatisiert in die Sprachen Deutsch, Englisch und Italienisch übersetzt. Mit Beginn des Jahres ging auch die eigens angelegte „Leichte Sprache“-Website der Stadt Innsbruck in die Zuständigkeit der Web-Redaktion über. Diese wird nun optimiert und in die www.innsbruck.gv.at integriert. Für diese neue Aufgabe wurde die Web-Redaktion in „Leichter Sprache“ geschult.

Die Website ist laut Barrierefreiheitsprüfung des Landes Tirol aktuell zu 91 % barrierefrei. Weitere Verbesserungen folgen.

Amtswege online erledigen

Besonders innovativ ist die übersichtliche Darstellung der Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen sowie der Spiel-, Sport- und Grillplätze oder der öffentlichen Toiletten. Mithilfe von Karteneinbettungen ist das Suchen und Finden dieser Einrichtungen sehr bürgerfreundlich und schnell möglich. Sogar der Status der Auslastung der einzelnen elementaren Bildungseinrichtungen lässt sich über die Website herausfinden. Die Daten werden automatisch mit den Anwendungen der Dienststellen synchronisiert. Seit September können auch Bilder automatisiert übernommen werden.

Dank Online-Terminvereinbarung und Online-Formularen werden viele Amtswege bereits von Zuhause aus erledigt. Dazu zählen die Online-Terminvereinbarung im Passwesen und die Möglichkeit, Grillplätze oder Sportstätten online zu reservieren. Das Angebot der Online-Formulare wird stetig erweitert und durch die Website zur Verfügung gestellt. Neu ist auch der eingebettete Podcast des Kulturamts Audiokanal „Stadtstimmen“ (www.innsbruck.gv.at/podcast). Besonderheiten der Website sind außerdem ein digitaler Wegweiser zu Förderungen (www.innsbruck.gv.at/wegweiser-foerderungen) und der Webshop des Stadtarchivs (www.innsbruck.gv.at/shop).

Besucherzahlen versiebenfacht

Die Besucherzahlen der Website werden mit der DSGVO-konformen Webanalytik-Plattform Matomo getrackt. Da seit dem Relaunch keine personenbezogenen Daten mehr gespeichert werden, ist nun auch kein Cookie-Consent notwendig. Im Mai 2023 gab es im Vergleich zum Vorjahr (Mai 2022 – vor dem Relaunch) mit einem Plus von knapp 760 % bzw. 400 % deutlich höhere Besuchszahlen und Seitenansichten. Auch ein Jahr später konnten die Besuche und Seitenansichten um weitere 30 % erhöht werden. Die Besucherzahlen zeigen, dass die Seite gut angenommen wird. Und auch magistratsintern werden Möglichkeiten, sich online neu zu präsentieren, gerne angenommen.

ZAHLEN UND FAKTEN

- *Relaunch November 2022*
- *Übersetzung in drei Sprachen + Leichte Sprache*
- *Inhaltsseiten: 1.268*
- *Barrierefreiheit: 91 %*
- *Steigerung Besucherzahlen:*
  - *Mai 2022 (vor Relaunch) zu Mai 2023: + 760 %*
  - *Mai 2023 zu Mai 2024: + 30 %*
- *Steigerung Seitenansichten:*
  - *Mai 2022 (vor Relaunch) zu Mai 2023: + 400 %*
  - *Mai 2023 zu Mai 2024: + 30 %*
- *Über 1.400 Feedback-Nachrichten seit Relaunch bearbeitet*
- *Häufigste Suchanfragen seit Launch:*
  - *Interne Suche: ID Austria, Grundverkehr, Amtstafel*
  - *Google Suche: Innsbruck Wahl 2024, Stadtbibliothek Innsbruck, Stadt Innsbruck Jobs, Stadtmagistrat Innsbruck*
- *Meistbesuchte Seiten: Startseite, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2024, Parken*



Auf den Citylights erfahren die Grazer:innen, was sich in den Bezirken so tut.

Über Neues aus den Bezirken informieren auch eigene Folder.

Graz von allen Seiten

In der Stadt Graz wird die Nähe zu den Bürger:innen aktiv gelebt. Dazu gehört, sie bestmöglich und umfassend zu informieren. Und das auf allen relevanten Kanälen.

Ulrike Lessing-Weihrauch, Kommunikation Stadt Graz

Richtig, Paul Watzlawick: Man kann nicht nicht kommunizieren. Aber man kann nicht richtig oder nicht umfassend genug kommunizieren – und riskiert damit, viele Adressat:innen nicht zu erreichen. Die Abteilung für Kommunikation der Stadt Graz hat deshalb ein eigenes Bezirkskommunikationspaket geschnürt. Das Ziel: die Kommune und ihre Bewohner:innen noch näher zusammenzubringen. Ein Vorhaben, das auch im Regierungsprogramm der Grazer Koalitionsparteien festgeschrieben ist.

Vielfalt als Einheit

Fakt ist: Eine Stadtverwaltung kann nur dank ihrer hervorragenden Bezirksvertretungen funktionieren. Hier werden Tag für Tag unzählige Bürger:innenanliegen bearbeitet, hier wird die städtische Verwaltung für die Grazer:innen greifbar, hier findet Stadt statt. Und: Niemand kennt die Kommunikationsbedürfnisse im eigenen Bezirk besser als dessen Vertretung. Individualität spielt dabei eine große Rolle. In Bezug auf die Bewohner:innen, aber auch mit Blick auf jeden einzelnen Bezirk. 17 Bezirke, das bedeutet 17 eigenständige Charaktere, die trotz ihrer Vielfalt Einheit leben. Unter dem Motto „Alle Bezirke kommunizieren gemeinsam – und dennoch ganz indivi-

© Fotos: achtzigzehn



16 | Stadtgespräch

Juni 2024 | 17

© STADT GRAZ/FISCHER

Verdient. Die Stadt erhielt die „Transparency Trophy" in Silber.

Graz hat nichts zu verbergen

Von Budgetdaten und den jährlichen Leistungskennzahlen über Subventionschecker bis hin zur Abrufbarkeit der internen Rechtsvorschriften im RIS: Die Stadt Graz setzt voll auf Transparenz. Und das mit Brief und Siegel. So erlangte man vor Kurzem beim Ranking der 84 größten österreichischen Kommunen nach Wien den hervorragenden zweiten Platz – eine Top-Wertung, die man sich gemeinsam mit Linz teilt. Unter die Lupe genommen wurden die Städte vom Verein Transparency International Austria, der mit dem „Index Transparente Gemeinde" Korruption einen Riegel vorschieben möchte. Ein Ziel, an dem Graz kontinuierlich arbeitet. Brandneu ist etwa die Veröffentlichung aller beauftragten Umfragen und Gutachten der Stadtverwaltung, zu finden unter:
graz.at/transparenz

Wir sind überzeugt, dass das Vertrauen in die Stadtverwaltung nur auf Grundlage der Transparenz aufgebaut werden kann.
Martin Haidvogl
Magistratsdirektor

GRAZ VON ALLEN SEITEN – IM JUNI

Aktuelles aus den Bezirken

II. St. Leonhard

Zusammenkommen, austauschen, Nachbarschaft leben. Das ist das Motto des neuen Stadtteiltreffs Leonhard in der Naglergasse 38. Die Eröffnung findet am 14. Juni von 15 bis 18 Uhr statt. Außerdem machen die vom Bezirksrat finanzierten Spielmobile am 18. Juni von 14 bis 17 Uhr mit Riesenrutsche etc. Station im August-Matthey-Park. **graz.at/st-leonhard**

III. Geidorf

Die Stadt finanziert mit dem Kinderbüro ein Projekt, das der Verkehrsberuhigung bei den Volksschulen im Grätzel dienen soll. Infoveranstaltung: 6.6., 19 Uhr, Wastlergasse 2. Am 9.6. gibt's von 10 bis 15 Uhr einen Flohmarkt am Geidorfplatz und am 12.6. treffen sich Interessierte um 18 Uhr im „Margerl", um Perspektiven für dessen Entwicklung zu diskutieren. **graz.at/geidorf**

Lend. Der Verein Annenviertel initiiert am 5. Juni wieder den großen Hinterhof- & Gartenflohmarkt in ganz Graz. Hinkommen, mitmachen!

Geidorf. Am 12. Juni geht's um künftige Perspektiven für das Margaretenbad.

Jakomini und Straßgang. In beiden Bezirken wird das Klima eingekocht.

IV. Lend

Neues vom Stadtteilbüro Annenviertel: Am 5.6. (10–15 Uhr) findet der Hinterhof- & Gartenflohmarkt in ganz Graz statt, dienstags kann man ab 18 Uhr am Volksgarten-Sportplatz Basketball spielen (bis Ende Juni) und mittwochs gibt's um 18 Uhr Yoga für alle im Volksgarten (Stupa). Infos: **annenviertel.at graz.at/lend**

V. Gries

Das Netzwerk Triester lädt am 7. Juni von 16 bis 20 Uhr zum alljährlichen „Fest der Möglichkeiten" am Gelände der Pfarre St. Johannes, Vinzenz-Muchitsch-Straße 60. Die Besucher:innen erwartet ein kunterbuntes Kinderprogramm, Speis und Trank, Musik und Tanz und vieles andere mehr. Der Eintritt ist frei. **graz.at/gries**

VI. Jakomini

Beim Klima-Kochworkshop „Pflanzlich und günstig kochen für Einsteiger:innen" geht es um Lebensmitteleinkauf und gemeinsames Kochen: 11. Juni, 16.30 bis 20.30 Uhr, NBZ Café Jakomini, Conrad-von-Hötzendorf-Str. 72, Kosten: 15 Euro/Pers. Anmeldung: **Tel. 0316 821580, steiermark@klimabuendnis.at graz.at/jakomini**

VII. Liebenau

Für Bewohner:innen von Liebenau gibt's am 7.6. von 12.30 bis 17.30 Uhr bei Bauer's E-Bike (Puntigamer Str. 124) einen Gratis-Fahrradcheck auf Verkehrs- und Betriebssicherheit. Eventuelle Materialkosten sind selbst zu tragen. Eine Aktion des Bezirksrates, Voranmeldung (nicht Bedingung) unter: **Tel. 0664 8681111 graz.at/liebenau**

IX. Waltendorf X. Ries

Beim Spiel- & Sportfest des Begegnungszentrums Ragnitz/Ries warten Gratis-Schnupperkurse in vielen Sportarten, eine Märchenerzählecke, Mal- und Schminkstationen, Jakotopia rollt an etc.: 15.6., 10–16 Uhr, Bezirkssportplatz Ragnitzstraße. Der Bezirksrat Waltendorf und Ries unterstützt den Event. Rund um das Mehrgenerationenhaus Waltendorf (MGH) gibt es zudem am 9.6. einen Flohmarkt (Anmeldungen: **MGH.Waltendorf@gmx.at**) und am 28. Juni ab 15 Uhr ein großes Sommerfest mit Tag der offenen Tür im MGH, Spielestationen von Fratz Graz (die Schulstraße ist für den Verkehr gesperrt), Getränken, Kuchen etc. **mgh-waltendorf.at graz.at/waltendorf**

XI. Mariatrost

Marlis Knill ist mit ihrer Praxis für Psychotherapie vor Kurzem von der Keplerstraße in die Mariatrosterstraße 156 übersiedelt. Die klinische Gesundheitspsychologin bietet nun in ruhiger, grüner Umgebung Einzel-, Paar- und Familientherapie sowie Supervision und Coaching. Infos: **marlisknill.at graz.at/mariatrost**

XII. Andritz XIII. Gösting

Sperrmüll ist jener Abfall, der aufgrund von Größe oder Beschaffenheit nicht in herkömmliche Sammelbehälter passt. Um den Andritzer:innen und Göstinger:innen die Fahrt zum Ressourcenpark Sturzgasse zu ersparen, haben die Bezirksvertretungen mit der Holding Graz Abfallwirtschaft am 8. Juni von 8 bis 16 Uhr eine Sperrmüllsammlung bei der Firma Ehgartner in der Wasserwerkgasse 5 initiiert und übernehmen für die Bewohner:innen auch die Einfahrtskosten. Eine Ressourcenpark-Registrierung ist notwendig: via App Graz Abfall, bei den städtischen Servicestellen oder auf: **holding-graz.at/ressourcenpark graz.at/andritz graz.at/goesting**

XV. Wetzelsdorf

Mit Morgenworkout, Stocksport und Kinderfußball kommt Bewegung in den Flohmarkt des LUV Graz, der am 8.6. erstmals am Sportplatz in der Grottenhofstraße 11 veranstaltet wird. Ob Kleidung, Spielzeug oder Sportsachen – zu kaufen gibt's alles, auch die Kantine ist geöffnet: 9 bis 13.30 Uhr, Grottenhofstraße 11. Außerdem wird für Frauen jeden Älteren immer mittwochs vom 5.6. bis 3.7., 18 bis 19 Uhr, ein LUV-Ladies-Fußballtraining geboten (Kosten: 20 Euro, ein lila Vereinstrikot gibt's gratis). Anmeldung: **ladies@luvgraz.at**. Und am 6.6. lädt der Stadtteiltreff „Das Schaukelstuhl" zum unterhaltsamen Café Wurlitzer mit Wunschmusik: 15.30 bis 19.30 Uhr, Peter-Rosegger-Straße 101. **graz.at/wetzelsdorf**

Am 12.6. (10.30 Uhr) werden der neu renovierte Klimapavillon und eine zusätzliche Wegtafel im Wald nahe dem Schloss St. Martin mit Präsentation des Projekts, dem Input von zwei Volksschulklassen und Ehrengästen eingeweiht. Gesegnet wird der Pavillon vom Pfarrer von St. Martin. Die Projektkosten wurden aus dem Klimaeuro und dem Be[illegible] dem Kochwo[illegible] günst[illegible]nen" tung im 20.30 Uhr, FS S[illegible] straße 35, Kost[illegible] Anmeldun[illegible] **steiermark.**

TERMINE

BEZIRKSRATSSITZUNG

- **Innere Stadt:** 4.6., 18 Uhr, Servicestelle Amtshaus, Schmiedgasse 26
- **Waltendorf:** 6.6., 18.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schulgasse 22
- **Wetzelsdorf:** 12.6., 18.30 Uhr, Servicestelle Kärntner Straße 411
- **St. Peter:** 17.6., 18.30 Uhr, Nachbarschaftszentrum, St.-Peter-Hauptstraße 85
- **Eggenberg:** 20.6., 18.15 Uhr, Gasthaus Roschitz, Georggasse 42
- **Geidorf:** 20.6., 18.30 Uhr, Grätzelinitiative, Wastlerg. 2
- **Lend:** 25.6., 18.30 Uhr, Gasthaus Lendplatzl, Lendplatz 11
- **Gries:** 26.6., 18.30 Uhr, Gasthaus Fasching, Vinzenz-Muchitsch-Straße 5
- **Straßgang:** 27.6., 18.30 Uhr, Servicestelle Kärntner Straße 411
- **Ries:** 3.7., 18.30 Uhr, Servicestelle Stiftingtalstraße 3
- **Jakomini:** 3.7., 18.30 Uhr, BORG Monsberger, Monsbergergasse 16
- **St. Leonhard:** 3.7., 18.30 Uhr, Servicestelle Stiftingtalstraße 3

BEZIRKSVERSAMMLUNG

- **St. Peter:** 10.6., 19 Uhr, Pfarrsaal St. Peter, Gruber[illegible] 9 [illegible]ne können r [illegible]en Projekt]



In der Bürger:innen-information BIG widmet sich jeweils ein eigener Bereich den Grazer Stadtbezirken.

duell" haben die Grazer Bezirksvorsteher:innen die Möglichkeit eines individuellen Kommunikationspaketes, um so die Bevölkerung direkt anzusprechen, aber auch überregional auf sich aufmerksam zu machen.

BIG-Player

Ein wichtiges Medium für die Bezirkskommunikation ist die Bürger:innen-information BIG, die monatlich jedes erste Wochenende mit einer Auflage von 147.400 Stück an die Grazer Haushalte verteilt wird. In einem eigenen, klar gekennzeichneten Bereich werden Neuigkeiten aus den Bezirken wie Termine, Veranstaltungen, bezirksbezogene Maßnahmen (aktuelle Verkehrsumleitungen, Baustellen etc.) und Projekte (z. B. Begrünung von Straßenzügen, Errichtung von Denkmälern) sowie der Kontakt zu den Bezirksvertretungen dargestellt. Die BIG-Redaktion bereitet die von den Bezirksvorsteher:innen übermittelten Inhalte redaktionell auf.

Grätzel-News auf vier Seiten

Darüber hinaus kann jeder Bezirk einmal im Jahr einen eigenen Folder für die jeweiligen Haushalte in der BIG beilegen und durch Mitglieder des Bezirksrates an die Bürger:innen verteilen lassen. Inhalt und Layout werden in enger Abstimmung mit der Abteilung für Kommunikation konzipiert. Die Folder werden vierseitig im A5-Format (gefalzt) gedruckt. Das Cover ist immer ein Realbild, das den jeweiligen Grazer Gemeindebezirk unverkennbar darstellt. Im Inneren ist Platz für ein Vorwort und die Informationen, die die Bezirksvorsteher:innen den Bewohner:innen zukommen lassen möchten. Zusätzlich findet sich hier noch ein Kontakt der jeweiligen Bezirksvertretung. Für die strategische Planung der Folder sind die Bezirksvorsteher:innen angehalten, ihre Themen, Texte und Fotos möglichst frühzeitig zu übermitteln.

Gutes tun und darüber reden

Auch Außenwerbung wird forciert. Schließlich sollen die Grazer:innen wissen, was in ihren Bezirken für sie geleistet wird. Die Außenwerbungsmaßnahmen erfolgen an attraktiven Stellen der einzelnen Bezirke über die städtische Unternehmenstochter Ankünder, mit der die Abteilung für Kommunikation die Rahmenbedingungen zur Umsetzung definiert hat. Die Detailabstimmung erfolgt natürlich gemeinsam mit den Bezirksvorsteher:innen. Als Werbeformate kommen Plakate und Citylights zur Anwendung. Um einen hohen Wiedererkennungswert zu schaffen, entspricht das Erscheinungsbild dem des Folders. So wird hier wiederum ein unverkennbares Motiv des jeweiligen Bezirks mit Kontaktmöglichkeiten und weiterführenden Informationen in Form von Links bzw. QR-Codes dargestellt. Die Vorlaufzeiten bei Plakatwerbung variieren je nach Bezirk und können bis zu 16 Wochen betragen.

Alles, was recht ist

In all diesen Formaten sind parteipolitische Werbung, sachlich oder inhaltlich falsche Behauptungen sowie Inhalte, die sich nicht auf Bezirksaktivitäten beziehen, untersagt.

Bei der Umsetzung kommen das Medientransparenzgesetz sowie die Grazer Gemeinderatsrichtlinie für Kommunikation zur Anwendung. Absenderin der kommunizierten Inhalte ist in jedem Fall die Stadt Graz.

© Fotos: Stadt Graz, achtzigzehn

Grazgeflüster

Der Podcast der Stadt Graz

Audioformate erfreuen sich stark steigender Beliebtheit. Podcasts werden nämlich dort genutzt, wo Bewegtbildformate, Social Media & Co an ihre Grenzen stoßen: beim Joggen, Radfahren, Kochen oder unterwegs im Auto.
„Die Abteilung für Kommunikation der Stadt Graz hat sich deshalb im Jahr 2023 dazu entschieden, das breite Informationsspektrum um einen weiteren audiodigitalen Baustein zu erweitern. Informationen aus Dienststellen des Magistrats, hilfreiche Tipps für alle Lebenslagen und Geschichten aus dem Haus Graz finden jetzt noch schneller zu den Bürger:innen“, erklärt Max Mazelle, Leiter der Abteilung für Kommunikation: „Die Stadt Graz wird damit hörbarer, nahbarer und noch informativer.“

Von Suppenküche bis Uhrturm

Mittlerweile gibt es 60 Folgen des Stadt-Graz-Podcasts „Grazgeflüster“ mit verschiedensten Themen von den unterschiedlichsten Orten: aus dem obersten Stock des Uhrturms, wo unter lautem Schnarren die großen Zeiger der Fassade bewegt werden, in verschlafenen Hinterhöfen auf der Jagd nach der Tigermücke, mit der Parkraumüberwachung auf Parksündersuche oder zwischen dampfenden Suppentöpfen in der Küche Graz. Darüber, wie dringend Pflegefamilien in Graz gesucht werden oder wie viel Bildschirmzeit bei Kindern eigentlich ok ist.
Die Antworten kommen immer von Kolleg:innen aus dem Haus Graz. Aber nicht nur das haben alle Folgen gemeinsam: Es sind alles Themen, die direkt mit dem Magistrat bzw. den Eigenbetrieben und Beteiligungen der Stadt Graz zu tun haben, dass Kolleg:innen selbst zu Wort kommen ist ein MUSS in den einzelnen Folgen. Die Ideen dazu kommen aus der Abteilung für Kommunikation und auch aus einzelnen Abteilungen, die wissen, dass sie über die Reichweite des Podcasts Informationen an die Grazer:innen bringen können.

Apropos zu Wort kommen

Mit Simone Koren-Wallis, einer Radio- und Eventmoderatorin, hat die Abteilung den perfekten Host für den Podcast gefunden. Die 42-Jährige überlegt sich nicht nur Themen, sie nimmt sie auch auf, schneidet, produziert, veröffentlicht und bewirbt sie gemeinsam mit ihren Kolleg:innen aus der Abteilung für Kommunikation. Mit einem eigenen Stadt-Graz-Jingle und einer dazupassenden Unterlegungsmusik wird jede Podcastfolge untermalt und bewirkt auch damit einen Wiedererkennungswert.
„Wenn Sie an die Stadt Graz denken, kommen Ihnen wahrscheinlich Amtswege in den Sinn“, sagt Kommunikationsexpertin Koren-Wallis. „Wir zeigen auf, was die Stadt täglich leistet, wie sie sich engagiert und was im Verborgenen passiert, damit alles rundläuft.“ Zehn bis zwölf Minuten dauert eine Podcastfolge, gerade so lange, dass man sie auch gut auf dem Weg zur Arbeit hören kann. Dafür sammelt die ehemalige Radiomoderatorin jeweils bis zu 1,5 Stunden Material, das sie dann auf den Punkt bringt.

Government Platz 1 im Österreichranking

Rund neun Stunden Hörvergnügen sind es nun insgesamt, bis zu 1.000 Mal werden die Folgen jeweils heruntergeladen, immer wieder ist der Podcast auf Platz 1 im Apple-Podcast-Österreichranking „Government“ zu finden.
Jeden Mittwoch im Zweiwochenrhythmus ist es so weit – inzwischen gibt es 60 Folgen zum Nachhören, und zwar auf graz.at/podcast und überall dort, wo es Podcasts gibt wie Spotify, Apple oder Deezer unter „Stadt Graz Podcast“. Also am besten gleich reinhören!



Simone Koren-Wallis interviewt einen Kollegen zum Grazer Uhrturm.



© Foto: Abteilung für Kommunikation/Stadt Graz

KDZ im Dialog

Der neue Podcast für die öffentliche Verwaltung

Siegfried Fritz, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

In Zeiten, in denen die öffentliche Verwaltung vor immer komplexeren Herausforderungen steht, ist es wichtiger denn je, aktuelle Informationen und fundiertes Wissen effizient und verständlich zu vermitteln. Genau hier setzt der neue Podcast „KDZ im Dialog“ an. Der Podcast des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung bietet Entscheidungsträger:innen, Mitarbeiter:innen sowie Interessierten im Bereich der öffentlichen Verwaltung eine Plattform, um sich umfassend und kompakt über aktuelle Themen zu informieren.

Von Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung über nachhaltige Stadtentwicklung, Finanzthemen bis hin zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) – in „KDZ im Dialog“ kommen Expert:innen aus Wissenschaft, Praxis und Politik zu Wort und geben Einblicke in aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze. Im Fokus steht dabei immer die Frage, wie Städte und Gemeinden in Österreich zukunftsfit gemacht werden können.

Warum ein Podcast für die Verwaltung?

Podcasts haben sich zu einem der effektivsten Medien entwickelt, um komplexe Inhalte leicht zugänglich zu vermitteln. Sie bieten die Möglichkeit, tiefergehende Diskussionen und Erklärungen zu führen, als dies beispielsweise in schriftlichen Formaten möglich ist. Die Hörer:innen können flexibel und ortsunabhängig auf die Inhalte zugreifen – ob im Büro, unterwegs oder zu Hause.

Gerade in der öffentlichen Verwaltung, wo Informationen oft schnell und dennoch präzise vermittelt werden müssen, ist der Podcast daher ein ideales Medium.



KDZ im Dialog
Bleiben Sie informiert!

Erscheinungsweise: alle 3 Wochen | Länge: Maximal 30 Minuten pro Folge | Inhalt: Aktuelle Themen aus der öffentlichen Verwaltung
kdzimdialog.podigee.io

Genau hier setzt der Podcast „KDZ im Dialog“ an. Er bietet nicht nur fundierte Informationen, sondern auch praktische Tipps und Anregungen für die tägliche Arbeit in den Städten und Gemeinden. Durch die Möglichkeit, sich mit eigenen Fragen zu Wort zu melden, werden die Hörer:innen aktiv in die Diskussion eingebunden und der Austausch zu den besprochenen Themen angeregt. Damit unterstützt der Podcast diejenigen, die täglich an der Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Gesellschaft arbeiten.

Jetzt abonnieren und keine Folge verpassen!

Wir laden Sie herzlich ein, „KDZ im Dialog“ zu abonnieren, um keine der spannenden Folgen zu verpassen. Sie finden den Podcast auf allen gängigen Plattformen wie Apple Podcasts, Spotify und direkt auf der Website des KDZ. Abonnieren Sie ihn noch heute und teilen Sie die Folgen mit Kolleg:innen und Interessierten! So tragen Sie dazu bei, Wissen und Innovationen in der öffentlichen Verwaltung zu verbreiten und die Zukunft unserer Städte und Gemeinden aktiv mitzugestalten.



SIEGFRIED FRITZ

ist Gastgeber des Podcasts „KDZ im Dialog“.

© Foto: Markus Wache

Verständigungsprobleme ade!

Seit Anfang 2024 hat das St. Pöltner Sozialamt ein auf Videoübertragung basierendes EDV-System im Einsatz, das hilft, Sprachbarrieren im Verwaltungsapparat zu überbrücken.

Arman Kalteis, Magistrat St. Pölten, und Miriam Wegmann, SAVD Videodolmetschen GmbH

Personen, die nicht Deutsch sprechen, erhalten mit dem neuen System die Unterstützung von Dolmetscher:innen, die innerhalb weniger Minuten zugeschaltet werden können.
Das System wird von dem Unternehmen „SAVD Videodolmetschen GmbH“ angeboten und ab sofort beim Parteienverkehr in unterschiedlichen Abteilungen des Magistrats eingesetzt. Unter anderem nutzten die Jugendhilfe, das Sozialamt, das Meldeamt und das Bürgerservice das Angebot des IT-Unternehmens. Personen, die ein Anliegen haben, jedoch nicht gut Deutsch sprechen, haben jetzt die Möglichkeit, rasch die Unterstützung von Dolmetscher:innen in Anspruch zu nehmen. Dabei fallen für die Betroffenen keine Kosten an.
17 sogenannte Ad-hoc-Sprachen werden angeboten, bei diesen Sprachen stehen innerhalb von fünf Minuten Dolmetscher:innen zur Verfügung. Außerdem bietet das System 46 weitere Sprachen an, für die jedoch eine Terminvereinbarung notwendig ist. Und auch für die Gebärdensprache stehen nach Terminvereinbarung Dolmetscher:innen bereit.
Nach neun Monaten Erfahrung zeigt sich, dass die Sprache, bei der am häufigsten eine Übersetzung gefragt ist, Arabisch ist, auf Platz zwei liegt Farsi/Persisch gefolgt von Tschetschenisch.



Erster Test mit dem neuen Videodolmetsch-System:
Mit dabei sind Peter Eigelsreiter (Leiter Geschäftsbereich „Gesundheit, Soziales und Umwelt“), Martin Koutny (Leiter Bürgerservice), Laurent Binaku (Leiter Digitalisierung), Astrid Kahler-Praxl (Leiterin Jugendhilfe), Bürgermeister Matthias Stadler und sitzend Georg Dirnberger (Sozialarbeiter).

Hilfreiches Instrument für die Verwaltung

Seit der Einführung des Videodolmetsch-Angebots gibt es so gut wie keine Sprachbarrieren beim Parteienverkehr im Magistrat. „Den Bürger:innen und unseren Mitarbeiter:innen ist sehr geholfen, wenn binnen kürzester Zeit Sprachbarrieren überwunden werden können. Der Übersetzungsdienst beschleunigt die Abwicklung der Anliegen und gewährleistet die Rechtssicherheit für die Behörde und die Beteiligten, weil Missverständnisse aufgrund von Verständigungsschwierigkeiten ausgeschlossen sind. Es ermöglicht, wichtige Informationen zu gesetzlichen Regelungen, Rechten und Pflichten von Bürger:innen weiterzugeben. Diese Möglichkeit spart uns als Behörde und auch

© Foto: Medienservice St. Pölten

den Bürger:innen somit Zeit und Umwege. Es leistet einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag für das Gelingen von Integration und verhindert für das Gemeinwesen kostspielige Härtefälle“, so Peter Eigelsreiter, Leiter des Geschäftsbereiches „Gesundheit, Soziales und Umwelt“.

Bedarf steigend

Seit Jänner 2024 ist das Videodolmetsch-System im St. Pöltner Magistrat mit einem monatlichen Minutenkontingent von 100 Minuten pro Monat in Verwendung. Dieses Kontingent wurde in den Monaten Jänner, März, April fast voll ausgeschöpft (jeweils mit 90 Minuten), in den Monaten Februar, Mai und Juli wurde es, teilweise weit, überschritten. Da der Bedarf nach wie vor gegeben ist, soll das monatliche Kontingent ab Jänner 2025 auf 200 Minuten erweitert werden. Die Resonanz der Mitarbeiter:innen ist sehr positiv. Besonders in der Jugendhilfe, wo es um wichtige abzuklärende Fragen betreffend Unterhaltsvereinbarungen zum Wohle der Kinder geht, ist dies die einzige Möglichkeit, mit den Klient:innen in der Muttersprache zu kommunizieren.

Kommunale Einsatzbereiche von Videodolmetschen

Das Videodolmetschsystem wird im Magistrat St. Pölten in verschiedenen Abteilungen erfolgreich genutzt. In Bereichen, in denen es zu komplexen oder sensiblen Gesprächen kommt, wie bei Anträgen im Sozialwesen oder bei Anliegen rund um Kinder- und Jugendhilfe, stellt das System eine unverzichtbare Unterstützung dar. Besonders dort, wo Präzision und klare Kommunikation entscheidend sind, trägt Audio- und Videodolmetschen dazu bei, Missverständnisse zu vermeiden und Brücken zwischen Sprachen und Kulturen zu bauen. Durch die remote Lösung ist es möglich, professionelle Dolmetscher:innen innerhalb weniger Minuten hinzuzuschalten. Der Einsatz von geschulten Expert:innen kann Übersetzungsfehler, die beispielsweise durch die Verwendung von Google Translate entstehen, vorbeugen.

Technische Details des Systems

Das Videodolmetschsystem im Magistrat St. Pölten basiert auf einer sicher verschlüsselten Übertragungsplattform, die einen datenschutzkonformen Einsatz gewährleistet. Die Verbindung zu den Dolmetscher:innen erfolgt in Echtzeit und bietet eine hohe Bild- und Tonqualität, um eine präzise Kommunikation sicherzustellen. Die einzige Voraussetzung seitens des Magistrats: ein digitales Device (Laptop, Handy oder Ähnliches) und eine stabile Internetverbindung.

www.savd.at

Ad-hoc-Sprachen:

Albanisch (bis 15 Uhr)
Arabisch -Hocharabisch 1
Bosnisch/Kroatisch/Serbisch
Bulgarisch
Dari
Englisch
Farsi
Französisch
Kurdisch - Kurmanci
Polnisch
Rumänisch
Russisch
Slowakisch
Spanisch
Tschechisch
Türkisch
Ungarisch

Sprachen nach Terminvereinbarung:

Albanisch (ab 15 Uhr)	Litauisch
Amharisch	Malinke
Arabisch (Marokko)	Mazedonisch
Armenisch	Moldawisch
Aserbaidschanisch	Mongolisch
Bengalisch	Nepalesisch
Berberisch	Niederländisch
Chinesisch	Oromo
Filipino (Tagalog)	Paschtu
Fula	Portugiesisch
Gebärdensprache	Punjabi
Georgisch	Slowenisch
Griechisch	Somali
Hebräisch	Suaheli
Hindi	Susu (Mande)
Igbo	Tamilisch
Italienisch	Thailändisch
Japanisch	Tigre
Kinyarwanda	Tigrinya
Kirundi	Tschetschenisch
Kurdisch - Sorani	Ukrainisch
Leichte Sprache	Urdu
Lettisch	Vietnamesisch



Ingo Lorenzoni (Project Developer, Alpen Glasfaser GmbH), Volker Libovsky (CTIO, Magenta Telekom), Desiree Duchek (Regionale Vertriebsleitung Glasfaser, Magenta Telekom), Bürgermeister Klaus Schneeberger, Petra Wiesner (öGIG-Projektleiterin Wiener Neustadt), Infrastrukturstadtrat LAbg. Franz Dinhobl, Bernadette Glomser (öGIG-Kommunikationsverantwortliche) und Hartwig Tauber (öGIG-Geschäftsführer)

Breitbandausbau im Fokus

Wie Kommunikation und Bürger:innenanliegenmanagement zum Erfolg führen

Patrick Pöcho, Magistrat der Stadt Wiener Neustadt, Magistratsdirektion – Stabsstelle Organisationsentwicklung und IT

Die Versorgung mit moderner Glasfaserinfrastruktur zählt aus heutiger Sicht zu den wichtigsten Schlüsseltechnologien der digitalen Zukunft – denn eine leistungsfähige und zuverlässige Internetanbindung hat in nahezu allen Lebensbereichen massiv an Bedeutung gewonnen und wird dies auch in Zukunft tun. So hat auch die Stadt Wiener Neustadt die Zeichen des digitalen Zeitalters längst erkannt und ist auf den Glasfaserzug aufgesprungen. Die Entscheidungsträger:innen der Gemeinde haben sich für den Ausbau des Glasfasernetzes in ihrer Region eingesetzt, weil sie wissen, wie wichtig ein schnelles, stabiles und sicheres Internet für die Menschen ist.

Um den Ausbau erfolgreich umzusetzen, bedarf es einer umfassenden Planung, einer präzisen Koordination sowie einer klaren Kommunikation zwischen den Beteiligten. Die Herausforderung liegt nicht nur im technischen Bereich, sondern auch in der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur:innen – von den Baufirmen über die städtischen Behörden bis hin zu den Bürger:innen.

Das Projektteam

Um den Ausbau effizient zu gestalten, ist es entscheidend, ein kompetentes Projektteam zusammenzustellen. Beteiligt sind oft verschiedene Abteilungen wie Verkehr, Wirtschaftshof, Öffentlichkeitsarbeit und Grünraum. Es ist wichtig, dass jedes Teammitglied die spezifischen Anforderungen und Herausforderungen des Glasfaserausbaus versteht, um fundierte Entscheidungen treffen zu können und das Projekt reibungslos vorantreiben zu können. Vor allem in der Startphase des komplexen Glasfaser-Projekts ging es um die optimale Vernetzung. Damit sind nicht die Leitungen, die für die Anbindung der Glasfaser verlegt werden müssen, gemeint, sondern das Zusammenbringen all der Menschen, die an dem Projekt konstruktiv mitwirken. Vom zuverlässigen Glasfaserpartner bis zum zukünftigen Glasfasernutzer braucht es alle, um ein solches Großprojekt erfolgreich umzusetzen.

Um den Fortschritt evaluieren zu können und eventuelle Probleme frühzeitig zu erkennen, sind regelmäßige Besprechungen notwendig. Diese Meetings können in unterschiedlichen Kreisen stattfinden: nur das Projektteam, ein kleinerer Kern oder auch Treffen mit der beauftragten Glas-

© Foto: Stadt Wiener Neustadt/Weller

faserfirma und der ausführenden Baufirma. In diesen Besprechungen wird nicht nur der aktuelle Stand erörtert, sondern es werden auch die kommenden Schritte geplant. Ein gut funktionierendes Team kann hier frühzeitig auf auftretende Hindernisse reagieren und geeignete Lösungen entwickeln.
Einmal monatlich kommen zudem alle ausführenden Einbautenträger zusammen, um ihre Bautätigkeiten vorzustellen. Diese Einbautenbesprechungen bieten Gelegenheit, Synergien zu erkennen und Möglichkeiten der Mitverlegung zu diskutieren. Dabei spielt besonders die Nutzung von bereits vorhandenen Strukturen eine wichtige Rolle. So können bestehende Leerrohre oder Versorgungsschächte genutzt werden, um Zeit und Kosten zu sparen. Dies setzt allerdings eine genaue Abstimmung zwischen den beteiligten Parteien voraus.

Breitbandausbau Wiener Neustadt

In der Stadt Wiener Neustadt wird das Projekt des flächendeckenden Breitbandausbaus durch die Auswahl von zwei Anbietern realisiert. Mit der Österreichischen Glasfaser Infrastruktur Gesellschaft (öGIG) sowie der Alpen Glasfaser (Magenta) setzt man auf erprobte und erfahrene Partner im Ausbau. Um die Koordination zu erleichtern und Überschneidungen zu vermeiden, wurde die Stadt in verschiedene Ausbaucluster unterteilt, denen jeweils ein Unternehmen zugeordnet wurde. Diese Einteilung stellt sicher, dass jede Firma für ein bestimmtes Gebiet verantwortlich ist und es keine unnötigen Doppelarbeiten gibt. So wird nicht nur die Effizienz des Projekts gesteigert, sondern auch die Belastung für die Anwohnerinnen und Anwohner minimiert.
Innerhalb dieser Cluster wurden die Arbeiten weiter in Bauabschnitte aufgeteilt. Diese detaillierte Struktur dient der Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Baufirmen und den verschiedenen magistratsinternen Abteilungen wie Wirtschaftshof und Verkehrsabteilung. Bei Bedarf werden auch gemeinsame Begehungen der Bauabschnitte durchgeführt. Solche Begehungen ermöglichen es, spezifische Anforderungen vor Ort zu klären, etwa wo genau gegraben werden muss und welche Maßnahmen zur Minimierung von Verkehrsbehinderungen ergriffen werden sollten.

Wiederherstellung und Qualitätssicherung

Nach Abschluss der Arbeiten steht die Wiederherstellung der Straßen und Gehsteige an. Hier kommt die sogenannte Aufgrabungsordnung ins Spiel, die Bestandteil der Sondernutzungs- und Nutzungsvereinbarungen ist. Diese regelt im Detail, wie Gehsteige und Straßen nach den Bauarbeiten wiederhergestellt werden müssen. Dabei werden hohe Standards gesetzt, um sicherzustellen, dass die Straßen in einem mindestens genauso guten Zustand sind wie vor den Bauarbeiten. Die Qualitätssicherung ist dabei ein zentraler Aspekt.
Die Aufgrabungsordnung wird mit der beauftragten örtlichen Bauaufsicht (ÖBA) abgestimmt, die die Qualität und Umsetzung des Bauvorhabens laufend kontrolliert. Es werden regelmäßige Inspektionen durchgeführt, um sicherzustellen, dass alle Arbeiten gemäß den Vorgaben erledigt werden. Sollten dabei Mängel festgestellt werden, ist die Baufirma verpflichtet, diese umgehend zu beheben. Nur durch diese strikte Überwachung kann sichergestellt werden, dass die langfristige Nutzbarkeit der neu verlegten Infrastruktur gewährleistet ist.

Öffentlichkeitsarbeit und Bürger:inneninformation

Ein wichtiger Teil des Projekts sind das Marketing und die Kommunikation mit den Bürger:innen. Die Information der Öffentlichkeit ist von entscheidender Bedeutung, um Vertrauen zu schaffen und unnötige Irritationen zu vermeiden. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Bauprojekte auf Widerstand stoßen, wenn die Bevölkerung nicht ausreichend informiert ist. Daher sollten die Projektverantwortlichen frühzeitig auf die Bürger:innen zugehen und sie über die Vorteile des Glasfaserausbaus aufklären.
Jedes beteiligte Unternehmen verfolgt hier eigene Ansätze, um die Bürger:innen auf dem Laufenden zu halten. Möglichkeiten sind etwa Informationsveranstaltungen in der Nähe des jeweiligen Ausbaugebiets. Dabei können die Anwohner:innen Fragen stellen und sich direkt über den Stand der Bauarbeiten informieren. Auch politische Vertreter:innen stehen bei den gemeinsamen Terminen gerne Rede und Antwort: Bundesrat Mathias Zauner war dabei ein ebenso großer Verfechter des Glasfaserausbaus wie der Landtagsabgeordnete und Stadtrat Franz Dinhobl, die sich beide auch dafür einsetzten, dass es ein produktives Miteinander zwischen den Projektbeteiligten gibt. Ein weiteres wichtiges Instrument zur Information sind Postwurfsendungen, die etwa zwei Wochen vor Baubeginn und ein bis zwei Tage vor Baubeginn nochmals verschickt werden.
Dabei ist ein gemeinsames Auftreten von Stadt und Unternehmen wichtig, um eine einheitliche und professionelle Kommunikation sicherzustellen. Die Bürger:innen sollen genau wissen, was wann und wie gemacht wird. Transparenz ist der Schlüssel, um Missverständnisse zu vermeiden.

Bürger:innenanfragen effektiv bearbeiten

Neben der proaktiven Information der Öffentlichkeit ist auch die Bearbeitung von Anfragen ein zentraler Bestandteil des Projektes. Um die Anliegen der Bürger:innen effizient zu bearbeiten, gibt es verschiedene Kanäle, über die diese ihre Fragen oder Beschwerden einreichen können, etwa ein Online-Formular auf der Website der Stadt, per E-Mail oder Telefon. Diese Anfragen werden an den Projektkoordinator weitergeleitet, der gemeinsam mit der ausführenden Firma und den internen Abteilungen nach Lösungen sucht.
Nach erfolgreicher Bearbeitung werden die Bürger:innen telefonisch oder per E-Mail über das Resultat informiert. Ziel ist es, die Anliegen schnellstmöglich und zur Zufriedenheit der Bürger:innen zu lösen. So wird sichergestellt, dass sich alle Beteiligten ernst genommen fühlen und das Vertrauen in die Verantwortlichen gestärkt wird.

Evolutionswege

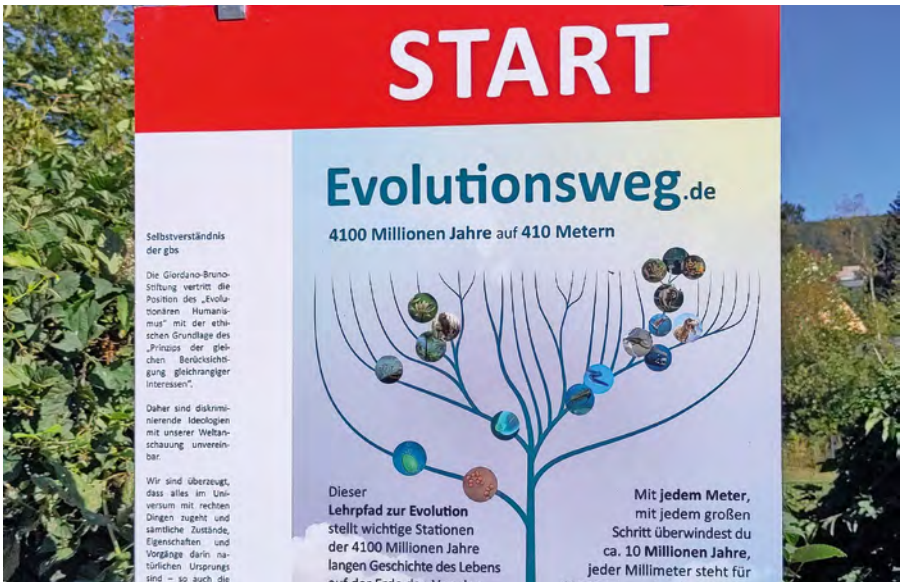
Eine Möglichkeit für Gemeinden, die Geschichte des Lebens für die Bevölkerung und Tourist:innen erlebbar zu machen

Haben Sie sich jemals gefragt, wie es wäre, Millionen von Jahren in nur wenigen Schritten zurückzulegen? In der niederösterreichischen Marktgemeinde Gablitz ist diese Idee nun Realität geworden: Im Herbst wurde hier der erste von der Giordano Bruno Stiftung entwickelte Evolutionsweg durch den Humanistischen Verband Österreich (HVÖ) eröffnet.

Der Lehrpfad bietet einen Überblick über die 4,1 Milliarden Jahre der Geschichte des Lebens auf der Erde. Auf einer Strecke von 1.000 Metern werden bedeutende Stationen dieser Entwicklung veranschaulicht. Im Maßstab bedeutet dies, dass ein Meter 4,1 Millionen Jahre repräsentiert, während 1 Millimeter etwa 4.100 Jahren entspricht – das ist ungefähr die Zeitspanne seit dem Bau der ägyptischen Pyramiden.

Der Weg führt über 20 Stationen, die von der Entstehung der Erde und den ersten Lebenszeichen bis hin zu den modernen Menschen reichen. Jeder Schritt lässt erspüren, wie viel Zeit das Leben auf der Erde brauchte, sich zu entwickeln.

Mit einer langen oder kurzen Strecke stehen zwei Varianten des Weges zur Verfügung. Beide Varianten vermitteln dieselben pädagogischen Inhalte. Die Abstände zwischen den Stationen sind stets exakt festgelegt, um den Wandernden ein Gefühl für die verstrichene Zeit zwischen den Evolutionsstufen zu vermitteln.



An den Stationen sind QR-Codes angebracht, die es den Besucher:innen ermöglichen, zusätzliche Informationen abzurufen oder Inhalte in kindgerechter Sprache zu entdecken. Ältere Kinder können eigenständig die QR-Codes mit ihren Handys scannen, was das Lernen interaktiv und unterhaltsam gestaltet.

Integration in bestehende Wege

Durch die Integration in bestehende Wanderwege oder Parkanlagen lässt sich das Projekt unkompliziert umsetzen. Die Kosten für den Evolutionsweg sind überschaubar und eignen sich auch für Gemeinden mit geringem Budget. Der Lizenzgeber verlangt lediglich einen einmalig zu zahlenden Betrag in der Höhe von 800 EUR und stellt die Druckvorlagen für die Schilder zur Verfügung. Sponsorenlogos können auf den Schildern platziert werden, um die Finanzierung zu unterstützen. Die Verantwortung für Herstellung und Aufbau der Schilder liegt bei den Gemeinden, die diese Aufträge an lokale Unternehmen vergeben können.

Der Evolutionsweg ist sowohl eine touristische Attraktion als auch ein wissenschaftlich fundiertes Projekt, das Bildung, Spaß und Gemeinschaftsleben miteinander verbindet. In Deutschland gibt es bereits über 10 Evolutionswege. Sollte auch in Ihrer Stadt Interesse an einem Evolutionsweg bestehen, finden Sie detaillierte Informationen sowie Kontaktdaten des Lizenzgebers auf der Webseite Evolutionsweg.de.

Oder Sie machen sich ein eigenes Bild vom Evolutionsweg und besichtigen diesen in Gablitz bei Wien. Startpunkt ist der Mehrgenerationen-Park (Ecke Linzer Straße/Hauersteig Straße oder suchen Sie in Google Maps „Evolutionsweg Gablitz“).

Clemens Lintschinger
ist ehemaliger Rechtsanwalt, HVÖ-Vertreter und humanistischer Autor/Blogger (www.clemens-lintschinger.eu). Ihm ist die Umsetzung wissenschaftsaffiner Projekte in Österreich ein zentrales Anliegen, auf Wunsch übermittelt er gerne Flyer und eine Präsentationsmappe und steht für Fragen zur Verfügung: lintschingerclemens@gmail.com

© Foto: Clemens Lintschinger

Neusiedler Anlagenbau GmbH

- ✔ Rohrleitungsbau
- ✔ Maschinen-& Anlagenbau
- ✔ Industrieanlagenbau
- ✔ Gebäudetechnik

Weiden am See – Wien – Friedberg – Szentgotthard

Haustechnik OTTO WÜGER

- ✔ Heizung
- ✔ Sanitär
- ✔ Erneuerbare Energie
- ✔ Kältetechnik
- ✔ Klima
- ✔ Wohnbau

Obere Hauptstraße 80 • 7121 Weiden am See

www.haustechnik-wueger.at

PARTIZIPATION

Klimakommunikation

In Beteiligungsprojekten werden unterschiedliche Formen von Klimakommunikation ausprobiert. Wir geben Einblick in drei Projekte auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene.

Barbara Ruhsmann, ÖGUT

Es ist nicht einfach, die richtigen Worte zur Klimakrise zu finden. Die einen bleiben bei den Fakten und zeigen Tabellen über die zunehmende Erderwärmung oder den Anstieg von CO_2 in der Atmosphäre. Andere setzen auf Emotion, konfrontieren ihr Gegenüber mit Bildern katastrophaler Extremwetter-Ereignisse oder aussterbender Arten. Auch in Beteiligungsprojekten wird seit einigen Jahren viel über Klima-Kommunikation nachgedacht.
Besonders prominent im „Klimarat der Bürgerinnen und Bürger", wo von Jänner bis Juni 2022 rund 100 geloste Menschen aus ganz Österreich klimapolitische Empfehlungen für die Bundesregierung erarbeitet haben.

Wissen in Dialog übersetzen

Zuvor informierte ein wissenschaftlicher Beirat die Bürger:innen über den Status quo des Klimawissens und die größten Hebel, um die Erderwärmung bis 2050 einzubremsen. Hier wurden in der Wissensvermittlung u. a. Videos, Graphic Recording und klassische Vorträge eingesetzt. Eine ganz wesentliche Rolle spielten aber auch Methoden zur gemeinsamen „Verarbeitung" des Klimawissens in kleinen und großen Arbeitsgruppen.
Ein Learning aus dem Klimarat: Es reicht nicht, Fakten zu vermitteln. Die Klimakrise ist in ihrem Ausmaß für viele Menschen so beängstigend und niederschmetternd, dass es dringend „Beistand" und sehr viel Dialogangebot braucht, um das gewonnene Wissen auch verarbeiten zu können. Wenn das nicht gegeben ist, bleiben Ohnmachtsgefühle, die niemandem weiterhelfen.



Maßnahmen verhandeln

Ein aktuelles Beteiligungsprojekt in der oberösterreichischen Gemeinde St. Stefan-Afiesl setzt auf eine Kombination aus Faktenvermittlung und unmittelbarem Empowerment. Expert:innen erhoben den Energieverbrauch der Gemeinde zum Beispiel in der Alltagsmobilität oder beim Wohnen. Weiters wurde berechnet, mit welchen praktischen Maßnahmen die Gemeinde ihren Energieverbrauch bis 2030 essenziell senken kann. Also wie viele Häuser gedämmt werden sollten, wie viele Kilometer weniger mit dem Auto zurücklegt usw. Bei einer Klimakonferenz verhandelten dann Vertreter:innen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, welche Maßnahmen sie für machbar und zumutbar halten.

Niederschwellig informieren und zum Mitmachen einladen

In Wien wiederum touren seit 2022 die „Wiener Klimateams" durch die Bezirke. Die Bevölkerung wird in zahlreichen crossmedialen Formaten zum einen informiert und zum anderen eingeladen, Klimaschutz- und Klimawandel-Anpassungsideen einzubringen. Für die Umsetzung stehen 20 Euro pro Einwohner:in zur Verfügung, eine geloste Bürger:innen-Jury entscheidet, welche Projekte realisiert werden. Für das gut durchdachte, aufwendige Prozessdesign, zu dem auch intensive Stakeholder-Beteiligung vor Ort und viel Öffentlichkeitsarbeit gehört, erreichte die Stadt Wien heuer den zweiten Platz beim K3-Preis für Klimakommunikation.
Ausführliche Projektbeschreibungen aller hier nur kurz dargestellten Beteiligungsprojekte finden Sie auf partizipation.at!
Wenn Sie selbst ein gelungenes Beteiligungsprojekt durchgeführt haben, das auf partizipation.at veröffentlicht werden soll, wenden Sie sich bitte per Mail an Barbara Ruhsmann (ÖGUT): kontakt@partizipation.at!

© Foto: St. Stefan-Afiesl

Nachhaltige Stadtwerke

Nachhaltigkeitsmanagement in öffentlichen und kommunalen Unternehmen als komplexe Herausforderung

Heidrun Maier und Jeremias Jobst, VÖWG

Die Umsetzung der EU-Nachhaltigkeitsziele stellt öffentliche und kommunale Unternehmen vor signifikante Herausforderungen. Die „Green Transition" betrifft nicht nur Bereiche wie Controlling und Einkauf, sondern rückt auch strategische Themen wie nachhaltige Finanzierung und die neuen Offenlegungspflichten in den Vordergrund. Insbesondere die Umsetzung der EU-Taxonomie und die Umsetzung der Corporate Sustainable Reporting Directive (CSRD) erfordern umfangreiche Anpassungen und machen das Nachhaltigkeitsmanagement zu einer komplexen Aufgabe.



© Foto: VÖWG

VÖWG/VKÖ-Nachhaltigkeitsworkshop

Mit dem Ziel, aktuelle Herausforderungen in der praktischen Umsetzung neuer EU-Nachhaltigkeitsregularien gemeinsam zu besprechen, haben der Verband der öffentlichen Wirtschaft Österreichs (VÖWG) und der Verband kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) einen zweitägigen Workshop in Linz organisiert, der sich an Nachhaltigkeitsmanager:innen und Entscheidungsträger:innen richtete.

Die Themen Nachhaltigkeitsmanagement, CSRD, EU-Taxonomie und nachhaltige Beschaffung wurden von 20 Speaker:innen aus Wissenschaft und Praxis mit praxisnahen Inputs und themenzentrierten Diskussionen erörtert.

Learnings: Tools & Dialog

Die in Linz geführten Gespräche sowie die Ergebnisse einer Online-Befragung der Teilnehmer:innen lassen den Schluss zu, dass ein großes Bedürfnis nach fachlichem Input und dem Aufbau eines Netzwerks für den Austausch zwischen Nachhaltigkeitsteams besteht. Die Nachhaltigkeitsmanager:innen in den öffentlichen und kommunalen Unternehmen übernehmen eine Pionierrolle, da sie sich mit der erstmaligen interdisziplinären Umsetzung komplexer Rechtsmaterie befassen müssen. Die Fülle an Daten, mit der die Unternehmen konfrontiert sind, ist immens – was den Wunsch nach standardisierbaren und skalierbaren Tools unterstreicht. Bei typischen Stadtwerkeunternehmen müssen im Regelfall rund 20 wesentliche Themen mit über 1.000 Datenpunkten analysiert werden, was viele Ressourcen bindet. Laut den Teilnehmer:innen stellen die systematische Datenerhebung sowie die fehlende Erfahrung mit der CSRD besondere Herausforderungen dar. Als wesentliches Ergebnis kann die Notwendigkeit praxisnaher Instrumente wie Checklisten, Broschüren & Erklärvideos festgehalten werden, welche die effiziente Erfüllung der regulatorischen Vorgaben ermöglichen. Die regelmäßige Durchführung eines fachlichen Austauschs wurde ebenfalls als wesentlicher Faktor genannt, damit die Nachhaltigkeitsteams von ihren gegenseitigen Lerneffekten profitieren können.

VÖWG/VKÖ-Nachhaltigkeitsworkshop 2025

Der große Bedarf an Wissensaustausch und Beratung führt zur gemeinsamen Veranstaltung eines weiteren Workshops durch den VÖWG und den VKÖ im Januar 2025. Der thematische Schwerpunkt liegt hierbei auf Wesentlichkeitsanalysen. Zielsetzungen sind die Fortführung des Dialogs sowie die Entwicklung praxisnaher Lösungen für die Herausforderungen der EU-Vorgaben.

Anmeldungen von österreichischen Stadtwerkeunternehmen sowie weiteren öffentlichen und kommunalen Akteur:innen sind herzlich willkommen.

Facility Management

Am 18. und 19. Juni 2024 fanden in Wien am „Bildungscampus Innerfavoriten“ eine Sitzung des Fachausschusses „Facility Management“ und das 26. Plattformtreffen „Kommunales Facility Management“ statt.

Peter Kovacs, MA 34 - Bau- und Gebäudemanagement, Vorstand FMA und Leiter des FA FM im Österreichischen Städtebund

Bei diesem Treffen auf Initiative von Roland Falk (LIMAG GmbH) und dem Autor konnten neben diversen Vertreter:innen von FM-Organisationen österreichischer Städte und Gemeinden auch Abteilungsleiter Klaus Zimmel (MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement) und Alexander Lesigang (Österreichischer Städtebund) sowie Claudia Laubner von der FMA begrüßt werden.
Adelheid Schwarzinger (MA 34) stellte das PPP-Projekt Bildungscampus Innerfavoriten – Planung, Errichtung und Betrieb vor und Martina Widauer (Caverion Österreich GmbH) zeigte die Herausforderungen für das FM und die Betriebsführung bei diesem Projekt auf.
Danach präsentierte Peter Kovacs die Zielsetzung und Vorgaben des Bauherrn bei der Generalsanierung WUK Werkstätten- und Kulturhaus mit den Herausforderungen eines Umbaus bei laufendem Betrieb und Architekt Hans Schartner (RAHM architekten ZT-KG) berichtete über die Lösungsansätze und die architektonische Umsetzung der Generalsanierung des denkmalgeschützten Objektes, das sich im Rahmen der CO2-Countdown-Initiative der FMA I IFMA Austria 2024 unter den Nominierten in der Kategorie „Gemeinsam erreicht“ befand.
Im Anschluss stellte Reinhard Jahoda (MA 34) das Programm VHS 2030, das die Sanierung von rund 30 Volksbildungsbauten umfasst, vor und präsentierte ausgewählte Sanierungsprojekte davon. Peter Kovacs gab den Teilnehmer:innen Einblick in das Campus-Neubauprogramm der Stadt Wien, das als PPP-Modell umgesetzt wird. Er konnte über die positiven Erfahrungen in der Planung, Errichtung und im Betrieb sowie über die geplanten weiteren PPP-Projekte berichten.



Plattformtreffen Kommunales Facility Management

Bildungscampus

Architekt Eldin Kabaklija (Schluder Architekten ZT GmbH) durch den Bildungscampus Innerfavoriten und stellte die architektonische Konzeption vor, bei der sich die Teilnehmer:innen von der gelungenen Umsetzung und der beeindruckenden Verschmelzung der Bildungsräume mit den Freibereichen auf allen Ebenen überzeugen konnten.
Peter Kovacs präsentierte danach Entwicklungen und Trends im Kommunalen FM sowie die Aktivitäten der FMA. Dabei wurden auch neue Publikationen der FMA und diverse Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich des Gebäudebetriebes (z. B. Betreiberverantwortung, Building Information Modeling/BIM im Betrieb) vorgestellt. Die Vortragsreihe beendete eine Präsentation von Thomas Hyps (MA 34) zum Thema der Kreislaufwirtschaft, Nachhaltigkeit und des Bauchemikalienmanagement in der MA 34. Nach einer Führung durch das neue Wien Museum am Karlsplatz konnten die Teilnehmer:innen ihre Erfahrungen bei einem gemütlichen Beisammensein austauschen.

VHS & WUK

Am nächsten Tag führte Architektin Susanne Höhndorf (Rataplan-Architektur ZT GmbH) durch die generalsanierte Volkshochschule Ludo-Hartmann-Platz, wo sich die Teilnehmer:innen ein Bild von der ansprechenden architektonischen Konzeption eines zeitgemäßen Volksbildungsbaues machen konnten. Bei der Führung durch das WUK Werkstätten- und Kulturhaus konnte Architekt Hans Schartner (RAHM architekten ZT-KG) den Teilnehmer:innen die Verschmelzung von denkmalgeschützter Bausubstanz mit architektonisch hochwertigen Ergänzungen und Erweiterungen veranschaulichen. Den Abschluss des 2. Tages des Treffens bildete die Besichtigung der sanierten Volkshochschule Galileigasse und der derzeitigen Generalinstandsetzung des Veranstaltungszentrums Kürschnergasse.

© Foto: FMA



Die Öffentlichkeitsarbeiter:innen tagten in St. Pölten (l.).



Besichtigung eines Schwammstadttools am Promenadenring (l.) und Sitzung im Gemeinderatssaal (unten)



Krise und Kunst

Der Fachausschuss für Öffentlichkeitsarbeit tagte in St. Pölten.

Kurz nach dem verheerenden Unwetter im September 2024 war die niederösterreichische Landeshauptstadt Treffpunkt für die Öffentlichkeitsarbeiter:innen zahlreicher Städte und Gemeinden.

So lag es auf der Hand, dass Michael Koppensteiner und Corina Muzatko nach der Vorstellung des Medienservice St. Pölten auch über Krisenkommunikation anlässlich der jüngsten Hochwasserkatastrophe sprachen. Die Stadt agierte aus dem Krisenstab und informierte klar, seriös und professionell.

Ein weiteres Thema war der Relaunch des Amtsmagazins St. Pölten, konkret anlässlich des 50-Jahre-Jubiläums nach dem Motto „Wie ein Amtsmagazin so viel Pep gewann, wie es braucht. Und dabei so amtlich bleibt, wie es sein muss.“. Nach der Vorstellung der Facebook-Gruppe „Was ist los in St. Pölten“, die ehrenamtlich und äußerst engagiert von Ricardo Zanot moderiert wird, stellte die Leiterin für nachhaltige Planungsprozesse Carina Wenda die Bürgerbeteiligungsprozesse Promenadenring, Sturm 19 Park und Windfänger am Europaplatz vor.

Die Teilnehmer:innen besuchten anschließend das Festivalzentrum Tangente St. Pölten – Festival für Gegenwartskultur und unternahmen einen spannenden Stadtspaziergang. Die renovierte jüdische Synagoge mit Wechselausstellung und Dauerausstellung blieb dabei ebenso in Erinnerung wie der städtische Alumnatsgarten, der von der Stadt übernommen und nach einer aufwendigen Neugestaltung als grüne Oase der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Der Rundgang führte über neue Abschnitte des Promenaderings mit Schwammstadtelementen, Hochbeeten und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung hin zum Domplatz, wo Bürgermeister Matthias Stadler die Öffentlichkeitsarbeiter:innen empfing.

Der zweite Tag startete kreativ im sehenswerten Kinderkunstlabor, bevor es wieder im Rathaus um Umsetzungstipps bei der Vergabe von Gemeindezeitungen und um Änderungen durch das Informationsfreiheitsgesetz ging.

Die nächste Tagung findet am 3. und 4. April in Leonding statt.

© Alle Fotos: St. Pölten/Christian Krückel

Kommunale PIONIERINNEN

Lieselotte Eigner (1939–2021)

Martina Eigelsreiter, Büro für Diversität St. Pölten

Lieselotte (Liesl) Eigner setzte sich ihr Leben lang mit maßgeblichen sozialen Projekten für St. Pölten und benachteiligte Menschen ein. Ihre Überzeugungen und ihr Einsatz für die sozialdemokratischen Werte prägten ihr Leben und ihre Karriere entscheidend. Sie war langjährige Mitarbeiterin und Vorsitzende bei der Volkshilfe St. Pölten sowie Vorstand der Volkshilfe Niederösterreich. Unter ihrer Führung wurden zahlreiche Projekte und Initiativen realisiert, die das Leben vieler Menschen nachhaltig verbesserten. Unter anderem gehen die Senior:innen- u. Muttertagsfahrten sowie der St. Pöltner Christkindlmarkt in ihrer Ursprungsform auf ihr Engagement zurück. Beim St. Pöltner Christkindlmarkt war sie besonders unermüdlich im Einsatz, kam doch der Erlös Personen mit Behinderung(en) zugute.

Lieselotte Eigner war Mutter von sechs Söhnen. Ab 1984 arbeitete sie als Betreuerin in der Tagesheimstätte St. Pölten, deren Leitung sie später übernahm. Jahrzehntelang setzte sie sich für die Rechte von Menschen mit Behinderung(en) ein und trug maßgeblich dazu bei, ihre Lebensqualität zu verbessern. Lieselotte Eigners Arbeit in diesem Bereich war geprägt von Empathie und einem tiefen Verständnis für die vielfältigen und teils sehr unterschiedlichen Herausforderungen, mit denen Menschen mit Behinderung(en) konfrontiert waren (und nach wie vor oft noch sind).

Überzeugte Sozialdemokratin

1986 wurde sie in den Gemeinderat der Stadt St. Pölten gewählt, wo sie im Krankenhaus-, Gesundheits- und Wohlfahrtsausschuss sowie im Kontrollausschuss tätig war. Ab Oktober 1991 gehörte Lieselotte Eigner dem Stadtrat St. Pöltens an, wo sie die Funktion der Obfrau des Gesundheits- und Wohlfahrtsausschusses innehatte. Auch für die Aktion „Essen auf Rädern“ engagierte sie sich mit viel Herzblut. Weiters war sie im SPÖ-Bezirksfrauenkomitee St. Pölten, im SPÖ-Landesparteivorstand sowie im Präsidium und Vorstand der Stadt- und der Bezirksorganisation vertreten und leitete die Sektion 11 der SPÖ-Stadtorganisation St. Pölten. Ihr großes Vermächtnis ist zweifellos die Impulssetzung und Vorbereitung für das Wohnhaus „DomiZiel“, das vollzeitbetreutes sowie teilzeitbetreutes Wohnen, Senior:innenbetreuung und Freizeitgestaltung bietet. Das Wohnhaus „DomiZiel“ steht als lebendiges Zeugnis ihres konsequenten Engagements und ihrer Vision einer inklusiven Gesellschaft. „DomiZiel“ bietet nicht nur ein Zuhause, sondern auch eine Gemeinschaft, in der Menschen in Würde und Selbstbestimmung leben können.

Frauensolidarität

Lieselotte Eigner erhielt den Anton-Kalcher-Preis für ihre humanitäre Einstellung, besonderen Verdienste und sozialen Leistungen im Interesse des Gemeinwohls. Darüber hinaus wurde ihr die Victor-Adler-Plakette verliehen und sie wurde mit dem Ehrenzeichen der Stadt St. Pölten ausgezeichnet.

Eine besondere und jahrelange Freundschaft verband Liesl Eigner mit Johanna Dohnal, der ersten Frauenministerin Österreichs. Diese enge Beziehung war geprägt von einem gemeinsamen Verständnis für soziale Gerechtigkeit und dem unermüdlichen Einsatz für die Rechte der Frauen. Ihre Freundschaft ist heute noch ein leuchtendes Beispiel dafür, wie kraftvoll und wichtig es ist – gerade auch als Politikerinnen – einander zu unterstützen, zusammenzustehen und solidarisch zu sein.



Lieselotte Eigner mit Johanna Dohnal

© Foto: Wolfgang Eigner



Belästigung ist kein Scherz

Interne Kampagne gegen Belästigung im EP

Hannah Buchinger, Büroleiterin von MEP Evelyn Regner

Das Europäische Parlament beschäftigt aktuell circa 11.000 Personen in den verschiedensten Vertragsarten. Neben der Ko-Gesetzgebung zur Eindämmung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz in der EU (z. B. ILO 190) ist das EU-Parlament auch für die eigenen Bediensteten und ihre Sicherheit am Arbeitsplatz zuständig.
Eine anonyme Umfrage der MeToo-EP-Bewegung 2023 hatte ergeben, dass von den 1.001 Antwortenden (immerhin nicht ganz 10 % aller Bediensteten) bereits 48,35 % psychologische Belästigung oder Gewalt, 15,88 % sexuelle Belästigung oder Gewalt und 6,69 % physische Gewalt am Arbeitsplatz erlebt haben. Zahlen, die nach fünf Jahren Verhandlungen Schwung in die Reform gebracht haben, die Vizepräsidentin Evelyn Regner (SPÖ) gemeinsam mit Kolleg:innen angeregt hatte und die ich mit ihr verhandelte. Zahlen, die aufgrund mangelnder Vergleichbarkeit Anregung sein sollten, die Möglichkeit an Beschäftigte in der Verwaltung zu geben, (anonym) gehört zu werden. Psychische Gesundheit ist ein immer größer werdendes Thema und Belästigung spielt dabei eine enorme Rolle.

Interne Arbeitskultur ändern

Neben internen Konfliktlösungsmechanismen, Verbesserung des Betroffenenschutzes und der Verfahren blieb im EU-Parlament eine große Frage offen: wie das größte Problem, die interne Arbeitskultur, ändern? Das Verständnis mancher von „Boys will be boys“, typische Rollenvorstellungen von dem, was Frauen und was Männer gut können oder nicht können, die Akzeptanz von herabwürdigenden Scherzen und Bemerkungen etc. ändern sich nicht mit neuen Regeln. Ein respektvolles Miteinander muss vorgelebt werden, muss Standard im Alltag sein. Und Grenzüberschreitungen, die als Belästigung gesehen werden, müssen präventiv verhindert werden. Daher wurde im Oktober 2024 eine große interne Kampagne ausgerollt, die alle in die Verantwortung nimmt. Es gibt viele Elemente, die klarmachen sollen, dass für Respektlosigkeit und Herabwürdigung anderer kein Platz ist: plakative Aufforderungen wie „Sagen



Evelyn Regner, Abgeordnete zum Europäischen Parlament

Sie etwas, wenn Sie unangemessenes Verhalten beobachten“ oder „Belästigung ist kein Scherz“, Broschüren darüber, was Belästigung ist und was unternommen werden kann, sowie das klare Bekenntnis der Führungskräfte, auch der politischen. Im Frühjahr 2025 möchte sich das EU-Parlament im Rahmen dieser Kampagne mit den nationalen Verwaltungen über Best Practices austauschen.

© Fotos: Getty Images, European Union 2023 - Source : EP



Die Müllverbrennungsanlage Dürnrohr musste aufgrund des Hochwassers den Betrieb einstellen.

Nach dem Hochwasser bleibt der Müll

Ein Rückblick auf das Jahrhundert-Unwetter im Hinblick auf die Abfallwirtschaft und warum es gerade jetzt mehr Fokus auf Mülltrennung und Abfallvermeidung braucht

Michael Bartmann, Bundeskoordinator Arge Österreichischer Abfallwirtschaftsverbände

Mitte September kam es in Österreich mit einer sogenannten „Vb-ähnlichen“ Wetterlage, einem Tiefdruckgebiet mit sehr hohem Niederschlagspotenzial, zu einem massiven Hochwasserereignis. Betroffen waren Bereiche vom Salzburger Flachgau bis ins nördliche Burgenland und die Obersteiermark – wobei sich in Niederösterreich die am schwersten von Hochwasserschäden betroffenen Regionen befinden. Auch in den Nachbarländern Tschechien und Polen traten enorme, teilweise noch nie aufgezeichnete Regenmengen auf.
Hochrechnungen aus der Wirtschaftsforschung gehen für Österreich von einer Gesamtschadenssumme von EUR 1,3 Milliarden aus – wobei hier die privaten Haushalte (ca. EUR 700 Mio.) besonders betroffen sind. Dies zeigt sich vor allem darin, dass ganze Einrichtungen von Häusern, Wohnungen, Kellern, Garagen und Gartenhäusern auf einen Schlag durch Wasser und Schlamm zerstört wurden. Neben den tragischen Bedingungen für die Betroffenen stellte dieser plötzliche Anfall an Zehntausenden Tonnen zusätzlicher Abfälle auch die Gemeinden und kommunalen Abfallverbände vor enorme Herausforderungen.

Herausforderungen für die Abfallwirtschaft

Abfallwirtschaftliche Infrastruktur wurde teilweise zerstört und vielfach waren auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die unmittelbar Betroffenen des Hochwassers – gleichzeitig galt es, das Müllaufkommen rasch aus den Siedlungsbereichen zu entfernen. Durch intensive Koordination zwischen Gemeinden, Gemeindeverbänden und Behörden konnten innerhalb weniger Tage neue Sammelstellen eingerichtet, Container und Zwischenlager organisiert und in den meisten Bereichen eine ordnungsgemäße Müllabfuhr wiederhergestellt werden. Besonderer Fokus in der Sammlung lag zudem auf der weitestgehend möglichen Trennung nach Abfallfraktionen: So wurden auch Hochwasserabfälle in Holz, Rest- und Sperrmüll, Elektrogeräte und Problemstoffe unterschieden, um diese möglichst effizient, sicher und umweltgerecht zu entsorgen. Vor allem Lithium-Akkus in den Abfällen stellten ein besonderes Risiko dar, denn diese können sich

© Foto: Feuerwehr Atzenbrugg/Peter Haferl

aufgrund von Beschädigungen oder Kurzschlüssen selbst entzünden. Ein solcher beschädigter Akku führte im Bezirk Tulln auch zum Brand eines Lagerplatzes für Hochwasser-Sperrmüll mit einer Fläche von rund 6.000 m².
Auch die Müllverbrennungsanlage Dürnrohr, welche die thermische Verwertung von Rest- und Sperrmüll in Niederösterreich sicherstellt, war vom Hochwasser betroffen und musste den Betrieb einstellen. Daher wurde in Niederösterreich begonnen, den laufend anfallenden Restmüll zwischenzulagern. Um abfallwirtschaftliche Systeme nun nicht zu überlasten und auch das Aufarbeiten der zusätzlichen Mengen an Hochwasserabfällen zu gewährleisten, braucht es nunmehr zweierlei: richtige Abfalltrennung und Abfallvermeidung.

Restmüll könnte um Hälfte reduziert werden

Denn Analysen des Restmülls in Österreich zeigen, dass etwa 50 % des Inhalts der Restmülltonnen in Österreich auch als Wertstoffe erfasst werden könnten – durch richtige Abfalltrennung könnte also etwa die Hälfte des laufend anfallenden Restmülls reduziert werden. Besonders im Bereich der biogenen Abfälle gibt es hier ein sehr großes Potenzial (über 30 %). Durch das verlässliche Nutzen der Biotonne oder des eigenen Komposthaufens könnte ein wesentlicher Beitrag geleistet werden – zudem entstehen aus diesen Abfällen wieder hochwertige Komposte für Garten oder Landwirtschaft. Auch das richtige Trennen von Verpackungen, z. B. Kunststoffverpackungen von Lebensmitteln, Getränkeflaschen, Dosen und Kartonagen, ist wichtig, um Restabfallmengen zu reduzieren und gleichzeitig das Recycling dieser Stoffe zu ermöglichen. Die perfekte Ergänzung zur richtigen Abfalltrennung ist zudem das Vermeiden von Abfällen, etwa durch das Reparieren von kaputten Geräten oder das Nutzen von Secondhand-Plattformen für nicht mehr benötigte Produkte. Denn viel zu oft landen noch gebrauchsfähige Güter im Rest- oder Sperrmüll.
Durch diese Maßnahmen kann nicht nur ein Beitrag zur Entlastung der angespannten Entsorgungssituation geleistet werden – vielmehr trägt richtige Abfalltrennung und Abfallvermeidung zum Umwelt- und Klimaschutz bei und hält unsere Ressourcen länger im Kreislauf.

www.argeawv.at

Quellen:

www.wifo.ac.at/news/hochwasser-verursachte-13-mrd-e-schaden/

https://info.bml.gv.at/themen/wasser/wasser-oesterreich/hydrographie/chronik-besonderer-ereignisse/hochwasser-september-2024.html

https://www.umweltverbaende.at/noeav/user/nav/dokumente/Presseaussendung_NUV_Hochwasser.pdf

DIE ÖVGW-QUALITÄTSMARKE

Auf Qualität kommt es an:
mehr Sicherheit und Sauberkeit für unsere Gemeinden

ÖVGW

ÖVGW
GEPRÜFT

ZERTIFIZIERTE, JÄHRLICH KONTROLLIERTE PRODUKTE AUF DEM NEUESTEN STAND DER TECHNIK

SICHERE MATERIALIEN IM KONTAKT MIT TRINKWASSER

GEBRAUCHSTAUGLICHKEIT, BETRIEBSSICHERHEIT UND ZUVERLÄSSIGKEIT

ÖSTERREICHISCHE VERTRIEBSPARTNER MIT KUNDENDIENST, GESICHERTER ERSATZTEILVERSORGUNG UND BAUSTELLENSERVICE

DEUTSCHSPRACHIGE GEBRAUCHSINFORMATION

OPTIMALER PRODUKTEINSATZ NACH ÖVGW-RICHTLINIEN UND ÖSTERREICHISCHEM RECHT

www.ovgw.at

9 Frauen, 9 Plätze

Ein Denkmal für die Frauen in Bad Ischl

Ines Schiller, Bürgermeisterin der Stadt Bad Ischl

Eine geschichts- und selbstbewusste Stadt – und so erlebe ich Bad Ischl – pflegt eine wertschätzende und reflektierende Erinnerungskultur, die die Geschichte aus allen Perspektiven erzählt, unabhängig von Geschlecht oder Identität. Für unsere Stadt war es daher ein bedeutsamer Tag, als wir neun außergewöhnlichen Frauen ein Denkmal setzten, und wir hoffen, dass dieses Projekt nicht nur zahlreiche Nachahmer findet, sondern auch als Inspiration für viele weitere Vorhaben dient.

Als Bürgermeisterin war es mir ein besonderes Anliegen, den Frauen, die unsere Stadt und ihre Geschichte entscheidend geprägt haben, endlich ein Denkmal zu setzen und ihnen die Anerkennung zu schenken, die sie verdienen.

Mit der Initiative „9 Frauen, 9 Plätze“ ehren wir neun herausragende Frauen, die durch ihren Mut, ihre Leistungen und ihren Einsatz für unsere Gemeinschaft einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben: Karoline Gaisberger, Rosalia Hahn, Betty Kohn, Helene Löhner, Elisa-



Feierliche Eröffnung „Theresia-Pesendofer-Platz“ mit Elisabeth Schweeger (Künstlerische Leitung Kulturhauptstadt Bad Ischl – Salzkammergut 2024), Bürgermeisterin Ines Schiller, Adele Laimer (Verwandtschaft von Theresia Pesendorfer), Mario Friedwagner (Idee und Projektleitung), Lisa Neuhuber (Leitung Erinnerungskultur, Historisches und Museen Kulturhauptstadt Bad Ischl – Salzkammergut 2024), Nina Höllinger und Marie-Theres Arnbom (Mitglieder der Historiker:innen-Kommission des Projektes).

© Foto: Stadtgemeinde Bad Ischl

beth Müllegger, Theresia Pesendorfer, Frieda Raimann, Marie Spanitz und Bertha von Suttner. Sie alle waren Frauen unserer Stadt, die plötzlich verschwunden waren und durch dieses Projekt nun wieder ihre Sichtbarkeit und ihre Geschichten zurückerlangen.

Frauengeschichte erzählen

Diese neun Frauen stehen stellvertretend für viele weitere Frauen, deren Beiträge in der Vergangenheit oft übersehen wurden. Mit der Benennung von Plätzen in unserer Stadt nach diesen außergewöhnlichen Persönlichkeiten setzen wir ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung. Jeder dieser Plätze erzählt eine Geschichte – die Geschichte von Engagement, von Stärke und von der unverzichtbaren Rolle, die Frauen in unserer Gesellschaft spielen. Sie waren Unternehmerinnen, Kunst- und Kulturschaffende, Mütter, Freundinnen und vieles mehr. Dennoch fanden die Beiträge dieser Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen oft nicht die Anerkennung, die ihnen zustand.

Darüber hinaus war es mir als Bürgermeisterin auch sehr wichtig, dass wir mit diesem Projekt nicht nur an die Vergangenheit erinnern, sondern auch ein Vorbild für die Zukunft schaffen. Diese Plätze sollen Orte des Nachdenkens und der Inspiration sein, an denen sich kommende Generationen über die Leistungen dieser Frauen informieren und ermutigt werden, ihren eigenen Weg zu gehen. Denn Erinnerungskultur ist für mich nicht nur eine historische Aufgabe, sondern auch eine moralische und ethische Verantwortung, die wir alle teilen und die unsere Gesellschaft und unser Miteinander stärken kann.

Ich möchte allen danken, die dieses Projekt unterstützt und ermöglicht haben. Ihr Beitrag war entscheidend für den Erfolg dieser Initiative. Gemeinsam haben wir ein sichtbares Zeichen gesetzt, das weit über die Grenzen von Bad Ischl hinaus strahlen wird.

Bad Ischl ist stolz auf seine Geschichte und seine Menschen – und mit „9 Frauen, 9 Plätze“ schreiben wir ein neues Kapitel in dieser Geschichte, das die Bedeutung von Gleichstellung und Anerkennung in unserer Gesellschaft betont.



Im Rahmen des Projektes wurde auch ein Buch unter dem Namen „Neun Frauen aus Bad Ischl – Neue Plätze im Porträt“ herausgebracht, erhältlich in der Kurdirektion Bad Ischl (Mail: office@kurdirektion.at)

Aebi VT 470 Vario und Schmidt Stratos

Eine Kombination wie geschaffen für Österreichs Straßen

PARTNER BBG BUNDESBESCHAFFUNG

- Auf die Bedürfnisse von **Stadt- und Gemeindeverwaltungen** ausgelegt
- **Leistungsfähiger** 100 kw (136 PS) **Dieselmotor** und **stufenloser Antrieb**
- Gesamtgewicht **bis zu 10 Tonnen**
- **Ganzjährig einsetzbar**, im Winter mit Schmidt Stratos Streugerät und Schneepflug

Jetzt vorbereiten auf die nächste Winterdienst Saison. Fahrzeug und Streugerät können **smart, günstig und rechtssicher** über die **BBG** beschafft werden.



Aebi Schmidt Austria GmbH
Schießstand 4 | 6401 Inzing
Tel. +43 5238 53 590 20
www.aebi-schmidt.com/austria

Jetzt mehr erfahren!

aebi schmidt group



Innovatives Abfallmanagementsystem in Innsbruck

Öffentliche Beschaffung als multidisziplinäre Herausforderung

Öffentliche Beschaffer:innen in Österreich stehen heute vor einem komplexen und sich schnell wandelnden Umfeld.

Eva Maria Beck, Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH

Die Digitalisierung, der Klimawandel, die Energiewende und die Mobilitätswende stellen nicht nur Herausforderungen dar, sondern bieten auch Chancen zur Gestaltung einer nachhaltigen und effizienten Zukunft. Das haben auch die Vereinten Nationen in ihrer Studie „Global Review of Substainable Public Procurement“ 2017 festgehalten.
Die Digitalisierung eröffnet im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens erhebliche Potenziale zur Effizienzsteigerung und zur Verbesserung der Transparenz. Öffentliche Beschaffer:innen spielen aber auch eine entscheidende Rolle bei der Förderung einer ökologisch verantwortlichen Wirtschaft, indem sie klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen bevorzugen.

Gesellschaftlicher Mehrwert

Die Herausforderungen für öffentliche Beschaffer:innen in Österreich liegen in einem Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit zur Modernisierung, zur Einhaltung von Nachhaltigkeitszielen und zur Sicherstellung der Effizienz. Es erfordert eine umfassende und vorausschauende Planung, eine enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteur:innen und eine kontinuierliche Weiterbildung, um diesen komplexen Anforderungen gerecht zu werden. Nur so kann die öffentliche Beschaffung einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit leisten.
Aber auch für die Wirtschaft stellen öffentliche Beschaffungen einen bedeutenden Faktor dar. Die OECD hat bereits

© Foto: Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

2017 eine Studie („Government at a Glance 2017“) veröffentlicht, die feststellt, dass innerhalb der OECD-Länder öffentliche Beschaffungen rund 12 % des BIP ausmachen.

Unterstützung durch Fördermaßnahmen

Daher sind kommunale Fördermaßnahmen entscheidende Instrumente, um Städte und Gemeinden in Österreich bei der Umsetzung von Projekten und der Erfüllung dieser Aufgaben zu unterstützen. Diese Maßnahmen ermöglichen es, nachhaltige Entwicklungen voranzutreiben, Infrastrukturen zu verbessern und den Bürger:innen eine höhere Lebensqualität zu bieten. Sie spielen eine wesentliche Rolle in der Entwicklung und Gestaltung von Städten und Gemeinden. Sie bieten finanzielle Unterstützung für eine Vielzahl von Projekten, wie etwa in den Bereichen Infrastrukturausbau, Umweltschutz, Soziale Projekte oder Wirtschaftsförderung.

Diese Förderungen kommen in der Regel in Form von Zuschüssen, zinsgünstigen Darlehen oder Steuererleichterungen. Sie werden oft durch nationale und europäische Programme bereitgestellt, die speziell auf die Bedürfnisse der Kommunen zugeschnitten sind. In Österreich steht den Kommunen eine Vielzahl von Förderprogrammen zur Verfügung.

Die IÖB-Toolbox

Die aws hat mit der IÖB-Toolbox ein innovatives Instrument entwickelt, das genau hier ansetzt. Sie dient dazu, innovative Beschaffungsvorhaben in der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen. Besonders für Kommunen bietet die Toolbox wertvolle Hilfestellungen, um innovative und nachhaltige Lösungen zu finden und umzusetzen.

Die IÖB-Toolbox ist eine Innovationsförderung, die Projekte öffentlicher Beschaffer:innen von der Lösungsfindung bis zur Umsetzung in unterschiedlichen Modulen mit einem Zuschuss von bis zu EUR 100.000,– unterstützt.

Bis dato wurden rund 125 Projekte unterstützt. Auch für 2024 bis 2026 stehen rund EUR 6,3 Mio. an Fördermitteln zur Verfügung.

Einige österreichische Gemeinden haben bereits erfolgreich Projekte mithilfe der IÖB-Toolbox umgesetzt.



e-Government-Plattform des Landes Salzburg

Innsbruck & Salzburg

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe nutzten die IÖB-Toolbox, um ein innovatives Abfallmanagementsystem zu testen, das die Abfallsammlung durch ein Unterflursammelsystem modernisieren soll.

Die Stadtgemeinde Judenburg setzte auf die IÖB-Toolbox, um ein Fahrbahn-Diagnosesystem umzusetzen, das die Salz- und Splitstreuung auf den Straßen optimiert. Außerdem wurden drei Umweltstationen zur Luftgütemessung, Schneehöhemessung und Pegelstandsmessung installiert.

Das Land Salzburg verwendete die Toolbox, um ein neues E-Government-System einzuführen, das die Verwaltungsprozesse effizienter und bürgerfreundlicher macht.

Chancen für die Zukunft

Kommunale Fördermaßnahmen sind unverzichtbare Werkzeuge für die Entwicklung und den Fortschritt von Städten und Gemeinden in Österreich. Sie ermöglichen den Kommunen, notwendige Investitionen zu tätigen und gleichzeitig den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Die IÖB-Toolbox stellt dabei eine wertvolle Unterstützung dar, die es ermöglicht, innovative und nachhaltige Projekte effizient umzusetzen. Durch die Kombination von Förderprogrammen und innovativen Werkzeugen wie der IÖB-Toolbox können Städte und Gemeinden nicht nur ihre Infrastruktur modernisieren, sondern auch eine Vorreiterrolle in der nachhaltigen Entwicklung einnehmen.

© Foto: Land Salzburg



Social Media in Städten und Gemeinden

Soziale Netzwerke sind inzwischen zu einem wesentlichen Bestandteil des privaten und beruflichen Lebens geworden. Doch wie sieht es mit den rechtlichen Anforderungen aus?

Die allgemeine Entwicklung hat auch vor öffentlichen Stellen und Behörden nicht Halt gemacht, so werden mittlerweile regelmäßig Fachkräfte via Social Media gesucht, aber auch Informations- oder Wissensvermittlung betrieben.[1] Gerade der Nutzung von Social Media für die Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit, um die Bürger:innen zu erreichen, kommt mittlerweile eine besondere Praxisrelevanz zu. In Konstellationen, in denen sich die öffentliche Verwaltung mit Mitteilungen an die Bürger:innen wendet, ist dies keine Kommunikation in einem „Gleichordnungsverhältnis". Dies erfordert grundsätzlich eine demokratische Legitimation im Rahmen der gesetzlichen Aufgabe. Auch die behördliche Social-Media-Arbeit muss somit im Rahmen der demokratisch legitimierten Aufgaben erfolgen. Diese Aktivitäten werfen jedoch auch einige verwaltungs- und datenschutzrechtliche Fragestellungen auf.[2]

In der Öffentlichkeitsarbeit

So stellt sich die Frage, um welche Form des Verwaltungshandelns es sich bei den Social-Media-Tätigkeiten für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit handelt. Die Abgrenzung, ob es sich dabei um (schlichte) Hoheitsverwaltung oder aber um Privatwirtschaftsverwaltung handelt, kann schwierig sein.[3]

Bei der Öffentlichkeitsarbeit könnte es sich etwa um Aktivitäten zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe handeln (die Öffentlichkeitsarbeit könnte als eine Art Annexkompetenz gesehen werden). Je nach Konstellation könnte es sich jedoch auch um Aktivitäten der Privatwirtschaftsverwaltung handeln.

© Foto: Getty Images

Zudem ist zu beachten, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ihrer Mitglieder und teilweise auch von Nichtmitgliedern des Social-Media-Dienstes einen Teil des Geschäftsmodells dieser Dienstanbieter darstellen. Dies wirft datenschutzrechtliche Fragestellungen auf.

Rechtsgrundlage für Facebook?

Das Betreiben von Seiten auf Facebook und Instagram durch das dt. Bundespresseamt (BPA) werden als rechtlich problematisch betrachtet. Der Bundesdatenschutzbeauftragte hat dem BPA im Februar 2023 die Nutzung ihrer Facebook-Seite aufgrund datenschutzrechtlicher Unzulänglichkeiten untersagt.[4] Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.
Das Datenschutzrecht ist jedenfalls nicht nur von den jeweiligen Plattformbetreibern einzuhalten, sondern auch von Städten und Gemeinden, wenn diese solche Dienste verwenden. Jede Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Nutzung „Sozialer Netzwerke“ durch Städte und Gemeinden benötigt jeweils eine Rechtsgrundlage.

Personenbezogene Daten

Bei dem angewendeten datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestand kann es sich etwa um die Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder die Ausübung öffentlicher Gewalt handeln, die der datenschutzrechtlich verantwortlichen Stadt oder Gemeinde durch weitere Regelungen übertragen (Art. 6 Abs. 1 lit e DSGVO) wird.
So wird im ministeriellen Bereich die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit – auch wenn dies von der Datenschutzbehörde als unzureichend angesehen wird – häufig auf Art. 6 Abs. 1 li e DSGVO iVm Teil 1 Z 10 der Anlage 2 zum Bundesministeriengesetz (BMG) gestützt. Dabei handelt es sich um eine Bestimmung, welche den Wirkungsbereich der Bundesministerien näher definiert, jedoch nicht um einen ausreichenden Erlaubnistatbestand für einen Eingriff in das Recht auf Geheimhaltung.[5]
Es ist zudem denkbar, die informierte Einwilligung der Betroffenen einzuholen. Die Beurteilung der Frage, ob bzw. wann Einwilligungen durch Benutzer:innen im Social-Media-Kontext rechtlich gültig sind, kann im Kontext von öffentlichen Stellen bereits aufgrund des möglichen Machtungleichgewichts herausfordernd sein (siehe ErwG 43 DSGVO).
Da es dem Gesetzgeber obliegt, per Rechtsvorschrift die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten zu schaffen, scheiden zudem berechtigte Interessen als Erlaubnistatbestand für Verarbeitungen durch Behörden, die diese in Erfüllung ihrer Aufgaben vornehmen, aus. Berechtigte Interessen und die Einwilligung könnten jedoch im Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung taugliche Erlaubnistatbestände für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bilden.[6]
Die Einwilligung ist jedenfalls notwendig, wenn über den Mitglieder-Account der Stadt oder der Gemeinde personenbezogene Daten (z. B. über das Nutzerverhalten) der Nutzer:innen gesammelt oder weitergegeben werden (z. B. mittels Tracking-Mechanismen). Sie ist ebenfalls erforderlich, wenn auf der Website Elemente wie Plug-ins und einwilligungsbedürftige Analyse-Tools wie etwa Google Analytics eingebunden werden.
Zusätzlich ist zu beachten, dass die datenschutzrechtlichen Transparenzgebote eingehalten werden müssen und somit die Betroffenen ausreichend zu informieren sind.
Soweit Städte und Gemeinden zusammen mit dem Social-Media-Dienst gemeinsam verantwortlich für Datenverarbeitungen im Sinne von Art. 26 DSGVO sind, muss zudem dazu eine vertragliche Vereinbarung vom dem Diensteanbieter getroffen werden. Sofern möglich, sollten beim Einsatz des jeweiligen Dienstes sämtliche Insights (bzw. vergleichbare) Funktionen deaktiviert werden.

Fazit

Aufgrund der unklaren Rechtslage wären eigene Regelungen bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit wünschenswert.[7]
Zu empfehlen ist jedenfalls, dass Städte und Gemeinden stets alternative Informations- und Kommunikationswege anbieten, damit Bürger:innen nicht gezwungen werden, soziale Netzwerke zu verwenden.



HEIDI SCHEICHENBAUER

ist als Senior Consultant und Senior Researcher im Research Institute – Digital Human Rights Center tätig.

NEWSLETTER UND LINK

Newletter:

Link:
www.networkfairdata.at

1 Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI), Datenschutz, öffentliche Stellen, Tik Tok (2024), abrufbar unter www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/datenschutz-oeffentliche-stellen-tik-tok/

2 LfDI, Wesentliche Anforderungen an die behördliche Nutzung „Sozialer Netzwerke“ (2020), abrufbar unter www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2020/02/Wesentliche-Anforderungen-an-die-beh%C3%B6rdliche-Nutzung-Sozialer-Netzwerke.pdf

3 Siehe dazu auch Scheichenbauer/Seidl, Die verwaltungsrechtliche Einordnung von Internet-Recherchen durch Verwaltungsbehörden, Jahrbuch Datenschutzrecht 2022, 49.

4 Siehe dazu Pressemitteilung 6/2023 des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit unter www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/06-Untersagung-Betrieb-Fanpage-BReg.html

5 Siehe Entscheidung der Datenschutzbehörde vom 12. 4. 2019, GZ: DSB-D123.591/0003-DSB/2019.

6 Siehe dazu etwa auch Frenzel in DSGVO Art 7 Rz 19.

7 Siehe eine ähnliche Diskussion in Deutschland, wo ein Gesetz zur Öffentlichkeitsarbeit gefordert wird. LfDI, Wesentliche Anforderungen an die behördliche Nutzung „Sozialer Netzwerke“ (2020), abrufbar unter www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/wp-content/uploads/2020/02/Wesentliche-Anforderungen-an-die-beh%C3%B6rdliche-Nutzung-Sozialer-Netzwerke.pdf

© Foto: Ludwig Schedl/office@ludwigschedl.com

Vergabe von Gemeindezeitungen

Umsetzungstipps für regionale Vergaben

Gemeindezeitungen, Veranstaltungseinladungen, Informationsschreiben, Flyer und vieles mehr – Gemeinden haben oftmals eine Vielzahl an Informationen, die über Printmedien an die Bevölkerung gebracht werden sollen. In Zeiten von Social Media stellen diese Printmedien – insbesondere Gemeindezeitungen – ein wichtiges und verlässliches Publikationsmedium dar, um sämtliche Bevölkerungsgruppen im kommunalen Bereich mit Informationen zu versorgen. Da Gemeinden sogenannte „öffentliche Auftraggeber" sind, haben sie bei der Abwicklung von solchen Beschaffungsvorgängen die Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes (BVergG) einzuhalten – und zwar zusammengefasst immer dann, wenn sie diese Leistungen am Markt bei einem Dritten (also einem externen Dienstleister) in Auftrag geben.



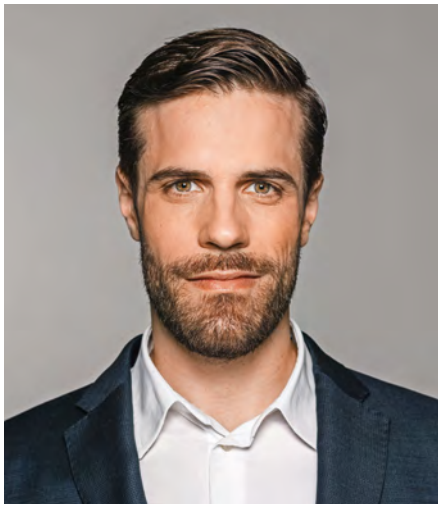
Die einzelnen Schritte

Bei der Planung der (Neu-)Vergabe von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Gemeindezeitungen ist eine ganze Reihe zu beachten. In einem ersten Schritt ist zu prüfen, welche konkreten (Dienst-)Leistungen ausgeschrieben werden sollen und müssen. Bei Aufträgen im Zusammenhang mit Gemeindezeitungen handelt es sich (im Regelfall) um sogenannte Dienstleistungsaufträge im Sinne des BVergG. Im Ergebnis kann es sich z. B. um die Vergabe von reinen Druckleistungen handeln (wenn die Redaktion und Auslieferung der Gemeindezeitung z. B. von eigenen Gemeindemitarbeiter:innen abgedeckt wird) oder um ein „Gesamtpaket" – also die Beauftragung eines externen Dienstleisters mit Redaktion, Druck und Auslieferung der Gemeindezeitung.

Zuallererst muss eine (dokumentierte!) Auftragswertschätzung vorgenommen werden. Dabei gilt der Grundsatz, dass nicht nach objektiven Gesichtspunkten zusammengehörende Aufträge auf mehrere Vergaben aufgeteilt werden dürfen, um so gewisse Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes zu umgehen (sogenanntes „Splitting-Verbot"). Welche Teilprojekte zusammengehören, ist nach dem vom EuGH entwickelten Vorhabensbegriff zu prüfen: Handelt es sich funktional um ein Vorhaben, sind alle Auftragswerte zusammenzurechnen; handelt es sich um mehrere getrennte Projekte, muss keine Zusammenrechnung erfolgen. Bei einer periodisch erscheinenden Gemeindezeitung stellen somit die einzelnen Auflagen ein gemeinsames Vorhaben dar und sind daher zur Bestimmung des Auftragswerts zusammenzurechnen. Hingegen stellen z. B. der Druck von Informationsschreiben und der Druck von Gemeindezeitungen kein gemeinsames Projekt dar und sind daher auch nicht zusammenzurechnen – es sei denn, diese Schreiben werden mit den Gemeindezeitungen mitverteilt oder erscheinen gleichzeitig mit den Gemeindezeitungen. Dann würde schon wieder ein gemeinsames Vorhaben vorliegen.

© Foto: Kunz





Lisa Rebisant und Clemens Hauser sind Rechtsanwälte der Schiefer Rechtsanwälte GmbH, der führenden Kanzlei für öffentliche Auftragsvergabe. Die Kanzlei wickelt zahlreiche Vergabeverfahren im kommunalen Bereich ab.

Vergabeverfahren

Hat man den Auftragswert bestimmt, stellt sich die Frage nach der Wahl des richtigen Vergabeverfahrens. Aufgrund der Schwellenwerteverordnung können sämtliche Dienstleistungsaufträge mit einem geschätzten Auftragswert von bis zu EUR 100.000,– direkt vergeben werden (die Gemeinde kauft diesfalls weitgehend „wie ein Privater“ ein). Insbesondere bei kleineren Gemeinden, bei welchen die Auflagen der Gemeindezeitungen in größeren Abständen erscheinen, kann mit diesem Wert oftmals das Auslangen gefunden werden. Aus Compliance-Gründen sollten aber auch bei Direktvergabe zumindest drei Vergleichsangebote eingeholt werden.

Überschreitet die Auftragswertschätzung die Grenze von EUR 100.000,–, muss ein förmliches Vergabeverfahren durchgeführt werden, wobei sich bei Druckaufträgen das offene Verfahren anbietet. Bei einem offenen Verfahren wird eine potenziell unbeschränkte Anzahl an Unternehmern (in diesem Fall Druckereien) zur Angebotsabgabe eingeladen. Vorteil des offenen Verfahrens ist, dass es zumeist sehr rasch und unkompliziert abgewickelt werden kann. Nachteil ist, dass eben ein unbeschränkter Unternehmerkreis zur Angebotsabgabe aufgefordert wird und damit – zumindest auf den ersten Blick – nicht sichergestellt werden kann, dass auch regionale Druckereien zum Zug kommen.

In der Region bleiben

Damit trotz des unbeschränkten Bieterkreises regionale Druckereien nicht außen vor bleiben, können in der Praxis Gemeinden eine Reihe an Maßnahmen ergreifen, um Regionalität zu fördern:

Festlegung des Bestbieterprinzips und entsprechende Gestaltung der Zuschlagskriterien zugunsten der Qualität: Es empfiehlt sich auch in Fällen, in denen keine gesetzliche Verpflichtung dazu besteht, ein Bestbieterprinzip festzulegen. Beim Bestbieterprinzip wird der Zuschlagsempfänger nicht nur anhand des günstigsten Angebotspreises ermittelt, sondern erfolgt die Ermittlung des Zuschlagsempfängers nach den vom Auftraggeber in der jeweiligen Ausschreibungsunterlage festgelegten Verhältnis von Preis zu Qualität. Im Rahmen der Zuschlagskriterien steht es der Gemeinde frei, bestimmte Qualitätskriterien festzulegen und diese positiv zu bewerten. So kann z. B. von den Bietern ein Konzept gefordert werden, in dem sie den geplanten Ablauf der Leistungserbringung im Detail darstellen.

Berücksichtigung ökologischer Kriterien: Gemäß § 20 Abs 5 BVergG ist bei Vergabeverfahren auf die Umweltgerechtheit der Leistung Bedacht zu nehmen. Im Zusammenhang mit der Ausschreibung von Gemeindezeitungen können dabei etwa im Rahmen der Eignungskriterien ökologische Vorgaben an die Qualität und Herstellungsart des verwendeten Papiers festgelegt werden (z. B. verpflichteter Einsatz von Recyclingpapier). Weiters können z. B. im Rahmen von Zuschlagskriterien kurze Transportwege und/oder der Einsatz emissionsarmer Fahrzeuge zur Auslieferung der Gemeindezeitungen positiv bewertet werden.

Wertschöpfung in der Region/Berücksichtigung sozialer Kriterien: Angedacht werden könnte auch, die Wertschöpfung in der Ausschreibungsregion zu bewerten. Positiv würde diesfalls hervorgehoben werden, wenn Bieter Mitarbeiter:innen aus der Region beschäftigen, regionale Kleinstunternehmen eingebunden werden oder Beiträge zur Erhöhung der Kommunalsteuer geleistet werden. Dieses Kriterium muss allerdings behutsam verwendet werden, da es in einem gewissen Spannungsverhältnis zum primärrechtlichen Diskriminierungsverbot steht. Gemäß § 20 Abs 6 BVergG können weiters auch soziale Kriterien im Rahmen des Bestbieterprinzips positiv bewertet werden. Denkbar wäre etwa eine Quotenregelung für Frauen in Führungspositionen, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer:innen, Lehrlingsbeschäftigung oder die Einstellung von Menschen mit Behinderung.

Durch die Einhaltung dieser Grundsätze und den Einsatz entsprechender Qualitätskriterien bei der Vergabe von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Gemeindezeitungen haben Gemeinden es in der Hand, durch die entsprechende Gestaltung von Vergabeverfahren einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten, dass regionale Printmedien wie Gemeindezeitungen weiterhin Bestand haben, was einerseits einen wichtigen Beitrag zur Information der Bevölkerung mit qualitätsgesicherten Fakten und andererseits auch zur regionalen und kommunalen Wertschöpfung leisten kann.

© Fotos: Studio Koekart

Arbeitsprojekte-Kommunalsteuerbefreiung?

Seitens unterschiedlicher Sozialorganisationen werden zuletzt immer häufiger Arbeitsprojekte angeboten und gleichzeitig eine Abgabenbefreiung nach § 8 Zi 2 KommStG geltend gemacht; in der kurzen Abhandlung soll untersucht werden, inwieweit eine Kommunalsteuerbefreiung dermaßen rechtlich möglich wäre.

Peter Mühlberger, Konsulent Österreichischer Städtebund

I. Sachverhalt

Verschiedene, auch in Zusammenarbeit mit dem FAB und BFI agierende, (gemeinnützige) Organisationen bieten ebenso wie der Verein zur Förderung von Arbeit und Beruf (FAB) unterschiedliche Arbeitsprojekte an, um arbeitslosen Menschen, aber vor allem auch Jugendlichen und älteren Menschen oder Langzeitarbeitslosen oder schwer am Arbeitsmarkt vermittelbaren Personen eine Perspektive zur Beschäftigung einerseits und eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt andererseits zu geben. Es stellt sich daher die berechtigte Rechtsfrage, inwieweit derartige arbeitsmarktspezifische Maßnahmen unter einen Befreiungstatbestand zu subsumieren wären.

II. Gesetzeslage

Nach § 8 Zi 2 KommStG sind Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen, soweit sie mildtätigen und/oder gemeinnützigen Zwecken auf dem Gebiet der Gesundheitspflege, Kinder-, Jugend-, Familien-, Kranken-, Behinderten-, Blinden- und Altersfürsorge dienen, von der Kommunalsteuer befreit (§§ 34 bis 37, §§ 39 bis 47 der Bundesabgabenordnung sind anwendbar).

Der Gesetzgeber hatte bewusst eine taxative Aufzählung der befreiungswürdigen Tatbestände vorgesehen und bietet keinen gesetzlichen Raum für weitere Fürsorgetatbestände, wie dies auch vereinzelt aus den Gesetzesmaterialien oder der Rechtsprechung zu entnehmen ist.

Die im ehemaligen Gewerbesteuergesetz enthaltenen Rechtsnormen der Lohnsummensteuer kannten zwar eine Befreiung hinsichtlich der Lehrlingsentschädigungen, aber keine Befreiung hinsichtlich irgendwelcher „Fürsorgetatbestände". Nachdem der Gesetzgeber mit der Kommunalsteuer als Nachfolgesteuer der Lohnsummensteuer ein gleiches Abgabenaufkommen wie bei der Lohnsummensteuer erreichen und Ausfälle aus der Gewerbesteuer durch einen mit 3 % bei der Kommunalsteuer gegenüber der Lohnsummensteuer mit 2 % erhöhten Abgabesatz abfedern wollte, war im Gesetzesentwurf zur Kommunalsteuer ursprünglich keine Befreiung von Fürsorgeleistungen vorgesehen, zuletzt wurde aber dem „Druck" von NGO-Organisationen stattgegeben und eine Abgabebefreiung im Zusammenhang mit bestimmten Fürsorgeleistungen vorgesehen.

Eine auch im Abgabenrecht zulässige teleologische wie grammatikalische Interpretation der Gesetzesregelung des § 8 Zi 2 KommStG ergibt jedoch, dass es sich bei dieser Befreiungsbestimmung um keine demonstrative und damit beispielhafte, sondern durch die Aufzählung der einzelnen befreiungswürdigen Fürsorgetatbestände um eine taxative Aufzählung von befreiungswürdigen Tatbeständen an Fürsorge, ergänzend durch Gesundheitspflege, handelt.

III. Fürsorge

Die Fürsorgetatbestände wurden legistisch expressis verbis angeführt, wie Kinder-, Jugend-, Alten-, Blinden-, Behinderten- und Krankenfürsorge, und der Gesetzgeber hat bewusst jene Fürsorgetatbestände oder abgabenbefreite Leistungen angeführt, für welche eine Abgabenbefreiung zum Tragen kommen könnte; Aktivitäten zur Eingliederung von arbeitslosen bzw. schwer vermittelbaren Personen in den Arbeitsmarkt sind dabei nicht genannt und es können derartige Aktivitäten grundsätzlich nicht unter einen der genannten Fürsorgetatbestände subsumiert werden.

Fürsorge wird vielfach als Sozialhilfe im Rahmen der Selbstverwaltung interpretiert, wobei die öffentliche Fürsorge aus dem aus der Aufklärung stammenden Wohlfahrtsgedanken abgeleitet werden kann; unter öffentlicher Fürsorge wird die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bei individueller menschlicher Notlage, welche nicht durch Selbsthilfe oder Leistungen anderer Personen (Dritter) beseitigt werden kann, verstanden; deshalb auch der Hinweis auf Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit.

Maßnahmen der Arbeitsintegration sind allerdings in der Regel nicht unter diesen Fürsorgebegriff zu subsumieren, zumal bei der Arbeitsvermittlung im Interesse der Vollbeschäftigung und der Stabilität des Arbeitsmarktes der notwendige Gedanke der Selbstlosigkeit etwas in den

Hintergrund tritt und überdies nach einer Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes Niederösterreich vom 21. 8. 2023, LVwG-AV-1904/001-2022, selbst die Arbeitsmarktintegration von Arbeitslosen nicht unter den Befreiungstatbestand subsumiert werden könne.

IV. Befreiungsvoraussetzungen

IV. I Mildtätigkeit

Als Argument für die Abgabenbefreiung wird immer wieder Mildtätigkeit angeführt. Mildtätig (humanitär oder wohltätig) sind solche Zwecke, welche ausschließlich und unmittelbar darauf gerichtet sind, hilfsbedürftige Personen zu unterstützen. Hilfsbedürftig sind insbesondere solche Menschen, wenn weder das Einkommen noch ihr Vermögen ausreichen, um den notwendigen Lebensunterhalt zu gewährleisten. Hilfsbedürftigkeit bedeutet aber nicht nur den Zustand materieller Not, sondern es müssen auch Menschen dieser Kategorie zugeordnet werden, welche wegen ihrer körperlichen oder geistigen Verfassung auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen sind, wie etwa bei Rettungseinsätzen; den mildtätigen Zwecken sind nach der Rechtsprechung (VwGH 13. 10. 1983, 82/15/0128) auch gleichgestellt die karitativen Zwecke. Mildtätigkeit ist daher ein sehr schillernder Begriff, welcher allerdings auf bestimmte menschliche Notfälle einzuschränken und grundsätzlich nicht auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu erweitern sein wird. Dies wird auch in der angeführten Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes NÖ entsprechend beurteilt, wonach „im Hinblick auf den Stand der heutigen Sozialgesetzgebung nicht gesagt werden könne, dass Arbeitsunfähigkeit unumgänglich mit menschlicher Not gleichzusetzen wäre und daher alle arbeitsunfähigen Personen auch als hilfsbedürftig angesehen werden können“.

IV. II Gleichheitsgebot

Vielfach wird die angeblich unterschiedliche steuerrechtliche Behandlung des Unternehmensbereiches bei staatlichen und damit hoheitlichen Fürsorgeeinrichtungen einerseits und ausgegliederten oder privatrechtlich selbstständigen Fürsorgeorganisationen andererseits kritisiert. Dem ist entgegenzuhalten, dass das Steuerrecht sehr wohl gleichheitskonform unterschiedliche Sachverhalte, wie staatliche Fürsorge und private NGO-Projekte, auch rechtlich differenziert behandelt wissen will, wie etwa die ausgegliederte und von einem Verein realisierte Vorsorgemedizin des Landes bei gleichzeitiger Subventionierung des Vereins durch entsprechende, notwendige Landesförderungsmittel als entgeltlicher und damit steuerbarer Leistungsaustausch bewertet wurde (VwGH 25. 2. 2004, 2003/13/0159).

Die vielfach als Argument gegen einen steuerbaren Leistungsaustausch angesprochene VwGH-Entscheidung vom 24. 11. 1999, 95/13/0185, ist keinesfalls verallgemeinernd, sondern sehr fallspezifisch zu bewerten, weil, abgesehen von Verfahrensmängeln, in diesem Anlassfall im Hinblick auf das Unterbringungsgesetz nicht freiwillig vereinbarte, sondern gesetzlich verpflichtende, daher nicht steuerbare Finanzleistungen nach dem Vereinssachwalter- und Patientenanwaltgesetz vorlagen.

Erwähnt werden sollte dabei allerdings, dass vom Arbeitsmarktservice gewährte Beihilfen nach § 34 Arbeitsmarktservicegesetz nicht unter einen steuerbaren Leistungsaustausch zu subsumieren wären (siehe § 34 Abs. 8 Arbeitsmarktservicegesetz).

IV. III Fürsorgemaßnahmen

Fürsorgemaßnahmen betreffen alle Finanz- und Sachleistungen zur Abwendung kritischer Lebenslagen und Lebenssituationen und vor allem gesetzlich determinierte Maßnahmen aus öffentlichen Mitteln zur Sicherung des Lebensbedarfs, nicht aber alle denkbar möglichen Sozialprojekte. Selbst der Verwaltungsgerichtshof lehnt die Subsumtion sämtlicher, wenn auch sinnvoller wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen unter den abgabebefreiten Fürsorgebegriff ab (VwGH 28. 5. 2019, Ra 2018/15/0030) und akzeptiert dies nur etwa bei gezielten Jugendfürsorgemaßnahmen von alkohol- oder drogenabhängigen Jugendlichen, wie etwa auch bei den im Rahmen der Bewährungshilfe unbedingt notwendigen Maßnahmen, um Haftentlassenen zu helfen, die nach ihrer Entlassung notwendigsten Lebensbedürfnisse zu decken, zumal diese durch die Strafvollzugsmaßnahmen Arbeit und Wohnung und damit die dringendsten Lebensbedürfnisse verloren haben, weshalb diese Maßnahmen den mildtätigen Maßnahmen gleichzusetzen wären (VwGH 20. 11. 2019, Ra 2019/15/0103).

Die immer wieder „strapazierte“ höchstgerichtliche Entscheidung vom 23. 9. 2010, 2004/15/0100, kann ebenfalls im Zusammenhang mit Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprojekten nicht berücksichtigt werden, weil das Höchstgericht im konkreten Anlassfall lediglich anregte zu prüfen, ob ein konkretes Arbeitsprojekt dazu diene, „Langzeitarbeitslosen mit physischen, psychischen und damit sozialen Defiziten eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen“. Daraus ist aber rechtlich zu folgern, dass nicht Arbeitsprojekte im Allgemeinen, sondern nur in Ausnahmefällen unter den gesetzlichen Befreiungstatbestand des § 8 Zi 2 KommStG subsumiert werden könnten, um beispielsweise psychisch oder physisch beeinträchtigte bzw. behinderte Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren, was einer Behindertenfürsorge gleichzusetzen wäre. Der Verallgemeinerung von Arbeitsprojekten unter Fürsorgemaßnahmen entspricht auch nicht die höchstgerichtliche Entscheidung vom 15. 9. 2016, 2013/15/0262, zu den sogenannten Implacement- oder Stiftungsprojekten im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarktservice, wonach ausdrücklich vom Höchstgericht darauf hingewiesen wird, dass selbst Ausbildungs- und Schulungskomponenten anlässlich der Arbeitsintegration nicht gegen ein kommunalsteuerpflichtiges Dienstverhältnis sprechen.

Erwähnt werden sollten auch die vermehrt eingerichteten Lehrlingsprojekte im Rahmen von Kfz-Werkstätten oder Handelsmärkten, um lernbeeinträchtigten Lehrlingen eine besondere Lehrausbildung zukommen zu lassen und damit besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Wenn auch die Finanzierung und Ausgestaltung bzw. Lehrlingseinstel-

lung derartiger Lehrlingsprojekte unter Berücksichtigung gewisser Normen des Behinderteneinstellungsgesetzes erfolgen, handelt es sich bei diesen Lehrlingen keinesfalls um Behinderte nach dem Behinderteneinstellungsgesetz und auch keinesfalls um Jugendliche in einer psychischen oder physischen Notlage, sondern rechtlich nachweislich um Arbeitsmarktprojekte von Rechtsträgern, welche den Statuten oder Satzungen nach eindeutig auf Arbeitsmarktintegration ausgerichtet sind.

Wenn zuweilen mit diesen Arbeitsmarktprojekten ein unentbehrlicher Hilfsbetrieb geltend gemacht wird, so sollte diesbezüglich auf die strengen gesetzlichen Voraussetzungen für einen solchen unentbehrlichen Hilfsbetrieb nach § 45 Abs. 2 BAO hingewiesen werden, wonach es sich bei derartigen Einrichtungen um keinen gewinnorientierten Gewerbetrieb, sondern wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb handeln müsse, der Geschäftsbetrieb in seiner Gesamteinrichtung auf den Fürsorgezweck ausgerichtet sei (bei einem typischen Werkstätten- oder Handelsbetrieb kaum anzunehmen), der Fürsorgezweck nur durch diesen Geschäftsbetrieb realisierbar wäre (Lehrlings- oder Berufsausbildung vielschichtig möglich) und der Geschäftsbetrieb nicht zu ähnlichen oder gleichartigen Betrieben über den Fürsorgezweck hinaus in Wettbewerb trete, was allerdings in den meisten Fällen zutrifft. Daher könne eine Lehrlings- oder Berufsausbildung im Rahmen derartiger „Fürsorgeeinrichtungen“ nicht unter den befreiungswürdigen Fürsorgetatbestand nach § 8 Zi 2 KommStG subsumiert werden.

Resümee

Arbeitsintegration – zu Unrecht als Arbeitsfürsorge bezeichnet – zählt nicht zu den gesetzlich vorgegebenen Fürsorgetatbeständen, welchen der Gesetzgeber eine Abgabenbefreiung zuteil werden lassen wollte; eine solche Abgabenbegünstigung könnte lediglich in geprüften Einzelfällen zuteil werden, wenn nachweislich schwer psychisch oder physisch beeinträchtigte Menschen fürsorgemäßig betreut würden, doch wäre dann eine potenzielle Abgabenbegünstigung in einem der vorgegebenen Fürsorgetatbeständen, wie etwa Behindertenfürsorge, rechtlich zu prüfen.

Sichtbare religiöse Symbole

EuGH bestätigt religiöse Neutralitätspolitik in Gemeindeverwaltung.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat sich in einem Vorabentscheidungsverfahren am 28. November 2023 mit der Auslegung der Richtlinie 2000/78/EG befasst, die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf verbietet. Konkret ging es um die Frage, ob eine interne Regel einer Gemeindeverwaltung, die es dem Personal verbietet, am Arbeitsplatz sichtbare Zeichen weltanschaulicher oder religiöser Überzeugungen zu tragen, gerechtfertigt ist, um ein neutrales Verwaltungsumfeld zu schaffen.

Der Fall einer belgischen Gemeinde wurde dem EuGH vom Arbeitsgericht Lüttich vorgelegt, nachdem eine Vertragsbedienstete der Gemeinde geklagt hatte. Der Gerichtshof hielt fest, dass eine Regelung keine unmittelbare Diskriminierung darstellt, wenn sie unterschiedslos für alle Arbeitnehmer:innen gilt und keine Ungleichbehandlung aufgrund von Religion oder Weltanschauung begründet. Allerdings muss geprüft werden, ob die Regelung nicht zu einer mittelbaren Diskriminierung führt, indem sie bestimmte Religionen oder Weltanschauungen besonders benachteiligt.

Der EuGH sah in der Regelung der Gemeinde ein rechtmäßiges Ziel, nämlich die Umsetzung des Neutralitätsgrundsatzes des öffentlichen Dienstes, der in der belgischen Verfassung verankert ist. Die Politik der „exklusiven Neutralität" kann somit sachlich gerechtfertigt sein. Die Richtlinie 2000/78/EG lässt den Mitgliedstaaten einen Spielraum, um den Platz der Religion oder weltanschaulichen Überzeugungen im öffentlichen Sektor



zu bestimmen. Die interne Regel muss jedoch geeignet sein, das Ziel der Neutralität kohärent und systematisch zu verfolgen und sich auf das Notwendige beschränken. Bei der Abwägung der betroffenen Rechte und Belange muss das vorlegende Gericht die Grundrechte und den Neutralitätsgrundsatz berücksichtigen.

Zusammenfassend kann eine Regelung, die das Tragen sichtbarer Zeichen weltanschaulicher oder religiöser Überzeugungen verbietet, gerechtfertigt sein, um ein neutrales Verwaltungsumfeld zu schaffen, sofern sie geeignet und erforderlich ist und die verschiedenen Rechte und Belange angemessen berücksichtigt werden.

EuGH 28.11.2023, Rs C-148/22

© Foto: Getty Images



v.l.n.r. Oliver Stribl (Wien Holding), Clemens Pig (APA), Susanne Ebm (Flughafen Wien AG), Corinna Drumm (VÖP), Laura Sanjath (A1 Telekom Austria), Sophie Martinetz (WU Wien), Barbara Czak-Pobeheim (FH Technikum Wien), Natalie Ségur-Cabanac (T-Mobile Austria GmbH), Stadtrat Peter Hanke

Perspektiven rund um Künstliche Intelligenz

Im Rahmen des ersten „Vienna Economic Summit" Anfang November 2024 stellten Wirtschafts- und Finanzstadtrat Peter Hanke und Wien Holding-Geschäftsführer Oliver Stribl gemeinsam mit Journalist*innen und renommierten Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Verwaltung den Sammelband „Digitale Melange" vor. Das Buch vereint Perspektiven und Expert*innenenwissen rund um Künstliche Intelligenz (KI) und beleuchtet die Chancen und Herausforderungen, die KI für Wirtschaft, Forschung, Politik und Verwaltung bietet.

Praktische Anwendungen und Best Practices

Das Buch bietet eine spannende Mischung aus praktischen Anwendungsbeispielen und tiefgehenden Diskussionen über KI. Es stellt Initiativen wie die European NewsTech Alliance vor und beleuchtet das Thema Bias in KI-Systemen. Beispiele aus Wirtschaft, Recht und Bildung zeigen aktuelle und zukünftige Potenziale von KI. Besonders hervorzuheben ist die bedeutende Rolle der Medien und Telekommunikation für den verantwortungsvollen Umgang mit KI.

Digitale Agenda 2030: Fortschritt mit sozialer Verantwortung

Das Buch behandelt auch die Digitale Agenda 2030 der Stadt Wien und die Strategien der Stadtverwaltung, die technologische Fortschritte nutzen, um den Alltag der Bürger*innen zu verbessern, gleichzeitig aber auch auf die Herausforderungen der Digitalisierung reagieren. Auch bei der Wien Holding kommen KI-Technologien immer stärker zum Einsatz: „30 Prozent der digitalen Projekte, die im Rahmen unseres Strategieprogramms bis 2025 umgesetzt werden, basieren bereits auf KI-Technologien. Das ermöglicht uns, KI in der Praxis besser zu verstehen und auf diesem Wissen weiter aufzubauen", erläuterte Wien Holding Geschäftsführer Mag. Oliver Stribl bei der Präsentation des Sammelbands.

Ab sofort erhältlich

Das Buch „Digitale Melange - Beiträge zur künstlichen Intelligenz aus Wirtschaft, Forschung, Politik und Verwaltung" ist als eBook oder Taschenbuch erhältlich (Herausgeber: Wien Holding GmbH, Verlag: Bohmann, 224 Seiten, ISBN 978-3-99015-058-0).

Bezahlte Anzeige | © Fotos: WH Media

Ertragsanteilsvorschüsse für November 2024

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 11/2024[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 11/2023 in %	Ertrag für 01–11/2024 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–11/2023 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**583.233**	**12,8%**	**6.486.050**	**8,4%**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	52.762	15,0%	470.005	-2,2%
Lohnsteuer	350.835	7,4%	4.255.133	16,1%
Kapitalertragsteuer	21.815	0,2%	379.667	-2,5%
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	21.473	175,3%	112.837	57,7%
Körperschaftsteuer	135.532	21,5%	1.239.367	-8,5%
Stabilitätsabgabe	114	304,2%	16.000	20,6%
Sonstige Steuern (gesamt)	**469.158**	**-8,2%**	**5.574.696**	**-2,7%**
davon:				
Umsatzsteuer	249.110	-16,8%	3.373.990	-0,5%
Tabaksteuer	22.087	-1,3%	230.684	2,9%
Biersteuer	2.158	-8,5%	21.162	0,1%
Mineralölsteuer	24.216	-43,2%	419.331	-6,0%
Alkoholsteuer	1.371	-24,2%	16.639	-11,4%
Energieabgabe	-1.912		783	
Normverbrauchsabgabe	5.635	1,3%	59.610	12,4%
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	112.438	32,0%	931.024	-13,8%
Versicherungssteuer	17.173	6,4%	169.420	6,9%
Motorbezogene Versicherungssteuer	30.154	2,2%	280.126	0,0%
KFZ-Steuer	99	-25,6%	6.739	0,0%
Konzessionsabgabe	3.807	8,6%	36.242	4,5%
Kunstförderungsbeitrag	0		425	-72,6%

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile *)

	Ertrag für 11/2024[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 11/2023 in %	Ertrag für 01–11/2024 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–11/2023 in %
Burgenland	26.847	1,2%	311.395	3,5%
Kärnten	62.068	-1,1%	726.639	2,2%
Niederösterreich	175.420	3,8%	1.981.216	2,8%
Oberösterreich	164.177	1,1%	1.898.607	3,4%
Salzburg	71.454	0,2%	823.517	2,2%
Steiermark	129.665	2,7%	1.491.872	2,3%
Tirol	92.355	4,8%	1.056.343	3,3%
Vorarlberg	50.150	2,7%	566.522	2,5%
Wien	280.253	2,7%	3.205.060	3,2%
Summe	**1.052.391**	**2,4%**	**12.061.172**	**2,9%**

*) ohne Zwischenabrechnung



Das KI Manifest

37 Parolen, Thesen und Gebote zur wahren Zukunft der Künstlichen Intelligenz und der menschlichen Kreativität: Matthias Horx hat sich in seinem neuen Buch die Künstliche Intelligenz vorgenommen und hält im „KI Manifest“ ein Plädoyer für den humanistischen Futurismus. Er arbeitet sich an 37 Thesen ab, die er Parolen nennt. Sie reichen von „Ein mächtiges Gespenst geht um in der Welt“ über „Die KI hat das Potenzial, die Bildung zu sabotieren“ bis hin zu „KI erzeugt eine mächtige neue Kaste der Anarcho-Kapitalist*innen“ und „Lasst uns Cyberflaneure werden!“ Im „Nachklang“ geht Horx der Frage nach, warum KI kein einheitliches Symbol hat und empfiehlt uns, gemeinsam ein „echtes Symbol“ zu erfinden.
Das Buch ist leicht zu lesen, in einer handlichen Größe formatiert und in kurzen Absätzen geschrieben. Zitate etwa von Karl Marx oder Helge Schneider lockern den Text auf. Am Ende fragt man sich, ob wir uns bezüglich KI nicht vor den falschen Gefahren fürchten?

Das KI Manifest

Matthias Horx | The Future:Project 2024 | ISBN 978-3-910992-15-3 | € 28,60 | 104 Seiten | Broschur



Plattformen-Recht

Das von Christoph Grabenwarter, Michael Holoubek und Barbara Leitl-Staudinger herausgegebene Buch ist Band 22 der Reihe REM – Recht der elektronischen Massenmedien und befasst sich mit der Governance von Kommunikationsplattformen als eine weltweit wichtige politische Herausforderung. Es wird dargelegt, dass bisherige Regulierungskonzepte nicht ohne Weiteres auf Kommunikationsplattformen übertragbar sind und daher angepasst oder neu entwickelt werden müssen. Untersucht werden spezifische Funktionsweisen von Kommunikationsplattformen, Marktmacht, Plattformregulierung aus grundrechtlicher Perspektive, die Leistungsfähigkeit klassischer Regulierungsinstrumente, Deplatforming, die Bekämpfung von Hate Speech und Fake News sowie Transparenzanforderungen für Plattformen. Mit Beiträgen von Prof.in Natascha Just, Univ.-Prof.in Viktoria Robertson, Univ.-Prof. Michael Holoubek, RA Michael Rami, Univ.-Prof. Matthias C. Kettemann, Univ.-Ass.in Felicitas Rachinger und Marie-Therese Sekwenz.

Regulierung von Kommunikations-plattformen (2022)

Christoph Grabenwarter, Michael Holoubek, Barbara Leitl-Staudinger | MANZ Verlag Wien, 2022 | ISBN 978-3-214-18600-5 | € 48,00 | 124 Seiten | Broschur



Die Wölfe kommen

Das Buch „Wolfsmanagement im Alpenraum“ von Prof. Roland Norer, Ordinarius für Öffentliches Recht und Recht des ländlichen Raums an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern, bietet einen umfassenden Überblick über die rechtlichen Herausforderungen, die sich aus der Rückkehr des Wolfs in die Alpenregion ergeben. Es behandelt die Thematik anhand internationaler Abkommen, supranationalem Recht und nationalen Gesetzen im Bereich Jagd- und Naturschutz. Für kommunale Verwaltungen ist dieses Buch besonders relevant, da es sich mit der Koexistenz von großen Beutegreifern und der Alpwirtschaft auseinandersetzt und Wege für ein proaktives Wolfsmanagement aufzeigt. Dies ist wichtig, um fundierte Entscheidungen im Bereich des Naturschutzes und der regionalen Landwirtschaft treffen zu können.

Wolfsmanagement im Alpenraum

Roland Norer | Verlag Österreich | ISBN 978-3-7083-1398-6 | € 79,00 | 400 Seiten | Softcover



London setzt auf faire Kommunikation

Bürgermeister bringt Online-Toolkit an Schulen.

Gesunde Beziehungen als Unterricht für Volksschulkinder: Das fördert das neue Online-Toolkit, das Bürgermeister Sadiq Khan allen Londoner Volksschulen zur Verfügung gestellt hat. Lehrkräfte werden damit in Onlinekursen für die Durchführung von Workshops geschult, um gesunde und respektvolle Beziehungen und Einstellungen zu fördern. Es gilt, dem schädlichen Einfluss von sozialen Medien und von Persönlichkeiten, die für ihre frauenfeindliche Einstellung bekannt sind, wie etwa Andrew Tate, entgegenzuwirken. Eine Million Pfund (ca. 1,2 Millionen Euro) investierte der Bürgermeister in das Tool, das von einem Bildungsexperten entwickelt wurde. „Es ist nie zu früh, jungen Londoner:innen beizubringen, wie wichtig es ist, einander fair und freundlich zu behandeln. Und es ist wichtig, dass junge Burschen und Mädchen etwas über Gleichheit und gegenseitigen Respekt lernen“, so Khan.



Kinderfreundliches Helsinki

Finnische Hauptstadt von der UNICEF ausgezeichnet

2021 trat Helsinki der UNICEF-Initiative für kinderfreundliche Städte bei. Das Programm soll Städten dabei helfen, Verbesserungsbereiche zu identifizieren und sicherzustellen, dass die Kinderrechte gewahrt werden. Helsinki hat sich dabei unter anderem zum Ziel gesetzt, Pädagog:innen und Jugendarbeiter:innen zum Thema Kinderrechte zu schulen, klare Richtlinien für die Durchführung von Beurteilungen der Auswirkungen auf Kinder bei städtischen Entscheidungen zu implementieren, einen systematischen, kinderfreundlichen Ansatz zur Erfassung von Feedback zu städtischen Dienstleistungen zu schaffen, Mobbing vorzubeugen und soziale Inklusion in Diensten für Kinder zu fördern sowie Sicherheitsgefühl von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum durch verbesserte Interaktionen zu stärken.
Die UNICEF erkennt diese Bemühungen mit der Auszeichnung, die zwei Jahre gilt, nun an.

Paris unterstützt Alleinerziehende

Neue Karte bringt Rabatte.

In Paris gibt es 75.200 Ein-Personen-Haushalte mit Kind. Alleinerzieher:innen machen 31 Prozent der Haushalte der „ville lumiére“ aus – die große Mehrheit sind Frauen, fast jede zweite davon lebt an der Armutsgrenze. Ihnen will die Stadt Paris jetzt mit einer neuen „carte parents solos“ unter die Arme greifen. Inhaber:innen der Karte sollen in den Genuss von Rabatten für Kinderkrippen, beim Schul-Essen oder bei der Nachmittagsbetreuung kommen. Ebenso gibt es mit der Karte Vergünstigungen für Freizeit-, Kultur- und Sportangebote. Die „carte parents solos“ berechtigt auch zur Freifahrt für Kinder in den Öffis und kann zur Buchung von geförderter Kinderbetreuung – also Babysitter – genutzt werden. Single-Eltern mit kleinem Einkommen können die Karte ab Frühjahr 2025 über die Steuererklärung beantragen.



© Fotos: Getty Images



74. Österreichischer Städtetag von 21. bis 23. Mai 2025 in Eisenstadt

Wir wünschen ein wunderschönes Weihnachtsfest, erholsame Tage und ein gutes Jahr 2025!

Thomas Weninger
Generalsekretär

und das Team
des Österreichischen
Städtebundes

Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine und Änderungen auf www.staedtebund.gv.at

Jänner

29. und 30. 1.	FA Personalmanagement	Dornbirn

Kontakt

oegz@staedtebund.gv.at

Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 12/2024 • 1/2025 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verlag: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Geschäftsführung: KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89983, Mitarbeit: Kevin Muik, Johannes Schmid • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2024: 10 Ausgaben • Cover: Getty Images, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: Tel. +43(0)1 740 32-725, +43(0)664 88 32 50 60, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme, Verkauf und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1 740 32-733, Verkauf: Julia Luef-Rötzer, +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.



Ausblick ÖGZ 2/2025

Schwerpunkt Wohnen

Gemeinnütziger Wohnbau, Energiearmut und nachhaltige Immobilienentwicklung: Die nächste Ausgabe der ÖGZ beschäftigt sich mit unterschiedlichen Aspekten des Wohnens in der Stadt. Neben Beispielen aus den Städten sind auch Leerstand und Partizipation Themen.
Die nächste Ausgabe der ÖGZ erscheint am 10. Februar 2025.

© Foto: Freistadt Eisenstadt/Ronald Fenk, IBA

gemdatnoe

Frohe WEIHNACHTEN

und alles Gute im Jahr 2025!



Geschätze Kund:innen & Partner:innen – das Jahr neigt sich dem Ende zu und wir wünschen Ihnen bereits jetzt besinnliche Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Wir starten 2025 mit unserer neuen Geschäftsleitung Astrid Schober & Leopold Kitir mit viel Energie, neuen Ideen und einer Portion Innovationskraft in das neue Geschäftsjahr und freuen uns auf die zukunftsweisende Zusammenarbeit mit Ihnen!

gemdat Niederösterreichische Gemeinde-Datenservice GmbH 2100 Korneuburg • Girakstraße 7 • 02262/690-0 • gemdat@gemdatnoe.at